

Editorial

von Karlheinz Weißmann

Das innenpolitische Ereignis dieses Sommers ist die Reorganisation der radikalen Linken durch Zusammenschluß von WASG und PDS. Man kann diesen Vorgang in mehrfacher Hinsicht als aufschlußreich bewerten:

1. insofern sich noch einmal zeigt, was es für den Versuch einer Partei-neugründung bedeutet, wenn sie der Sympathie oder wohlwollenden Neutralität der Medien sicher sein kann. Das war schon bei den „Grünen“ so, und das ist wieder so bei der „Linken“. Man muß gar nicht die sattem bekannte Talkshow-Präsenz von Gysi und Bisky und Lafontaine thematisieren, es genügt der Hinweis, daß über PDS-Parteitage im öffentlich-rechtlichen Fernsehen berichtet wurde, als handele es sich um eine beliebige andere Partei, und daß es nicht einmal die bürgerlichen Blätter (bei gelegentlicher Ausnahme der *FAZ*) für nötig hielten, grundsätzliche Kritik an Programmatik und Personalauswahl zu üben; was

2. damit zusammenhängt, daß die Linke ihrer Sympathisanten unter den „Sinnvermittlern“ (Helmut Schelsky) nach wie vor sicher sein kann und das „pas d' ennemis à la gauche“ – „keine Feinde auf der Linken“ – weiter wirkt und sogar Überläufer, Stalin-Nostalgiker und Straßenkämpfer umfaßt. Das Einverständnis ist manchmal ein offenes und häufiger ein stillschweigendes, seit dem Ende der sechziger Jahre fest etabliert und hat zu einem System intellektueller Inzucht geführt, das keine Einflußnahme von außen erlaubt.

3. wird man feststellen müssen, daß sich die Versäumnisse aus den Jahren 1989ff. noch einmal rächen. Da es keine Abrechnung mit den SED-Chargen gegeben hat und keine *Reeducation* der mitteldeutschen Bevölkerung, blieb in den alten Bundesländern die Vorstellung erhalten, als ob der rote Totalitarismus ganz zu Recht in einem freundlichen Licht erscheine (zumal beim Vergleich mit dem braunen), und in den neuen gelang es der alten Staatspartei, sich als neue „Lega Ost“ (Arnulf Baring) zu präsentieren, die das Elend nicht nur nicht zu verantworten hatte, sondern auch die eigentliche Bewahrerin regionaler Identität gegen die westdeutschen Begehrlichkeiten war. Was alles aber

4. nicht davon ablenken sollte, daß die Gründung der Partei „Die Linke“ in manchem der Normalisierung des politischen Systems der Bundesrepublik zugute kommt. Dieses war durch die besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit überstabil, unterschied sich deutlich von dem der westlichen Nachbarn und der eigenen politischen Tradition und war geprägt von der Bindungskraft der Volksparteien, die lange Zeit eine sehr heterogene Wähler- und Anhängerschaft vereinten, weshalb die ganze Sache

5. vielleicht doch etwas Positives hat: Wo der linke Flügel mehr als komplett ist mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Grünen, die Mitte von FDP und Union besetzt bleibt und die radikale Rechte von der NPD repräsentiert wird, gibt es einen natürlichen Entfaltungsraum für eine konservative Partei. Allerdings wird Politik nicht von natürlichen Gesetzen bestimmt, sondern von menschlichem Eingreifen.

Autorenportrait Ezra Pound

von Till Kinzel

„Wenn ein Mann nicht bereit ist, etwas für seine Meinungen zu riskieren, taugen entweder seine Meinungen oder er selbst nichts“ waren Ezra Pounds Worte, als er von den Amerikanern in Gewahrsam genommen wurde, 1945, unter dem Verdacht des Hochverrats. Ganz zweifellos riskierte Pound etwas für seine Meinungen, doch taugten auch er selbst oder seine Meinungen etwas? War Pound schließlich nicht neben seiner anerkannten Stellung als Protagonist der modernen Lyrik ein rabiater Antisemit, Parteigänger Mussolinis, dilettierender Ökonom, Faschist, Kollaborateur? Ein konfuser Spinner, mit dem zu beschäftigen sich deshalb nicht lohne? Handelte es sich um „eine Blindheit im Leben des Menschen, die sich nicht ausloten läßt“, die Pound überkam (Cibulka)? Hebt nicht seine politische Verirrung seine dichterische Leistung auf, infizierte gar die Politik unausweichlich die Lyrik? Können beide Aspekte seines Wesens miteinander in Einklang gebracht werden? Darf, ja sollte man das eine von dem andern trennen?

Als Pound kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, 1949, den neu gestifteten Bollingen-Preis für Lyrik für seine in amerikanischer Gefangenschaft entstandenen *Pisaner Cantos* erhielt, brachen die Kontroversen auf, wurde aufs heftigste debattiert, wie man nun mit einem möglicherweise zwar guten, aber eben politisch unliebsamen Dichter verfahren sollte. Pounds Fall ist als Signatur des zwanzigsten Jahrhunderts vergleichbar etwa dem von Thorkild Hansen so faszinierend geschilderten „Fall Hamsun“. Pound hatte sich in den Augen der Welt durch seine Unterstützung der Achsenmächte im Krieg politisch kompromittiert, er hatte unzählige Radiosendungen für den italienischen Rundfunk aufgenommen, die dann nach Amerika ausgestrahlt wurden. Pound hatte in diesen zugegebener-

Hanns Cibulka: *Sonnenflecken über Pisa*, Leipzig 2000.

Thorkild Hansen: *Der Hamsun-Prozeß*, München 1987.

maßen vielfach wirren und unverständlichen Ansprachen versucht, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß sie sich nicht am Krieg beteiligen sollten und daß seine – Pounds – Ideen der Welt Rettung bringen würden. Repräsentativ für Stil und Rhetorik seiner Ansprachen verkündete er beispielsweise am 10. Dezember 1943: „Jeder Mensch, der nicht ein hoffnungsloser idiotischer Wurm ist, sollte erkennen, daß der Faschismus in jeglicher Hinsicht der russischen Judenherrschaft überlegen ist und daß der Kapitalismus zum Himmel stinkt.“ War das Hochverrat? Kollaboration? War er vollkommen verrückt geworden, ein Fall für die Psychiatrie? Letztendlich wurde Pound wegen seiner Ansprachen nie der Prozeß gemacht, zu einer strafrechtlichen Verurteilung wegen Hochverrats kam es nicht. Da auf Hochverrat die Todesstrafe stand, wurde Pound für verrückt erklärt, um den Prozeß zu umgehen. Er wurde statt im Gefängnis in der psychiatrischen Klinik St. Elizabeths untergebracht. Dort blieb er, entmündigt, zwölf Jahre lang, bis es dem vereinten Bemühen seiner Dichterfreunde Eliot, Hemingway, MacLeish und Frost gelang, ihn herauszuholen.

In seinem größten Gedicht, den *Cantos*, gibt uns Pound ein „Logbuch seiner Irrfahrten und seines Scheiterns“ (Eva Hesse), der Irrfahrten eines Poeten-Odysseus durch die Turbulenzen und Stürme des zwanzigsten Jahrhunderts, die uns noch (und nur?) in seinem Scheitern eine Lehre sein können. Pound zu lesen ist ein Akt der Selbsterkenntnis des modernen Menschen, ein ungemein forderndes und anspruchsvolles Unterfangen zwar, doch nicht vergeblich. Pound wirft die Frage nach der Möglichkeit eines „paradiso terrestre“, eines irdischen Paradieses auf, danach, ob und wie der Mensch in seinem Leben zur Erfüllung gelangen kann, und er versucht, dieser Frage mit poetischen Mitteln beizukommen. Die Lehre des Scheiterns ist wesentlich eine negative Lehre: Ein politisches Leitbild kann Pound uns nicht bieten, denn dazu hatte er zu viel Anteil an den Irrtümern dieses Jahrhunderts: „Ob meine Irrtümer anderen von Nutzen sein können, weiß allein Gott.“

1885 in den USA geboren (und daher als amerikanischer Dichter in den Literaturgeschichten verbucht), studierte Pound zunächst Literatur an der University of Pennsylvania und in New York, sein Spezialgebiet war Romanistik, spanische Dichter und französische Troubadoure, worüber er sein Buch *The Spirit of Romance* schrieb. 1908 siedelt er nach Europa über, unternimmt Reisen, lebt bis 1920 in London, macht die Bekanntschaft William Butler Yeats' und Wyndham Lewis', geht dann nach Paris. 1924 zieht er nach Italien, wo er bis zu seiner Verhaftung bleiben wird, meist in Rapallo. Er widmet sich, wenn man den Nachrichten über ihn Glauben schenken darf, den Frauen, vielen Frauen, woraus ein für Pounds Dichtung beziehungsweise Dichtungstheorie zentrales Merkmal erwuchs: Pound sah wie Wyndham Lewis eine enge Verbindung zwischen Kunst und Sexualität, Sexualität und Kreativität, ihm galt der Koitus als Weg der Erkenntnis. Wenn es auf einen Dichter zutrifft, so war sicherlich Pound ein (wie es im Jargon der Dekonstruktion heißt) „phallogozentrischer“ Dichter, ein „Phallogozentrist“, der das schöpferische Prinzip mit dem männlichen Prinzip identifizierte. Sexuelle Freiheit und eine große Abneigung gegen Askese verbanden ihn in Sympathie mit den Troubadouren des Mittelalters, die wegen eben dieser Haltung von der Kirche bekämpft worden waren. Descartes' *cogito ergo sum* wurde bei Pound ersetzt durch „J'ayme donc je suis“ – *Ich liebe, also bin ich*.

Ezra Pound war ein „musikalischer Dichter“, ein Dichter, dem Musik, dem die Musikalität von Dichtung viel bedeutete. „Dichtung muß als Musik, nicht als Rhetorik gelesen werden.“ Wie aber liest man Musik? Mit einem Ohr für das, was Pound die „Eigenmusik des Dichters“ nennt. „Literarisches“ Gespür allein reicht keinesfalls aus. „Ein Dichter, der



Henri Gaudier-Brzeska, *Portrait Ezra Pounds*, 1913

Eva Hesse: *Die Achse Avantgarde-Faschismus. Reflexionen über Filippo Tommaso Marinetti und Ezra Pound*, Zürich o.J.

E. Fuller Torrey: *The Roots of Treason. Ezra Pound and the Secret of St. Elizabeths*, London 1984.

Eva Hesse: *Ezra Pound. Von Sinn und Wahnsinn*, München 1978.

Noel R. Fitch: *Sylvia Beach. Eine Biographie im literarischen Paris 1920–1940*, Frankfurt a.M. 1989.

Hugh Kenner: *The Pound Era*, London 1972.

Klaus Buhler/Jörg Janings: *Meine Lieder singt man nicht. Ein Radiostück mit Texten von Ezra Pound*, Produktion des Norddeutschen Rundfunks 1992.

nichts für Musik übrig hat, ist, beziehungsweise wird, ein schlechter Dichter.“ Dichtung, die der Musikalität ermangelt, ist schlechte Dichtung, gute Dichtung braucht die Musikalität der Worte. Sie erschließt sich, wie Musik überhaupt, nur dem intensiven und wiederholten Studium, zu dem uns die Ahnung des im Kunstwerk enthaltenen Reichtums verlockt. Pounds Dichtung besitzt diese stark ausgeprägte Eigenmusik. Es könnte sich also lohnen, Pound zu lesen, ihm ein Ohr zu leihen.

Burkhard Schmidthorst:
*Mythos und Primitivismus
in der Lyrik von T. S. Eliot,
W. B. Yeats und Ezra Pound.
Zur Kulturkritik in der
klassischen Moderne,*
Heidelberg 2004.

George Bornstein (Hg.):
*Ezra Pound Among the
Poets,* Chicago 1985.

Pounds Dichtung erfüllt geradezu idealtypisch Harold Blooms idiosynkratisches Kriterium der Kanonizität eines literarischen Werkes: *strangeness*, Befremdlichkeit, Seltsamkeit, Fremdheit. In der Tat ist Pounds Leben wie Werk von einer geradezu befremdlichen Fremdheit. Und es ist eine der Eigentümlichkeiten dieser *strangeness*, daß sie auch bei zunehmender Vertrautheit nicht verschwindet, sondern auf einer höheren Ebene erhalten und immer anwesend bleibt. Pound war aber nicht nur ein moderner Lyriker, sondern besaß ein ungewöhnlich breites und vielseitiges kulturelles Interesse. Pounds Anmerkungen und Streichungen waren für die endgültige Gestaltung *des Gedichts der Moderne schlechthin*, T. S. Eliots *The Waste Land*, ohne Frage hochbedeutsam und stellen nicht sein geringstes Verdienst dar. Zudem machte er sich um die Wiederentdeckung der Musik Vivaldis und die Förderung zahlreicher anderer Künstler, Dichter und Musiker verdient. Pound half uneigennützig, wenn er vom Wert einer Sache überzeugt war, und wirkte unermüdlich in der Künstlerszene seiner Zeit, eine literarische Bewegung nach der anderen kreierend (Vortizismus, Imagismus). Pound versuchte erfolgreich, seinem eigenen Ratsschlag für Dichter und Künstler zu folgen: „Lasse Dich von so vielen großen Künstlern wie möglich beeinflussen, doch besitze den Anstand, Deine Schuld entweder offen zu bekennen oder versuche, sie zu verbergen.“ Die großen Künstler, von denen Pound, durch keine Theorie der Einflußangst bekümmert, sich beeinflussen ließ, waren Legion: Homer, Sextus Propertius, Ovid, Dante, Li Po, Whitman, Browning, Yeats, Cavalcanti...

Pound wandte sich gegen die aristotelische Höherbewertung der *vita contemplativa* gegenüber der *vita activa*; das Risiko des politischen Handelns als Dichter nahm er auf sich – mit dem Erfolg, daß er zum Paradigma für das große Thema des zwanzigsten Jahrhunderts wurde: das Verhältnis der Künstler, der Dichter, der Intellektuellen zur Politik und der Verrat der Intellektuellen. Hätte er dem Rat seines Freundes Henry Mencken folgen sollen? Dieser hatte ihm wegen Vernachlässigung der Dichtung zugunsten der Politik vorwurfsvoll am 29. November 1936 geschrieben: „Sie haben Ihren großen Fehler begangen, als Sie sich vom Geschäft der Lyrik abwandten und sich als eine Art Wunderheiler der Gesellschaft betätigten.“ Wie aber sah dies aus? Wie sah Pounds politische Vision in den zwanziger und dreißiger Jahren aus? Nachdem er in den Jahren um den Ersten Weltkrieg seine politische Bildung durch die sozialistische Zeitung *New Age* im antikapitalistischen Sinne erhalten hatte, spielten ökonomische Fragen in seinem Denken eine immer größere Rolle, was sich schließlich auch in seiner dichterischen Produktion zeigen sollte. Zentral waren für Pound vor allem zwei Probleme: die Anerkennung des Künstlers durch die Gesellschaft und die Bekämpfung des Wuchers. Was das erste anbelangt, so kam er schnell zu der Überzeugung, daß der Faschismus mehr als andere Systeme die Künstler schätzte und würdigte, und Mussolini war in Pounds Augen ein Künstler (ein gutes Beispiel für Walter Benjamins zeitweise überstrapaziertes Wort vom Faschismus als Ästhetisierung der Politik). Auch machte er sich – vergebliche – Hoffnungen, die faschistische Politik in seinem Sinne beeinflussen zu können.

Tim Redman: *Ezra Pound
and Italian Fascism,* Cambridge 1991.

Im Wucher aber sah Pound *das Übel*, „das Krebsübel der Welt, das nur vom Chirurgenmesser des Faschismus aus dem Leben der Völker herausgeschnitten werden kann“. Wie schon der Titel seines Buches *Jefferson and / or Mussolini* andeutet, ging es Pound um eine – sicherlich sehr eigenwillige – Kombination von Jeffersonscher Demokratie und Faschismus: „Jeffersonian Fascism“ als Fortsetzung der Amerikanischen Revolution von 1776. Zwar lehnte Pound die Übernahme des Mussolini-Faschismus in Amerika ab, doch sah er starke Affinitäten zwischen den grundlegenden Ideen Jeffersons und Mussolinis. Ezra Pound verstand sich als Linksfaschist und befürwortete daher die nach dem Sturz Mussolinis errichtete kurzlebige Republik von Salò, die in Pounds Augen mit dem positiven



Edward Wadsworth, *Dry Docked for Scaling and Painting*, 1918

Gehalt des Faschismus Ernst zu machen schien. Was weltpolitische Zusammenhänge betrifft, so schien Pound in jener Zeit der Wirklichkeits-sinn immer mehr abhanden zu kommen. Ans Groteske grenzt sein wohl zumindest halbernter Vorschlag (der zudem ungemein charakteristisch für Pounds Vorstellung einer kulturellen Reform ist), die USA sollten Guam an Japan übergeben – und zwar im Austausch für 300 Filme von Nô-Spielen; diese sollten dann der Erziehung und Bildung begabter amerikanischer Studenten dienen!

Sein unleugbarer Antisemitismus ist in hohem Maße bestimmt durch seine entschieden heidnische (eleusinische) Ablehnung des Monotheismus. Dominierte später der Wucher seine Vorstellungswelt, so hielt er anfangs die Religion für die Wurzel allen oder doch fast allen Übels, weshalb er denn auch bereits 1914 das „Ende des christlichen Zeitalters“ proklamierte. Er scheute sich nicht, in seinen Radioansprachen im Zweiten Weltkrieg wie auch während seiner Internierung in St. Elizabeths anderen die Lektüre der infamen *Protokolle der Weisen von Zion* zu empfehlen sowie den Ku-Klux-Klan zu unterstützen, wobei er peinlich darauf achtete, daß seine ihn häufig besuchenden Künstler- und Dichterfreunde von diesen Aktivitäten nichts bemerkten. Er lehnte die Zehn Gebote radikal ab („Das Judenbuch ist Gift...“). Den Talmud hielt er für „eine Art Gangster-Handbuch“ (ein Urteil, das kaum als Ergebnis eigener Lektüre angesehen werden kann), die Vorstellung von der Erbsünde war ihm eine jüdische Erfindung zwecks Unterjochung der Natur des Menschen. Pound machte sich zudem das antisemitische Stereotyp vom Juden als Wucherer zu eigen und identifizierte so „den Juden“ mit dem aus einer Sicht größten aller Übel.

Die zentrale Rolle, die der Wucher in Pounds ökonomischen Vorstellungen spielte, war abgeleitet aus denjenigen Theorien, aus denen Pound seine Ideen bezog: Clifford H. Douglas' *Social Credit* und Silvio Gesells an Proudhon orientierter Freigeld- beziehungsweise Schwundgeldtheorie. Silvio Gesell, Finanzminister der Episode gebliebenen anarchistischen Münchner Räterepublik, hatte in seinem Hauptwerk *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld* eine der Natur des Menschen

Roberto Casillo: *The Genealogy of Demons. Anti-Semitism, Fascism and the Myths of Ezra Pound*, Evanston/Illinois 1988.

Silvio Gesell: *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, Arnstadt i. Th. 31919.

angepaßte Ordnung entworfen, die sich auf den Wettstreit als grundlegendes Prinzip stützt und anarcho-liberale Züge trägt. Im Anschluß an das positiv verstandene Manchestertum und vor allem an die Ideen Pierre-Joseph Proudhons richtete sich Gesell schroff gegen die Marxsche Lehre, die er für grundverkehrt hielt. Pound griff den Gedanken Gesells auf, Proudhon habe im Gegensatz zu Marx die Riegel- oder Sperrnatur des Geldes erkannt. Um den Zins und den Mehrwert zu verhindern und abzuschaffen, schlug Gesell die Einführung des sogenannten Freigeldes vor, durch das Geld und Ware vollkommen gleichwertig werden sollten. Der unnatürliche Charakter des Geldes gegenüber allen anderen Waren sollte dadurch aufgehoben werden, daß das Geld regelmäßig einen bestimmten Prozentsatz seines Nominalwertes verliert und durch Kauf von Wertmarken wieder auf den ursprünglichen Wert gebracht werden kann. Gesell erhoffte sich davon eine stete Zirkulation des Geldes, da das Schwundgeld im Gegensatz zu üblichem Geld nicht gewinnbringend akkumuliert werden kann.

Pound war denn auch hochbegeistert als er erfuhr, daß Anfang der dreißiger Jahre im österreichischen Wörgl ein zunächst erfolgreicher Versuch mit Gesells Freigeld unternommen wurde, der nur durch Intervention der Zentralbank beendet werden konnte. Pounds Geldtheorien und Anspielungen auf finanzgeschichtliche Zusammenhänge tauchen immer wieder leitmotivartig in den *Cantos* auf. Der Wucher (*usury*, *usura*, *neschek*) steht im Mittelpunkt der zu Recht gepriesenen *USURA-Cantos* 45 und 51, die eindrucksvoll zeigen, wie das ökonomische Übel des Wuchers in das Leben der Menschen eingreift und sie ihrer Natur entfremdet, sie daran hindert, ein ihrer Natur gemäßes Leben zu führen. Der Wucher ist eine „Sünde wider die Natur“: *CONTRA NATURAM*. Die ganze Kultur krankt an dieser Sünde, die Künstler werden an ihrer Arbeit gehindert, den Liebenden wird ihre Liebe zerstört durch *usura*: „Der Wucher bringt Verkalkung in die Jugend, legt sich zwischen Braut und Bräutigam ins Bett“. Erst in einer späten Notiz vom 4. Juli 1972 über den Wucher übt Pound vier Monate vor seinem Tod Selbstkritik, mit dem Wucher habe er ein Symptom für eine Ursache gehalten: „Die Ursache ist *HABGIER*.“ Damit aber konnte das Problem nicht mehr „den Juden“ angelastet werden, sondern es erwies sich als ein allgemein-menschliches, womit er sich zugleich zum Mißfallen mancher Kritiker auch vom Marxismus distanzierte.

Wieland Schmied: *Die Widersprüche des Ezra Pound. 11 Essays*, Berlin 1987.

Nach 1945 wird Pound von den amerikanischen Besatzungstruppen in Italien verhaftet und im bei Pisa gelegenen *Disciplinary Training Center* gefangengehalten, zunächst in einem „Affenkäfig“. Später kann er sich dort seiner Dichtung widmen und der Lektüre des Konfuzius. Das Produkt dieser Zeit sind die berühmten *Pisaner Cantos*, ein Dokument eines menschlichen Schicksals in unserer Zeit von anrührender Eindringlichkeit, vergleichbar-unvergleichbar vielleicht mit Carl Schmitts *Glossarium* und Knut Hamsuns *Auf überwachsenen Pfaden*. „Pull down thy vanity“, laß ab von Eitelkeit, so klingt es dem Leser dieser odysseischen Gesänge in den Ohren, in diesen Gesängen, die wie wenige von einer Irrfahrt berichten, von der Irrfahrt des Ezra Pound durch dieses zwanzigste Jahrhundert. „Ich bin Niemand, mein Name ist Niemand.“ Pull down thy vanity, I say pull down. Pound wußte um seine große Schwäche, und im Eingeständnis seines Scheiterns liegt der vielleicht größte Triumph über die Eitelkeit.

Mary de Rachewiltz: *Diskretionen. Die Erinnerungen der Tochter Ezra Pounds*, Frankfurt a.M. 1994.

Pound war ein großer Anreger und Lehrer, der der stumpfen, dummen Welt mit allen Mitteln seine Einsichten vermitteln wollte, um dem zum Durchbruch zu verhelfen, was er als richtig erkannt hatte („Let us take arms against a sea of stupidities“ – „Zu den Waffen gegen eine See von Dummheiten!“). Dieses Bedürfnis nach Belehrung der Menschheit und seiner amerikanischen Mitbürger brachte ihn wohl zu seinen berühmten „Radio speeches“ während des Zweiten Weltkrieges, aber auch zur Abfassung seines *ABC des Lesens*. Das erzieherische Motiv scheint aber auch noch in seiner anspruchsvollen und daher nicht immer leicht verständlichen Lyrik auf, die zudem viele fremdsprachliche Zitate enthält, griechische, chinesische, französische, italienische, lateinische. Pound erwartete von seinen Lesern etwas zumal heutzutage keineswegs Selbstverständliches, nämlich daß sie von ihrer Intelligenz Gebrauch machten. „Wenn wir niemals etwas anderes schrieben als was bereits verstanden

Humphrey Carpenter: *A Serious Character. The Life of Ezra Pound*, New York 1990.

Christopher Ricks: *T. S. Eliot and Prejudice*, London 1994.

wurde“, so antwortet er in Canto 96 auf Kritik, „würde der Bereich des Verstandes niemals erweitert werden. Manchmal nimmt man für sich das Recht in Anspruch, für eine kleine Zahl von Leuten mit besonderen Interessen zu schreiben, deren Neugier sich bis in die Details erstreckt.“ Ein solches Kulturverständnis ist elitär, doch wer würde ernsthaft bestreiten, daß es Dinge gibt, die nur „für eine kleine Zahl von Leuten mit besonderen Interessen“ wirklich von Belang sind? „Man braucht ungefähr sechshundert Leute, um eine Zivilisation ins Werk zu setzen“ – das ist Pounds aristokratisches Credo. Nur, welcher klardenkende Mensch würde bereit sein, sich der aristokratischen Herrschaft der Schriftsteller, Künstler (und womöglich der Intellektuellen) zu



Deutsche Erstausgabe der Pisaner Gesänge

unterwerfen? Die romantisch-revolutionäre, vom Dichter Percy B. Shelley geprägte Vorstellung von den Dichtern als den „geheimen Gesetzgebern der Welt“ setzte sich bei Pound um in den Traum von der wirklichen Herrschaft der Kunst, und das heißt der Künstler, im Faschismus. Nach Pound weiß der Künstler, „daß er dazu geboren wird zu herrschen, aber er hat keine Absicht zu versuchen, mittels des allgemeinen Wahlrechtes zu herrschen.“ Inmitten all der Stupidität und des Schwachsinn der Massen, den Pound um sich wahrzunehmen meinte, war für ihn das Problem, eine Gruppe voranschreitender Dichter am Leben zu erhalten, „die Künste in den ihnen zustehenden Rang als anerkannte Führer und Leuchten der Kultur einzusetzen“.

Daß Pound trotz oder auch wegen seines Scheiterns einer der großen Dichter der Moderne ist, von seinen frühen Gedichten mit ihren vielen Glanzstücken bis zu manchen der Cantos, kann ernsthaft kaum mehr bestritten werden, und es hat nur noch – freilich erhellenden – Kuriositätswert, daß Ende 1945 der Verlag Random House erklärte, Pounds Gedichte würden aus der *Anthology of Famous English and American Poetry* entfernt. Begründung: „Random House wird keinen Faschisten veröffentlichen. Außerdem glauben wir nicht, daß Ezra Pound gut genug oder wichtig genug ist, um ihn aufzunehmen“. 1958 kann Ezra Pound die USA in Richtung Italien verlassen, wo er die letzten Jahre seines Lebens verbringt. In Venedig stirbt er am 1. November 1972 im Alter von siebenundachtzig Jahren.

Erst spät, so sehen es die Biographen, habe er seinen Irrtum, seine Irrtümer eingesehen, als er dem zu Besuch in Venedig weilenden Allen Ginsberg gegenüber, zu einer Zeit, in der er fast gänzlich verstummt war und in sich gekehrt, bekannte: „Was immer ich an Gutem getan habe, ist durch böse Absichten verdorben worden – die Beschäftigung mit irrelevanten und dummen Sachen.“ Und mit besonderem Nachdruck setzte er hinzu: „Aber mein schlimmster Fehler war dieses dumme spießige Vorurteil des Antisemitismus“. Der verstummende Dichter war zuletzt seines Fehlers gewahr geworden. Die Suche nach dem irdischen *Paradiso* war mißlungen, zumindest der rechte Weg nicht gefunden. Die *Cantos* spiegeln in ihrer Unvollendetheit diese Bilanz des Poundschen Schaffens. Im Scheitern, im schmerzlich bewußten Scheitern zumal, in die dichterische Form der *Cantos* gegossen („these fragments shored against ruin“ – „diese Fragmente gegen den Ruin gestützt“), erkannte Pound den vielleicht letzten Sinn seiner Existenz: „Doch daß man tat statt nicht zu tun/dies ist nicht Eitelkeit/.../Zu lesen aus der Luft lebendige Überlieferung/und aus dem Greisenaug die unbesiegte Flamme/Dies ist nicht Eitelkeit./Der Fehler liegt im Nicht-tun/Und in dem Kleinmut, der nichts wagte ...“. Am Ende seines Lebens gab Pound der Nachwelt zu Protokoll, was zu denken gibt: „Tu was du kannst, um die Unschuld zu retten. Verhindere, daß dieser Pound-Einfluß sich weiter verbreitet.“

Bibliographie:

Donald Gallup: *Ezra Pound. A Bibliography*, Charlottesville 1983.

Ausgewählte Werke Pounds:

Cantos I-XXX, Zürich 1964.

Die ausgefallenen Cantos LXXII und LXXIII, Zürich 1991.

Jefferson and/or Mussolini, New York 1935.

Letzte Texte. Entwürfe und Fragmente zu Cantos CX-CXX, Zürich 1975.

Maschinen-Kunst und andere Schriften. Das verlorene Denken der italienischen Jahre, hg. von Maria Luisa Arduzone, Wien 2005.

Motz el Son – Wort und Weise. Didaktik der Dichtung, Zürich 1957.

Patria mia. Ein Bekenntnis, Zürich 1960.

Personae/Masken. Gedichte, München 1992.

Pisaner Cantos LXXIV-LXXXIV, Zürich 1985.

Poems and Translations, New York 2003.

Der Revolution ins Lesebuch, Zürich 1969.

Über Zeitgenossen, Zürich 1959.

USURA-CANTOS XLV UND LI. Texte, Entwürfe und Fragmente, hg. und kommentiert von Eva Hesse, Zürich 1985.

Pluralismus als Falle

von Karlheinz Weißmann*

Die Anziehungskraft des Pluralismus erklärt sich daraus, daß er die Suspendierung politischer Entscheidungen zu erlauben scheint. Ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Lebensformen und Weltanschauungen gilt den meisten als Garant von innerem Frieden, Freiheit und Demokratie. Pluralismus gehört demnach zu den Kennzeichen eines modernen Gemeinwesens, das jenen Zustand erreicht hat, in dem frühere Verhältnisse – Intoleranz, Ausgrenzung, Diskriminierung – überwunden sind oder jedenfalls nur noch Randphänomene darstellen.

Es gibt durchaus eine konservative Theorie des Pluralismus – von den *Federalist Papers* über die Schriften Tocquevilles bis zu denen Othmar Spanns – aber die spielt für die heutigen Vorstellungen keine Rolle. Mehr noch, die Konservativen selbst bilden keinen Teil des pluralistischen Systems. Sie sehen sich regelmäßig den erwähnten Randphänomenen zugeschlagen. Die Ursache dafür zu begreifen, fällt ihnen schwer, und sie appellieren in rührender Weise an die Mächtigen, sie doch nach Maßgabe dessen zu behandeln, was sonst als erwünscht gilt, ihnen Spielraum, Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, wie den anderen „gesellschaftlich relevanten“ Kräften auch. Und wenn das nicht geschieht, dann fällt in Deutschland regelmäßig der Hinweis auf die dunkle Vergangenheit. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, so das *On dit*, habe alles, was rechts von der Mitte steht, damit zu leben, daß es verdächtigt wird oder jedenfalls zu dauernder Entschuldigung verpflichtet ist.

Unbestreitbar wurde die Niederlage von 1945 auch als Niederlage der Rechten aufgefaßt. Das war so aus der Sicht der Alliierten und auch aus der Sicht der Mehrheit in Deutschland, und die Konservativen waren durch dieses Verdikt mitbetroffen. Allerdings besagte das nichts gegen

*Vorabdruck aus dem Buch *Das konservative Minimum*, das im September bei Edition Antaios erscheint.

die Annahme einer prinzipiellen Legitimität der konservativen Position. Unmittelbar nach Kriegsende wurde ein *Manifest der Rechten*, auch *Konservatives Manifest*, verbreitet, dessen Verfasser sich selbstbewußt als Konservative, und damit als dem rechten politischen Spektrum zugehörig, betrachteten. Aus ihrer Sicht war Hitler ein Revolutionär und das Kind einer Revolution – der bolschewistischen nämlich –, was die neue Ordnung verpflichtete, antirevolutionär zu sein, also aus einer „bewahrenden Weltanschauung“ hervorzugehen; Deutschland, so das *Manifest* weiter, sollte am besten eine Monarchie auf demokratischer Grundlage erhalten und sich als Teil des christlichen Abendlands verstehen.

Verantwortlich für das *Manifest* waren Otto Schmidt-Hannover, ein ehemaliger hoher Funktionär der DNVP, und Hans Zehrer, vor 1933 Herausgeber der *Tat*, einer der wichtigsten Zeitschriften der Konservativen Revolution. Beide ohne Zweifel Männer der Rechten und dezidierte Gegner des NS-Regimes. Die von ihnen und einigen anderen gegründete „Konservative Vereinigung“ oder „Konservative Partei“ war kein Erfolg, und Schmidt-Hannover wie Zehrer schlugen im Nachkriegsdeutschland ganz verschiedene Wege ein; an Parteineugründungen haben sie sich nicht mehr versucht. Ihre Vorstellungen erscheinen allerdings weniger phantastisch, wenn man sich vor Augen hält, in welcher Atmosphäre sie agierten. Es handelte sich um jene Phase in der Entwicklung der Zusammenbruchsgesellschaft, als katholische Kreise an eine Wiederbelebung der Reichsidee dachten, der aus dem KZ befreite Martin Niemöller den amerikanischen Verhörspezialisten nüchtern erklärte, die Deutschen seien für die Demokratie ungeeignet, man möge ihnen ein autoritäres Regime zubilligen, und ein linker Autor wie Alfred Andersch die „Haltung“ der Frontgeneration beschwor, die mit der der *Résistance* durchaus vergleichbar sei und bewundernd von den „erstaunlichen Waffentaten junger Deutscher in diesem Kriege“ sprach.

Es hat die dann einsetzende Entwicklung seit dem Ende der vierziger Jahre schon die meisten dieser Vorstellungen beseitigt, aber das Klima war doch immer noch von einer großen Offenheit geprägt, und die intellektuelle Rechte spielte dabei eine wichtige Rolle. Man konnte durchaus das Empfinden haben, als ob Männer wie Gottfried Benn, Ernst Jünger und Martin Heidegger die Debatte bestimmten, während ihre Gegner vergleichsweise einflußlos blieben. Ähnliches wäre in bezug auf Arnold Gehlen oder Hans Freyer zu sagen. Aber sie alle wußten natürlich, daß sich die politische Konstellation gegenüber der Weimarer Zeit gravierend verändert hatte und suchten keine unmittelbare Wiederanknüpfung an ältere Positionen.

Der Kalte Krieg beherrschte damals die Gemüter, und zu den am meisten diskutierten Stellungnahmen der fünfziger Jahre gehörte Winfried Martinis Buch *Das Ende aller Sicherheit*. Diese „Kritik des Westens“ argumentierte unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Carl Schmitts Bestimmung des Politischen durch die Unterscheidung von Freund und Feind, forderte die Aufgabe aller Wiedervereinigungserwartungen, die Schaffung einer Armee, die den Namen verdiente – und die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie. Unter Verweis auf das Regime Salazars in Portugal empfahl Martini die Wiederanknüpfung an das Konzept des „Neuen Staates“ wie es schon von den Jungkonservativen diskutiert worden war, um den Zersetzungserscheinungen entgegenzutreten und einen festen Damm gegen den Kommunismus zu bilden.

Selbstverständlich fand die Argumentation scharfen Widerspruch, aber es wurde nicht bezweifelt, daß sie eine Auseinandersetzung verdiente. Dolf Sternberger, der Gralshüter des bundesrepublikanischen Liberalismus, sprach ausdrücklich von einem „erzgescheiten“ Buch, und niemand kam auf die Idee, Martinis Mitarbeit an der *Zeit* oder seine Position als Kommentator des Bayerischen Rundfunks in Frage zu stellen.

Einen gewissen Schutz bot ihm, daß auch er zu den Gegnern des NS-Regimes gehört hatte. Wegen eines 1943 ausgesprochenen Berufsverbots erteilte ihm die amerikanische Besatzungsbehörde sofort nach Kriegsende eine Arbeitsgenehmigung als Journalist. Er befand sich damit in einer Position, die sonst nur Konservative jüdischer Herkunft in Anspruch nehmen konnten – Hans-Joachim Schoeps, William S. Schlamm, Hans Rothfels – und die eine gewisse Unangreifbarkeit sicherte. Aber das allein war es nicht. Hier spielte auch hinein, daß niemand in Frage stellte, daß

Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Die kufierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, *Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus*, Bd 6, Berlin 2005.

Winfried Martini: *Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens*, Stuttgart 1954.

konservative Positionen ein Recht auf Gehör hatten, weil sie einen entscheidenden Aspekt der Wirklichkeit zur Geltung brachten.

Winfried Martini: *Freiheit auf Abruf. Die Lebenserwartung der Bundesrepublik*, Köln 1960.

Daraus erklärt sich auch, daß Martini nach dem ersten einen zweiten „Bestseller“ schreiben konnte, der 1960 unter dem Titel *Freiheit auf Abruf* erschien. In diesem Buch behandelte er ein Problem, das zu den am heftigsten diskutierten der sechziger Jahre werden sollte: die Frage eines Notstandsrechts. Es ging dabei um das Problem der Staatlichkeit der Bundesrepublik überhaupt, und die konservativen Stellungnahmen kreisten alle um die Möglichkeit ihrer Stärkung. Die kleinen Fluchten und der große Existentialismus der fünfziger Jahre waren Ernüchterung gewichen. Es ging darum, ein Gemeinwesen zu stabilisieren, das lange Zeit im Windschatten der westlichen Vormacht existiert hatte und in dem sich jetzt eine Stimmung breitmachte, als gehe es in der Politik um Fragen der Sozialtechnologie, der Menschheitsbeglückung und der Klärung moralischer Probleme.

Die „unbewältigte Vergangenheit“ war in dem Zusammenhang ein entscheidendes Stichwort, und der Erfolg, den die Linke und jene Liberalen, die immer deutlicher der Linken zuneigten, bei der Installation der „Vergangenheitsbewältigung“ hatten, führte zu einer deutlichen Veränderung und Verschärfung des Tonfalls in den politischen Debatten. Es war aber nicht so, als ob Polemik für die Konservativen ein Problem dargestellt hätte. Auf ihrer Seite gab es Federn, die es diesbezüglich mit jedem Gegner aufnehmen konnten. Zu den bekanntesten gehörte Armin Mohler. 1965 erschien dessen Buch *Was die Deutschen fürchten* im Seewald-Verlag, der sich bald zu einem der wichtigsten konservativen Häuser entwickeln sollte. Mohler behauptete darin, daß man den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg das Mark aus den Knochen gesogen habe. Es gab kaum ein heikles Thema, das er ausließ: von der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg über die Konsequenzen der „Umerziehung“ bis zur Notwendigkeit, die Westbindung zu kappen und der Bundesrepublik im Bündnis mit Frankreich eine selbständige atomare Bewaffnung zu verschaffen.

Armin Mohler: *Was die Deutschen fürchten*, Stuttgart 1965.

Das Buch war ein großer Erfolg, so groß, daß sich der Ullstein-Verlag entschloß, 1966 eine erweiterte Taschenbuchausgabe zu bringen. Auch die verkaufte sich gut, so daß eine weitere Auflage nötig wurde. Allerdings kam es währenddessen zu einer dramatischen Veränderung. 1967 sollte Mohler zu den Trägern des Konrad-Adenauer-Preises gehören, und dieser Vorgang bot den Anlaß zu einer „Hexenjagd“, wie sie zum wichtigsten Instrument eines linken McCarthyismus werden sollte: gemeint ist die Hatz auf das „rechte“, bald schon „reaktionäre“, „faschistoide“, „faschistische“, „nazistische“ Opfer unter Beteiligung sämtlicher Medien, der alten (Zeitungen und Zeitschriften) wie der neuen (Rundfunk und Fernsehen). Ziel war die Ächtung, wenn möglich soziale Vernichtung des Betroffenen, der bei Anklage als schuldig galt und dem selbstverständlich keine Möglichkeit angemessener Verteidigung eingeräumt wurde.

Derartige Hexenjagden haben sich seither immer wieder vollzogen und an Brutalität zugenommen. Ihre Opfer waren regelmäßig Konservative: von Mohler angefangen über Schoeps, Hellmut Diwald, Bernard Willms bis zu Ernst Nolte und Rainer Zitelmann. Wichtig war dabei die Wirkung der Verfemung, die sich immer zuerst bei jenen zeigte, die man eigentlich auf seiten der Gejagten erwartet hätte. Auch insofern war der Fall Mohler symptomatisch für die qualitative Veränderung, die in den sechziger Jahren stattfand. Hatte der Ullstein-Lektor Wolf Jobst Siedler noch 1965 in einem fast flehentlichen Ton Mohler gebeten, seinen Verlag im Fall eines neuen Buchprojekts in Betracht zu ziehen und sich im weiteren dankbar für dessen Empfehlungen gezeigt (was beispielsweise die Übersetzung von Romanen Drieu la Rochelles betraf), so hat derselbe 1967 nicht gezögert, die Taschenbuchausgabe von *Was die Deutschen fürchten* zurückzuziehen, um wirtschaftlichen Schaden durch Boykott der „Progressiven“ abzuwenden.

Was sich hier abspielte, war nur ein Auftakt, und die Konservativen sahen auch in den siebziger Jahren noch keinen Anlaß zu übertriebenem Pessimismus. Vieles sprach dafür, daß die neue Vorherrschaft der Linken ein Zwischenspiel bleiben würde. Die Studentenrevolte und die Auseinandersetzungen um die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition hatten schon zur Entstehung einer ganz neuartigen konservativen Publizistik geführt, die von der Biederkeit älterer Projekte weit entfernt war. Ein übriges ta-



Die FDP im Kampf um das Reich, Wahlplakat zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 1948

ten Ölkrise und Terrorismus nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen westeuropäischen Ländern. 1975 äußerte Willy Brandt – nicht öffentlich, aber gegenüber Vertrauten –, daß er fest mit dem Erfolg einer konservativen „Gegenreformation“ rechne.

Wahrscheinlich hing diese Annahme auch mit der symbolischen Wirkung jenes Kongresses zusammen, der ein Jahr zuvor in der Münchener Akademie der Schönen Künste unter dem Titel „Tendenzwende?“ abgehalten wurde. Das Fragezeichen war allerdings symbolisch, so wie auch die Auswahl der Referenten: zwei Bekehrte von links (Hermann Lübke, Golo Mann), ein Katholik (Robert Spaemann), ein Offiziöser (Hans Maier als Bayerischer Kultusminister), ein Scheinkonservativer (Gerd Albers) und ein prominenter Liberaler (Ralf Dahrendorf). Es war kein einziger Vertreter des authentischen Konservatismus geladen, aber trotzdem stieg die Erregung der Linken. Der Begriff „Tendenzwende“ wurde für sie Teil eines Schreckvokabulars, das jeder zu gebrauchen hatte, der weiter zu den Wohlgeleiteten gehören wollte.

Elisabeth Noelle-Neumann hat berichtet, daß sie während des Kongresses neben Arnold Gehlen gesessen und ihn nach seiner Meinung gefragt habe. Dessen Antwort habe lapidar gelautet, es gebe keine Tendenzwende. Gemeint war damit, daß sich Mitte der siebziger Jahre zwar eine gewisse Ernüchterung über das Scheitern der utopischen Erwartungen von '68 äußerte, aber kein Begreifen der tatsächlichen Ursachen vorlag. Man würde, so die Einschätzung Gehlens, fortfahren wie bisher, nur den Ton etwas mäßigen, eine Kehre war nicht im Ernst zu erwarten.

Noelle-Neumann hat dieser Einschätzung eine Bestätigung geliefert, als sie 1980 ihr Buch *Die Schweigespirale* veröffentlichte. Es handelt sich

Clemens Graf Podewils (Hrsg.): *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik*, Stuttgart 1975.

Elisabeth Noelle-Neumann: *Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*, zuletzt Frankfurt a.M. und München 2001.



Konservative auf der Titelseite, der große Polemiker William S. Schlampp auf dem Umschlag zweier Spiegel-Nummern, 1959 und 1961

um einen der letzten großen publizistischen Erfolge von konservativer Seite. Ihre Grundthese lautete, daß der Mensch, bedingt durch die Empfindlichkeit seiner „sozialen Haut“, ganz genau spüre, welche Meinungsäußerung opportun sei, welche nicht. Werde erfolgreich der Eindruck vermittelt, daß eine bestimmte Anschauung zu vertreten Nachteile bedeute, vor allem den Ausschluß von gesellschaftlichen Kontakten, bestehe die Gefahr, daß niemand mehr bereit sei, für derartige Positionen einzutreten, schließlich verschwänden sie ganz aus dem Kreis des Meinbaren.

Das „Meinungsklima“ wird also von der „Isolationstrennung“ mitbestimmt, was an sich nicht neu ist. Neu ist aber, daß die modernen Massenkommunikationsmittel bis dahin unvorstellbare Möglichkeiten bieten, auf das Meinungsklima Einfluß zu nehmen und vor allem zu suggerieren, daß eine bestimmte Anschauung mehrheitlich vertreten wird, obwohl das faktisch gar nicht der Fall ist.

Die Aufdeckung und Analyse dieses Sachverhalts erklärt die außerordentliche Gereiztheit, mit der die Kritik auf das Buch von Elisabeth Noelle-Neumann reagierte. Denn die Stoßrichtung ihrer Argumentation war eindeutig. Mit Hilfe der Macht, die die Linke seit den sechziger Jahren in den Medien gewonnen hatte, war es ihr gelungen, Positionen durchzusetzen, die ursprünglich nur von einer radikalen Minorität vertreten wurden und sicher nicht allgemein akzeptiert waren. Dieser „Linksruck“ erfaßte dann Stück für Stück den größten Teil der gesellschaftlichen Elite. Die Funktionäre der einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien stehen seither immer deutlich links von ihren Wählern oder einfachen Mitgliedern; das gilt übrigens auch für die der Union.

Angesichts dessen ist nicht verwunderlich, daß sich in den achtziger Jahren ein Zustand verfestigte, der durch wachsende Unduldsamkeit gegenüber jeder Bekundung konservativer Positionen gekennzeichnet ist. Entscheidend war dafür das heimliche Eingeständnis der Linken, daß ihr großer Anlauf gescheitert war. Die Entschlossenheit, keine Debatte über die Ursachen für den gesellschaftlichen Zerfallsprozeß zu dulden, erklärt die Solidarisierung und die Aggressivität, mit der man alle

entgegenstehenden Positionen bekämpfte. Mag Ernst Nolte 1986 durch „reinen Zufall“ den „Historikerstreit“ ausgelöst haben, seine Gegner waren von Anfang an entschlossen, ein Exempel zu statuieren. Angesichts der akademischen und gesellschaftlichen Position Noltens war der nötige Kraftaufwand erheblich, aber schließlich erfolgreich. Einer der renommiertesten deutschen Historiker wurde fortan wie eine Unperson behandelt; als sich unter fadenscheinigen Vorwänden auch die FAZ von einer Unterstützung lossagte, war die Isolation vollständig.

Keine der Auseinandersetzungen, die in den folgenden zwanzig Jahren – bis zur Gegenwart – um wirkliche oder vermeintliche Gefahren „von rechts“ entfacht wurden, ist der Heftigkeit des Historikerstreits vergleichbar. Das gilt für den Kampf gegen die „Neue Demokratische Rechte“ genauso wie für die Angriffe auf die *Junge Freiheit* oder den „Aufstand der Anständigen“. Der Grund dafür ist die Marginalisierung der Konservativen in einem gesellschaftlichen System, dessen Machthaber sie bestenfalls in Nischen zu dulden bereit sind.

Es ist an sich keiner Bemerkung wert, daß zwischen postulierter und tatsächlicher Verfassung eines Gemeinwesens ein Unterschied besteht. Allerdings wird man doch hervorheben müssen, daß ein System, das ausdrücklich die Vielfalt propagiert – ein Novum in der Geschichte – solche Vielfalt nicht zu akzeptieren bereit ist. Selbstverständlich hat das Establishment Entschuldigungen bereit. Die reichen von der Behauptung, daß den Intoleranten (denen die Konservativen zugeschlagen werden) keine Toleranz

zukomme, bis zum Verweis auf administrative Vorgaben, die es erlaubten, Meinungsäußerungen von dieser Seite überhaupt zu unterdrücken.

Es kommt aber noch ein weiterer Faktor ins Spiel, der nur selten offengelegt wird. Nämlich die, wenn man so will: geschichtsphilosophische, Grundannahme, daß die sukzessive Einschränkung des Pluralismus dessen tieferem Sinn entspricht. Harold J. Laski, der Vater der modernen Pluralismustheorie, hatte diesbezüglich noch weniger Hemmungen: die Geschichte, so seine Auffassung, bleibt dem Gesetz des Fortschritts unterworfen, dem entspreche die Herausbildung der pluralistischen Gesellschaft, die ein immer höheres Maß an Individualisierung der Menschen fördere; sie entstehe auf demokratischem Weg, habe aber nur Berechtigung, insofern, sie der Aufwärtsbewegung diene. Konsequenterweise sagte sich Laski vom Pluralismus in dem Augenblick los, als deutlich wurde, daß er der Linken nicht dauerhaft zur Macht verhelfen würde.

Vor diesem Hintergrund wirkt es von konservativer Seite grotesk, immer wieder die Anerkennung als gleichberechtigter Konkurrent im Kampf um geistigen Einfluß zu fordern. Aus der Perspektive ihrer Gegner sind die Konservativen keine gleichberechtigten Konkurrenten, sondern Verlierer im Gang des historischen Prozesses, deren Widerstand gegen das Notwendige nicht einfach als Meinungsäußerung, sondern bei entsprechender Hartnäckigkeit als bössartig oder als kriminell zu werten ist. Die Betonung von Toleranz und Kompromiß und das ewige In-der-Schwebe-Halten der Diskurstheorie dürfen nicht über den dahinter verborgenen Machtwillen täuschen. Weder die Propaganda für *political correctness* noch die Einführung des „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes“ sind als Zufälle zu werten; es handelt sich um Waffen aus jenem reich bestückten Arsenal, mit dem alles bekämpft wird, was der harmonischen Entfaltung des Pluralismus im Wege steht.

Anders als Laski haben spätere Theoretiker nicht mehr behauptet, daß der Pluralismus ohne ein integrierendes Moment auskomme. Allerdings hofften sie, daß der Staat nur einen Rahmen für das Widerspiel der Kräfte bilden und sich mehr oder weniger mit der Rolle des Schiedsrichters begnügen werde. Falls das nicht gelinge, so Ernst Fraenkel, der eigentliche Begründer des „Neopluralismus“, drohe der Pluralismus zur Maske einer neuen Unfreiheit zu werden: „Erstarren die Gruppen und Parteien zu einer Fassade, hinter denen sich nichts anderes verbirgt als das Machtstreben der Bürokratien, der Partei- und Gruppenapparate, dann verwandelt sich die pluralistisch-demokratische Gesellschaft in eine Masse isolierter Individuen, deren politisches Denken durch die Massenkommunikationsmittel uniform gebildet wird und deren politische Reaktionen unschwer mit Hilfe demoskopischer Untersuchungen ermittelt werden können. Die innere Aushöhlung der autonomen Gruppen und Parteien muß dazu führen, daß der Massenwille mechanisch dirigiert und die Reaktion auf diese Direktiven mechanisch registriert werden kann.“ Die Konsequenz sei die „Schaffung einer formlosen Masse“, die in Zeiten der Krise die Basis jeder totalitären Diktatur bilde, „sie vermag in Zeiten des kontinuierlichen Wohlstands zu einer alle Kreise der Bevölkerung erfassenden Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit und zur Errichtung eines Regimes zu führen, das keine Kritik, keine Kontrolle und vor allem keine echte Opposition und daher auch keine Auseinandersetzungen kennt, die Alternativlösungen enthalten.“

Das ist eine bemerkenswerte Beschreibung der Gegenwart aus dem Jahr 1964, die man aber nicht nur wegen ihres prognostischen Werts beachten sollte, sondern auch wegen des Hinweises darauf, daß die Auseinandersetzungen innerhalb eines pluralistischen Systems keinen spielerischen, sondern politischen Charakter haben, daß es also um Fragen geht, die der Entscheidung bedürfen und daß am Kampf um die Entscheidung nur diejenigen beteiligt sind, die über Macht verfügen.

Ernst Fraenkel: *Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung* [1964], in: Ulrich Matz (Hrsg.): *Grundprobleme der Demokratie, Wege der Forschung*, Bd CXLI, Darmstadt 1973.



Vor der Hexenjagd – Altkanzler Adenauer gratuliert den Trägern des nach ihm benannten Preises, von links nach rechts Mohler, Bernt von Heiseler, Ludwig Freund

Grass & Co. Dimensionen einer politischen Farce

von Günter Scholdt*

Auf einen, der, von allen geschunden, am Boden liegt, auch noch einzudreschen, gilt zu Recht als unfein. Aber das Bild ist schief. Denn Günter Grass wurde zwar letztes Jahr vom obersten Podest deutscher Moralhüter eine Stufe heruntergedrängt, aber schutzlos im Straßengraben liegt er mitnichten. Dafür sorgten schon zahlreiche seiner Kampfgenossen, von Klaus Staeck bis Johano Strasser, von Ralph Giordano bis Norbert Frei, von Wolfgang Thierse bis Franz Müntefering oder Gregor Gysi. Auch Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker wiegelte ab, und selbst Lech Walesa hat nach Grass' Bittbrief nun endlich die richtige Einsicht. Andere sitzen im gleichen Boot wie Walter Jens, und im übrigen gibt es gewiß mit Grass noch einiges (moralisch) zu verdienen. Auch die Nutznießer am Bau seines archivalischen Mausoleums haben lebhaftes Interesse an der Aufrechterhaltung des Imagewerts ihres „Brotgebers“, und zu viele Personen im In- und Ausland ergingen sich jahrzehntelang in hymnischen Lobreden, so daß ein allzu starker Schwenk auch auf sie zurückfallen könnte.

Wohl sah sich Grass in der ihn kennzeichnenden Larmoyanz, die ihn überhaupt nicht verstehen läßt, was die bösen Leute denn von ihm wollen, eine Zeitlang verfolgt und hat vielleicht sogar wieder die Auswanderung erwogen, wie seinerzeit, als ihn der *Spiegel* gar zu karikieren wagte. Aber spätestens neuerliche Preisverleihungen und Beifallsbekundungen bei Talkshows haben ihn seiner weiteren treuen Anhängerschaft versichert, der er zur allgemeinen Beruhigung versprechen konnte, er werde sich dem „entarteten“ deutschen Journalismus nicht beugen und „auch weiterhin den Mund aufmachen“. Kurz: Wir sollten uns nicht allzusehr um ihn sorgen. Was hätte er wohl auch anderes verdient als schärfste Kritik, selbst

**Günter Grass und kein Ende. Wer einen „reueigen Sünder“ erwartet hatte, einen, der wenigstens kurzfristig innehält, bevor er aller Welt seine gleichgebliebene Sicht der Dinge aufdrängt, kennt diesen Autor und unsere Mediengesellschaft schlecht. Ob jüngst bei der Jubiläumstagung der „Gruppe 47“, wo er erneut öffentlich sein gutes Gewissen ausstellte, nachdem er bereits mit seinem „Dummen August“ lyrisch nachgekartet hatte, oder bei zahlreichen sonstigen Veranstaltungen oder Interviews – es vergeht kaum eine Woche ohne Pressemeldung zum Komplex der „Gebäuteten Zwiebel“. Das war für uns Grund genug, einen Beitrag zu erbitten, der in distanzierter Weise den Ertrag der Kontroverse auszuloten sucht. Günter Scholdt hat dies für uns getan.*

wenn sie von Personen kommt, die nun schwerlich die Befähigung zum moralischen Richteramt besitzen: von selbstgerechten Parteikarrieristen etwa, die üblicherweise bei jeder sich bietenden Opportunität sogenannte Vergangenheitsbewältigung zum Zielschießen auf mißliebige Meinungen nutzen oder von jenen Vertretern im vermeintlich konservativen Lager, die dann ebenso alert wie hasenherzig ihre früheren politischen „Freunde“ dem Rufmord preiszugeben pflegen.

Im Himmel herrscht zwar größere Freude über einen reuigen Sünder als über neunundneunzig Gerechte. Aber ein klein wenig Vergnügen mag man selbst dort empfinden über den Stolpertritt eines Scheinheiligen. Wer Wasser predigt, sollte nicht Wein trinken. Wer sich als Sittenapostel der Nation aufspielt, sollte nicht schwüle Kokainparties feiern. Wer den Rechtsstaat seinerzeit so vorgeführt hat wie ein prominenter Strafverteidiger von „engagierten“, nur leider ein wenig raubenden und mordenden „Volksbefreier“, spielt als staatlicher Terroristenjäger eher eine groteske Rolle, es sei denn, er werde Innenminister der Bundesrepublik Deutschland. Und wer sich als *Praeceptor Germaniae* so mitleidlos anderen gegenüber geriert, muß sich an eigenen Scharfrichter-Maßstäben messen lassen.

Dabei ist – fast scheut man sich, das noch eigens zu erwähnen – das eigentlich Anstößige natürlich nicht die SS-Mitgliedschaft eines Siebzehnjährigen. Auch nicht das jahrzehntelange Verheimlichen. Selbst diese Art von Schweigen kann eine respektable Haltung sein. Denn wer über früheres Tun oder Empfinden verstummt, weil er es mit zunehmendem Abstand, entblößt vom umhüllenden Mantel des damaligen Zeitgeists, fast selbst nicht mehr (völlig) versteht und schon gar nicht einem von rückschauenden Klischees beherrschten Nachgeborenen erklären kann, zeigt gewiß nicht weniger Einsicht als derjenige, der durch wohlfeile nachträgliche Verdammungsurteile oder Entschuldigungsfloskeln glänzt. Das tatsächlich Skandalöse liegt in der lange gelebten Doppelmoral des Herrn Grass, genauer: in seinem für einen repräsentativen Sozialtypus kennzeichnenden Pharisäertum, gemäß dem 68er-Slogan: „Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche.“

Es wird Grass' Geheimnis bleiben, wie er seit Jahrzehnten so entschieden gegen die „Verdränger“ wettern konnte – gegen Kohl und Bitburg als Höhepunkt der Infamie – und sich selbst dabei völlig ausblendete. Es ist dies ein Treppenwitz der Zeitgeschichte, denn was Grass und Genossen der vielbelästerten Adenauerschen Restauration vorwarfen, war just diejenige Nachsicht, deren Mangel er heute so mitleidheischend beklagt. Auch warum Grass jetzt gestand, kann nur er alleine beantworten. Waren es PR-Motive, Angst vor fremder Entlarvung oder Erpressung, der perverse Kitzel, im Zentrum eines Medientaufuns zu stehen, oder tatsächlich späte Scham- und Bußfertigkeit? Als Spieler hat er jedenfalls mit höchstem Risiko gekockert und fast alles gewonnen. Aber gerade das wirft Probleme auf, die uns endlich vom unschönen Einzelfall zum Grundsätzlichen bringen.

Warum nur wurde Grass nicht von anderen enttarnt, wo es doch sicher noch weitere Mitwisser gab? Zweifellos stand dem eine massive Interessenkonstellation entgegen, und wir kennen ja auch andere Fälle, in denen das journalistische *Juste Milieu* jahrelang etwa die „Putzgruppen“-Fotos eines später hochreputierlichen Außenministers und Hochschullehrers gegen alle gängige Skandalpraxis ignorierte. Natürlich gehörte auch eine Riesenportion Glück dazu. Aber daß unsere sonst so gut informierten vergangenheitspolitischen Dossiersammler allesamt gar nichts gewußt oder gehaut haben sollten, will mir nicht so recht in den Kopf.

Plausibler erscheint mir der Umstand, daß sich Hochstapler und Publikum gegenseitig bedingen. Von Karl May bis Erich von Däniken gilt schließlich, daß die Überzeugungskraft des jeweiligen „Meisters“ dann am stärksten ist, wenn wir genau diese Identifikationsfigur und Botschaft herbeisehnen. Und da ging es eben offenbar nicht billiger als mit einem moralischen Saubermann. Ein bißchen Flakhelfer war gerade noch tolerabel, SS-Mann hingegen jenseits von Eden, mit der Konsequenz, daß sich die Realität halt ein wenig unseren gestiegenen moralischen Ansprüchen anpassen mußte. So ist das häufig bei Geschichtsschreibung, die bekanntlich, wo sie uns nahesteht, zum überwiegenden Teil aus Geschichtspolitik besteht.

Wenn einundsechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs das Geständnis einer politischen „Jugendsünde“ zur tausendfach verbreiteten

Kein Jahr ist vergangen, und es gibt bereits zwei umfangreiche Pressedokumentationen auf dem Buchmarkt: Willi Gorzny (Hrsg.): Die Grass-Debatte, Pullach im Isartal: Verlag Willi Gorzny 2006; Martin Köbel (Hrsg.): Ein Buch, ein Bekenntnis. Die Debatte um Günter Grass' „Beim Häuten der Zwiebel“, Göttingen: Steidl Verlag 2007. Beide Veröffentlichungen leiden an der sattsam bekannten politisch korrekten Wahrnehmungsschwäche, was sogenannte „rechte“ Veröffentlichungen zur Causa Grass betrifft.

Günter Grass: Brief v. 15.7.1969

„Ich möchte Sie, lieber Karl Schiller, (...) unumwunden bitten, bei nächster Gelegenheit – und zwar in aller Öffentlichkeit – über Ihre politische Vergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus offen zu sprechen. Die Nachkriegsgeneration kennt nur Beschwichtigungen, unzulässige Verharmlosungen (...). Ich hielte es für gut, wenn Sie sich offen zu Ihrem Irrtum bekennen wollten. Es wäre für Sie eine Erleichterung und gleichfalls für die Öffentlichkeit so etwas wie die Wohltat eines reinigenden Gewitters.“

Brief v. 28.4.1969

„Anstelle starteten Sie, ohne auf die eigene Vergangenheit einzugehen, einen von der Sache her berechtigten Angriff gegen Kurt Georg Kiesinger, indem Sie auf seine Tätigkeit (...) als Propagandist des Dritten Reiches (...) hinwiesen. Die Proportionen verirrten, die Blöße war gegeben; und ich habe später lange darüber nachgedacht, wie es möglich sein kann, daß ein Politiker mit soviel Weitblick und Erfahrung (...) so verengt reagieren kann.“



internationalen Topnachricht wird, die wahrlich bedeutsamere aktuelle Themen schlagartig aus der Spitzenposition verdrängt, wenn dieser Hype wochenlang anhält und auch höchste Repräsentanten des Staats oder der veröffentlichten Moral zu Erklärungen nötigt, zeigt dies jenseits der entfachten Medienhysterie, Welch hoher Grad an (globaler) Gleichschaltung von Informationen und Ansichten bereits erreicht wurde. Die Meinungsindustrie zum Dritten Reich hat nicht nur ihre eigene Dynamik, sondern auch Kohärenz und Nachhaltigkeit, die einen naiven Beobachter verblüffen könnte: Unsere tägliche NS-Gruselstory gib uns heute!

Es ist zwar unerquicklich, die in Tausenden von Textzeilen verbreitete Feuilleton-Suada jener Tage erneut zu mustern. Insbesondere Grass' zweiseitiges (!) Interview in der *FAZ*, das die Rechtfertigung in eine dreiste Polemik kleidete, war nur mit Ekelgefühlen zu Ende zu lesen. Aber die eine oder andere lesenswerte Pointe war denn doch dabei, auch manche Trouville einer wunderschönen Phrasensammlung, die nach einem *Fackel-Kraus* unserer Tage ruft. Ich denke stellvertretend an Walter Jens. Der nennt Grass' Bekenntnis „abgewogen, präzise und vernünftig“

und vom Zeitpunkt her richtig gewählt: „Vorher wäre manches besserwieserisch erschienen.“ (*FAZ*, 14. August 2006) Tatsächlich? Darauf wäre ich nie gekommen. Auch Heinz Budes Urteil in der *Süddeutschen Zeitung* (17. August 2006) hat etwas Apartes und zugleich unfreiwillig Ironisches, erst Grass' „Geheimnis seiner jugendlichen soldatischen Begeisterung“ mache ihn „zu einem echten Repräsentanten der Bundesrepublik“, ja verleihe „seiner Person ihre spezifische historische Glaubwürdigkeit (...) Deshalb ist Günter Grass ein würdiger Nobelpreisträger aus Deutschland.“ Eine weitere schöne Blüte präsentiert uns Hans Mommsen in der *Frankfurter Rundschau*. Die Kritik an Grass sei „scheinheilig“ und die Vorhaltung „absurd“, daß er sich spätestens zum Bitburg-Anlaß hätte offenbaren sollen. „Das öffentliche Geheul wäre um keinen Grad geringer gewesen.“

Wirklich nicht? War denn nicht der Rundumschlag gegen Verdränger samt „Haltet-den-Dieb“-Pose ausgerechnet an diesem Tag die wohl größte Ungeheuerlichkeit? Und was ist das plötzlich für eine Moral, was für ein Moralist, der sich um Zustimmung oder Ablehnung schert? Beenden wir dies Potpourri der Verwirrung mit Adolf Muschg, der in der *FAZ* nun wirklich alle Verantwortung vertauschte: „Sieht sie so aus, die Scham eines spät erappten Sünders? Oder könnte es auch die Scham eines Menschen sein, der angesichts so vieler erappten Pharisäer einsehen mußte, daß seine Lebensarbeit wirkungslos gewesen ist? Denn: Freien Menschen mußte er jetzt nichts erklären; sie würden an seine Seite treten, wenn er von ahnungslosen Moralisten erledigt werden soll.“ (18. August 2006)

Vor allem den ersten Kommentaren merkt man eine gewisse Panik, auch Ratlosigkeit an, wie man den politischen Flurschaden im Lager der professionellen Vergangenheitsbewältiger begrenzen könne. Schon bald kristallisierten sich zwei grundsätzliche Strategien heraus: Die erste lief, solange der Ausgang der Affäre noch nicht absehbar war, auf strikte Abnabelung hinaus, auf schnelles Liquidieren einer Schwachstelle, bevor sie möglicherweise die ganze Art der Geschichtsschreibung à la Grass madig machen könnte. Das gilt etwa für Rolf Hochhuth, der den Vorgang „ekelhaft“ oder „widerlich“ nannte, Maxim Biller oder den Zentralrat der Juden in Deutschland, während Henryk M. Broders geschäftsfördernde Neigung zum Antigermanismus hierin eher sarkastische Bestätigung erfuhr. Die andere Strategie wiegelte ab. Was sei denn schon dabei? Wer erregt sich denn noch über solche Jugendsünden? Mäßigen wir uns, denn das sei doch nur Wasser auf die Mühlen der Ewiggestrigen! Hat Grass denn nicht genug gesühnt durch sein vorbildliches Werk? Auch wenn er in diesem Fall gefehlt habe, bleibe doch unbestreitbar sein Beitrag zur

Charlotte Knobloch:
„Sein langjähriges Schweigen (...) führt nun seine früheren Reden ad absurdum.“

Maxim Biller:
„Er hat alles, was er gesagt hat, zerstört.“

Christoph Keese:
„Grass hat die Öffentlichkeit jahrzehntelang belogen, um seine Existenz als Oberlehrer nicht zu gefährden. Die SS-Geschichte hätte sein Geschäftsmodell zerstört.“

Henryk M. Broder:
„Das bürgerliche Deutschland des Jahres 2006 reagiert auf das Geständnis wie eine Familie, die kurz vor Omas 80. Geburtstag erfährt, daß sie als junges Mädchen auf den Strich gegangen ist. Man kann Oma nicht aus dem Haus jagen, will sie aber auch nicht mehr in der guten Stube haben.“

Aufklärung und moralischen Sanierung Nachkriegsdeutschlands.

Bei dieser geläufigen Argumentationsfigur wollen wir etwas verweilen. Denn wirkliche Aufklärung ist vielleicht doch etwas mehr als die Geißelung von politischem Unrecht, Versagen und Massenmord. Und so notwendig es war, Vertuschungen und Beschönigungen zurückzuweisen, so aufklärend im umfassenden Sinn ist es ebenso, die jeweiligen Motive ernsthaft zu rekonstruieren, die aus den Beteiligten an Kriegen und Bürgerkriegen Sozialtypen formten, die ihre gemeinsame menschliche Basis zeitweise verleugneten. Dies aber leisten von Abscheu und Haß geprägte Abrechnungen gerade nicht. Indem Grass & Co. nur das Verbrecherische, Häßliche, Gemeine traktierten, teils zusätzlich karikaturistisch verzerrt, verstellten sie die substanzreichere Einsicht, daß jene Zeit nicht nur als moralisches Horrorkabinett, sondern zugleich als Epoche pervertierter Utopien zu kennzeichnen war. Indem sie all das dementierten und als grundsätzlich falsches Bewußtsein ächteten, was an damaligen Überzeugungen und Werten teilweise auch jenseits der spezifischen NS-Ideologie existierte (Nation, „Volksgemeinschaft“, Mut, Kameradschaft, Gemeinsinn, Opferbereitschaft), schufen sie gerade jenes Klima von rückschauendem Unverständnis, das auch für sie selbst die Chance minimierte, künftig ein ehrlicheres und freieres Leben zu führen. Wo das Personal im Dritten Reich angeblich nur noch aus Dämonen, Lemuren, Feiglingen oder kleinbürgerlichen Opportunisten bestand, war es für Nachgeborene schlicht unmöglich sich vorzustellen, wie man bei einem solchen Hexentanz hatte mitspringen können.

Der wahre Aufklärer und Romancier Grass hätte nun aber gerade das leisten sollen, uns die jugendliche Faszination zu veranschaulichen, die bedauerlicherweise nicht nur Jugendliche ergriff. Er hätte dies als Voraussetzung seiner Produktion in einem selbstanalytischen Prozeß tun sollen, jenseits der öffentlichen Schaustellungen oder Rituale einer zweifelhaften *Reeducation*. Im Idealfall wäre so ein Panorama der Zeit entstanden, das nicht kopfschüttelnde oder selbstzufriedene Distanz des Lesers, sondern partielle einsichtleitende Identifikation hervorgerufen hätte. Die politische Verführung wäre anschaulich geworden, aber auch der Umstand, daß man letztlich verführt werden wollte, die unheimliche Attraktion, sich gesellschaftlich oder gar anthropologisch neu zu gebären, aber auch die Brutalität anderen gegenüber, der Hang zur großen Vereinfachung, die Lizenz zum Töten, die bei der Gelegenheit *en passant* verliehen wurde, der Lustgewinn, in einem Generationen- wie Nationenkonflikt endlich einmal reinen Tisch zu machen.

All dies wäre wahrlich eines großen Schriftstellers oder Historikers wert. Statt dessen produzierten Grass und viele seiner Kollegen politisch-moralische Pappkameraden in der Tradition von Heinrich Manns *Untertan*. Den repräsentativen Roman, der aufklärerische Identifikation tatsächlich ermöglicht, gibt es nicht im Nachkriegsdeutschland, oder er ist von der veröffentlichten Meinung so ignoriert worden, daß wir kaum zu ihm finden. Daß Dieter Meichsner, Walter Kolbenhoff oder Walter Kempowski es wenigstens versucht haben, wurde kaum angemessen gewürdigt. Das feuilletonistische und theatermäßige Unverständnis, das einer Figur wie Harras in Zuckmayers *Des Teufels General* entgegenschlägt, spricht Bände.

„Ja, aber“, höre ich die Grass-Freunde sagen, „konnte man diesen notwendigen ideologischen Exorzismus denn anders vollziehen als mit rigorosesten Mitteln?“ Gab es überhaupt vertretbare Alternativen zur völligen Verdammung? Gewiß nicht als Beschönigung der Untaten, aber um des tieferen Begreifens willen angesichts weltweiter Moralverdikte als etwas stärkere Einfühlung in die Schuldigen und ihr Fehlverhalten. Die politische Komplexität jener Zeit, die politische Verworrenheit durfte nicht



Christian Semler (taz):
„Bezeichnenderweise kommt die Rede von Grass' ‚Betrug‘ auch zumeist nicht von Linken, sondern sie ist ein Schlagstock, mit dessen Hilfe Rechtskonservative wie Joachim Fest einen Prominenten aus dem gegenläufigen Lager der moralischen Zweideutigkeit überführen wollen. (...) Dieses Manöver sollten wir nicht mitmachen.“

Wolf Lotter (Welt):
„Wie es tatsächlich sein kann, daß die moralische Instanz Grass jahrzehntelang die Geschichte vom kleinen Flakhelfer erzählen konnte, (...) sagt viel aus über die spezifische Art der Vergangenheitsbewältigung nach Hausmacherart. (...) Denn andere wurden zu Recht und intensiv durchleuchtet (...). Doch bei den eigenen Leuten versagte der investigative Drang (...). Die Logik lautet: Gerecht ist, was der Gesinnung nützt. Zu sehr entsprach Grass dem Klischee des einzig tragbaren intellektuellen deutscher Nachkriegsbauart: SPD-Mitglied, Kanzler-Kumpel, Wahlkämpfer, Gutmensch.“

Peggy Parnass (taz):
„Günter Grass soll entwertet werden, seine Lebensleistung und Lebenshaltung ausstrahlt. Grass selbst sagt, das Schuldgefühl hat mich als Schande belastet. Ich finde, daß er absolut keinen Grund hat, sich schuldig zu fühlen. Und habe die allergrößte Hochachtung vor ihm.“

volkspädagogisch simplifiziert werden, selbst wenn man sich dadurch dem Verdacht der Apologie aussetzte. Die Katastrophe war in ihren vielfältigen Ursachen ins Bild zu setzen, statt lediglich geschichtspolitische Instrumente zu präparieren für moralische Erpressungen im Sinne des „korrekten“ Tugendterrors unserer Tage. Und nicht zuletzt hätte Grass, wenn es ums Dritte Reich ging, „ich“ sagen sollen, nicht nur „die“, was ihn zudem sogar noch besonders befähigt hätte, die Dinge anschaulich werden zu lassen. Dies wäre der schwerere, ehrlichere, allerdings auch steinigere Weg zur tatsächlichen Aufklärung gewesen. Nicht gerade das, was weltweit nachgefragt wurde, wo man in der Regel nur einen Schindler gegenüber zehntausend Schindern akzeptiert. Für Grass hätte diese Haltung etwas weniger an Ruhm versprochen. Nobel- oder Friedenspreise wären wohl nicht dabeigewesen. Es hätte ein tägliches Opfer erfordert, nicht zuletzt die Zurücknahme der eigenen Person gegenüber der Sache. Aber wo man gerade dieser Generation den Heroismus so gründlich ausgetrieben hatte, war offensichtlich auch ein Moment der Zivilcourage mit verlorengegangen.

Daß Grass mit seinem Geständnis so endlos gezögert hat, irritierte auch Gleichgesinnte wie Hans-Ulrich Wehler: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß ihm damals, Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, jemand einen Strick daraus gedreht hätte. Seinem Schreiben selber hätte das nicht geschadet.“ (FAZ, 14. August 2006) Diese Einschätzung ist



Joachim C. Fest:
„Kein anderer hat sich so sehr als moralisches Gewissen der Nation aufgeplustert. Kein anderer hat so gerne ethische Noten verteilt. Kein anderer saß auf einem so hohen Ross. Kein anderer fällt nun so tief.“

Rafael Seligmann:
„Wer die Vergangenheit verdrängt, wird in der Gegenwart nicht bestehen können und auch nicht in der Zukunft. Wer solche Sätze aufstellt, hat sich gefälligst daran zu halten.“

Hellmuth Karasek:
„Er hat den Nobelpreis wie kein anderer deutscher Schriftsteller verdient. Aber ich denke, er hat ihn sich erschlichen. Denn ich glaube nicht, daß er ihn bekommen hätte, wenn das bekannt gewesen wäre.“

Gerhard Zwerenz:
„Die literarische Welt hat ihre Sensation. Die Trommel entpuppt sich als Pfeife. Der Feind triumphiert, die Freunde sind betreten. Ich nicht.“

– mit Verlaub, Herr Wehler – ein wenig zu naiv, um seriös zu sein. Eher schon trifft Martin Walsers Diagnose, hier herrsche seit Jahrzehnten nun wahrlich „kein Klima, das einlädt, mit sich selbst freimütig abzurechnen“, eher eines „der Vergiftungen, der schnellen Verdächtigungen und des Rufmordes“. Walser vergißt in seiner kollegialen Schützenhilfe nur, daß es ausgerechnet Inquisitoren wie Grass waren, die wesentlich zu dieser neurotischen Atmosphäre beigetragen haben. Denn wer im bundesrepublikanischen Bewältigungsklima eine echte literarische Chance haben wollte, durfte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, offiziell keinen Vergangenheitsmakel aufweisen.

Exemplarisch zeigt dies der Fall Hans Baumann, der, als Hitler an die Macht kam, ganze achtzehn Lenze zählte. Es half ihm nichts, daß er nach dem Krieg völlig auf die Linie christlicher Toleranz umschwenkte und in einem entsprechenden anonym eingesandten Theaterstück sogar zunächst den Gerhart-Hauptmann-Preis gewann. Der wurde ihm nach Aufdeckung seiner wahren Identität flugs aberkannt, und Reich-Ranicki persönlich exekutierte dann das Stück nach Strich und Faden. Das war die Regel. Die Verstrickten jener Jahrgänge wurden von den nachdrängenden Eliten des Kulturbetriebs über die Moralschiene aus der Literaturgeschichte hinauskatapultiert. Ja, selbst das bloße Faktum der Nicht-Emigration erwies sich für den Nachruhm vieler deutscher Autoren als kaum zu meisterndes Handicap.

Nein, wir dürfen die Problematik nicht retrospektiv entschärfen. Denn im großen und ganzen hatte diese (schuldige wie beschuldigte) Generation zunächst nur eine Chance, wenn sie die (vollständige) Wahrheit verschwiege. Viele flüchteten in Lebenslügen, aber das gilt auch für heutige

Kritiker, die nicht wahrhaben wollen, daß es für solches Verhalten massive Gründe gab. Völlig aufrichtig zu sein, hätte für diese Zwanzig- bis Dreißigjährigen bedeutet, ihre berufliche Zukunft weitgehend abschreiben zu müssen, bevor sie nach einer fremdbestimmten Jugend erst richtig begann. Das mag man als geradezu religiöse Sühneleistung begrüßen, ob man es vom Großteil dieser Jahrgänge schlicht einfordern konnte, überlasse ich dem Urteil von Nachgeborenen mit verminderter Neigung zum Pharisäertum.

Das öffentliche Verständnis ist übrigens mit dem Abstand von Jahrzehnten keineswegs größer geworden, sondern durch eine flächendeckend zur Ersatzreligion erhobene Monumentalisierung der Schuld eher geringer. Insofern überrascht es, wenn nun plötzlich für Jens Jessen die „Untadeligkeit des Autors“ für die moralische oder ästhetische Überzeugungskraft seines Werks keine Rolle mehr spielen soll (*Zeit*, 17. August 2006), oder Stefan Chwin dem Künstler Grass konzidiert, seine Biographie nach Belieben zu „kreieren“: „Ein echter Schriftsteller trägt sein Leben lang in seinen Ärmeln ein schwarzes As, das er niemals auf den Tisch werfen wird“ (*FAZ*, 25. August 2006). Gegenteilige Vorwürfe betrafen laut Fritz Raddatz lediglich „außerliterarische“ Kategorien, „geeignet für den Leitartikel, nicht die Literaturkritik“ (*Zeit*, 17. August 2006). Kunstwerke transzendierten ihren Schöpfer, meint Felicitas von Lovenberg (*FAZ*, 16. August 2006) und so weiter. Solche Auffassungen sind mir nicht unsympathisch, nur haben sie leider gar nichts mit den gängigen Nachkriegsgewohnheiten zu tun, vieles hingegen mit einer schnellstens erlassenen ästhetischen *Lex Grass*. Denn üblicherweise haben Veröffentlichungen zur Kultur im Dritten Reich nur eine dominierende Zielrichtung: den Nachweis persönlichen Fehlverhaltens mit umgehend negativen Folgen für die künstlerische Bewertung. Ganze Bibliotheken lassen sich füllen mit solcherart nachträglichen „Spruchkammerverfahren“, die vielfach genuin philologische Textbetrachtungen zu erübrigen scheinen.

Zurück zur unmittelbaren Nachkriegszeit und den „Flakhelfer“-Jahrgängen. Sie suchten einen Ausweg aus ihrer Klemme, und einige fanden ihn schnellstens. Er lag darin, sich nicht länger als Teil der „verlorenen Jugend“ gegen kollektive Inkriminierung zu wehren, sondern diese offensiv mitzumachen, in der Regel auf Kosten anderer. So mutierten zahlreiche kollektiv Verdächtige durch radikalen Frontwechsel zu emsigen „Vergangenheitsbewältigern“, akzeptierten auch pauschale Anklagen, ohne dafür (jenseits allgemeiner Reuefloskeln) persönlich einzustehen, witterten überall ideologische Erzübel oder neonazistische Umtriebe oder wetterten gegen Verdränger und Verschweiger. Ein wahrlich attraktives Reinwaschungsverfahren. Denn es bot einfache Rettung aus dem demütigenden Unterworfenensein unter einen Schuldvorwurf und, nachdem es mittels neuer Eliten inthronisiert war, sogar die willkommene Chance eigener Machtausübung. Ein einziger entsolidarisierender Schritt ins Lager der Sieger genügte. Schon wurden aus deprimierten Geschlagenen – (doppelte) Moral macht's möglich! – einflußreiche Inquisitoren, aus Verfemten „moralische Gewissen“. Ihr Pharisäertum eignete sich bestens als (literarisches) Kapital, zumal sich solche Botschaften auch international vermarkten ließen.

In der SBZ war dies offizielle Leitlinie. Wer nicht zur NS-Prominenz gehört hatte und jung war, durfte nach einer kurzen Phase sozialistischer Gehirnwäsche nun sofort für die „richtige“ Sache streiten: Franz Fühmann etwa oder Erich Loest. Aber auch im Westen lernte man prompt hinzu. Einer der ersten, der das Prinzip begriff, war Wolfgang Weyrauch, der noch im April 1945 in Goebbels' *Reich* den Hölderlinschen Tod fürs Vaterland besungen hatte. Nach Kriegsende „bewältigte“ er jedoch zunächst einmal die Vergangenheit von Ernst Jünger, der immerhin im Gegensatz zu ihm viel vorausschauender gewesen war und den seinem Kommando unterstehenden Volkssturm nach Hause geschickt hatte. Auch für Wolfgang Staudte war es gewiß vorteilhafter, sich bereits 1946 mit Filmen wie *Die Mörder sind unter uns* an der ideologischen Säuberung zu beteiligen oder im *Untertan* den deutschen Volksscharakter aufzuspießen, als über seine Rolle in *Jud Süß* zu reden. Und mir stehen Dutzende vergleichbarer Karrieren vor Augen.

Viele Bücher ließen sich darüber schreiben. Doch man hüte sich, nun gleichfalls einem billigen Moralismus *ex post* zu verfallen, wo es nur dar-

Ralph Giordano:

„Das Bekenntnis ehrt ihn – das ist der Grass, den ich kenne: eine der großen auch moralischen Figuren unseres Zeitalters.“

Klaus Staeck:

„Ein vernünftiger Mensch müßte das eigentlich mit ins Grab nehmen.“

Peter Handke:

„Sogar sein Outing, wie man das heute nennt, ist so selbstgerecht wie er seit 50 Jahren: böser, selbstgerechter Formalismus. Wenn man den Titel ‚100 Jahre Einsamkeit‘ abwandeln könnte, müßte man sagen: ‚50 Jahre Selbstgerechtigkeit‘.“

John Irving:

„Grass bleibt für mich ein Held – als Schriftsteller und als moralischer Kompaß. Sein Mut, als Schriftsteller und als Bürger Deutschlands, ist beispielhaft – ein Mut, der durch seine jüngste Enthüllung erhöht und nicht herabgesetzt wird.“

um geht, ein generationstypisches Verhaltensschema zu verdeutlichen. Denn die Koeppen, Andersch, Eich oder Staudte, die Jens, Jauß, Schöne, Höfer, Fritz Fischer, Schwerte, Höllerer, Habermas oder Wapnewski hatten alle ihre spezifische Vergangenheit. Mal war es eine kurze jugendliche Berausung, mal etwas mehr, mal eine Mitgliedschaft, die dann vergessen wurde, mal war's nur eine Unterlassung, die man später als schuldhaft empfand. Man sollte es keineswegs überbewerten, auch nicht den Umstand, daß die meisten später ein bißchen von ihrer Biographie vergaßen, falls sie solche Amnesie nicht dazu nutzten, umso kräftiger auf andere einzuprügeln.

Nun mag man einwenden, daß der Haß dieser Generation auf ein Umfeld, das ihre Jugend ruiniert, sie mit weltweiter Schuld oder zumindest entsprechenden Vorwürfen beladen hat und ihre unmittelbare Zukunft für Jahrzehnte zu verbauen schien, doch wohl mehr als verständlich sei. Welchen Grund hätten sie gehabt, diejenigen zu schonen, die ihnen das alles eingebrockt hatten? Welche Solidarität sollten sie für eine Gemeinschaft aufbringen, die sie zunehmend als widerwärtiges Kollektiv empfanden? In dieser Phase des totalen Ideologieverdachts war sich wohl jeder selbst der nächste, und mit der Pauschalkritik traf man immerhin häufig genug auch wirklich Verantwortliche. Zur Erklärung ihrer Motive reicht das aus, nicht aber zur generellen Rechtfertigung, und schon gar nicht sollte man diese Fremdbezichtigungen mit ehrlicher Aufarbeitung verwechseln. Was Grass & Co. nämlich völlig dabei verlorenging, war ein Gefühl für das Mechanische oder auch „Unmoralische“ dieser neuen Moral. Denn nicht selten kam es zum bloßen Austausch von Freund- und Feindbildern, zur abrupten Desertion ins Lager der jeweiligen (ideologischen) Sieger. Statt Faschismus nun eben Antifaschismus, statt Antisemitismus nun eben Philosemitismus, statt Antikommunismus nun Kommunismus, statt Lob der Diktatur nun Teil einer Gesinnungspolizei im Dienst radikaler „wehrhafter“ Demokratie. Brechts *Mann ist Mann* dient für solche Metamorphosen als lehrhaftes Modell.

Man könnte Mitleid mit jenen Mentalitäten haben, wären die Folgen ihres Zelotentums nicht so langwierig und selbst heute noch geistig strangulierend. Auch ein linker McCarthyismus dient nicht der Polithygiene. Aber solcher Eifer war eben einer zweiten Sozialisation geschuldet, die mit Umerziehung eher beschönigend umschrieben wird. Wer sich gegen Lebensmittelkarten gefilmte KZ-Greuel ansehen mußte, hat die Lektion ein für allemal begriffen. Auch in solchen makabren Zusammenhängen gilt: „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'“, was schließlich sogar wörtlich zutraf, als der Kalte Krieg ganz neue Optionen bot.

Gab es eine bessere Alternative? Vermutlich angesichts des millionenfachen Leids und entsprechender Sühnebedürfnisse nur eine politisch nicht durchsetzbare, etwa in der Art, wie Zuckmayer seine moralische Wiederaufbauarbeit verstand: eine, die auf Verständnis setzte und zu einem nicht risikolosen Vertrauensvorschuß bereit war. Wer dieser Jugend (ökonomisch wie ideell) nochmals eine wirkliche Chance gegeben, wer ihr Zeit gelassen hätte, zu sich selbst zu finden, und sie nicht gleich wieder durch bestellte Reuebekenntnisse oder neue Frontstellungen moralisch vereinnahmte und überforderte, hätte wohl auch ihre Seele gerettet. Denn wer von den Jungen diesen gigantischen konkret erlebten Zusammenbruch ideeller Welten ohne Zwang hätte aufarbeiten dürfen, wäre – davon bin ich überzeugt – mehrheitlich für totalitäre Faszinationen lebenslang immunisiert worden. Man hätte sie allerdings auch nicht so leicht in diese oder jene Richtung hin manipulieren können, selbst nicht durch Verführungen sogenannter „Gutmenschen“.

Auch ihnen hätte sich schamvoll das Unrecht ihrer Zeit erschlossen. Doch wenn sie öffentlich die Lehren daraus zogen, hätten sie nicht nur von anderen gesprochen oder geschrieben. Und wenn sie sich dem versagten, dann, weil es ein Letztes gibt, das manchmal vielleicht doch besser ungesagt bleibt. Oder auch schlicht aus einer altmodischen Hemmung heraus: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein“. Auch dies wäre ein (Ver-)Schweigen gewesen, aber eben ein anderes als dasjenige von Günter Grass.

Florian Illies:
Für seine Generation sei Grass „keine moralische Instanz“ mehr gewesen. „Für mich war er eine unglaubliche Nervensäge.“

Christoph Stözl:
„Mit seinem Bekenntnis hat sich der alte Literatur-Löwe Grass wieder als genialer Medienprofi erwiesen.“

Armin Laschet:
„Es ist ein schlechter Stil, daß er im Rahmen des Schuldeingeständnisses Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer mit Schlagwörtern wie ‚katholischer Mief‘ diskreditiert. Etwas mehr ‚katholischer Adenauer-Mief‘ hätte ihn vielleicht davor bewahrt, sich freiwillig zur Waffen-SS zu melden.“

Walter Kempowski:
„Ein Mensch in dieser Situation sollte künftig schweigen.“

Autoren dieses Heftes

Dr. Hermann Heidegger, 1920, 1938 Fahnenjunker, 1945 Oberleutnant und Führer eines Infanteriebataillons. Nach Rückkehr aus sowjetischer Gefangenschaft 1948 Studium der Philosophie, Geschichte, Rechtswissenschaft und Forstwirtschaft, 1953 Promotion in Geschichte bei Gerhard Ritter. Seit 1955 als Hauptmann in der Bundeswehr, 1979 Abschied als Oberst. Seit 1976 Herausgeber der Gesamtausgabe der Werke Martin Heideggers. Verheiratet, vier Kinder.

PD Dr. Till Kinzel, 1968, studierte Geschichte, Anglistik und Philosophie, promoviert und habilitiert in Englischer und Amerikanischer Literaturwissenschaft, lehrt an der Universität Paderborn. Letzte Buchveröffentlichungen:
Die Tragödie und Komödie des amerikanischen Lebens. Eine Studie zu Zuckermans Amerika in Philip Roths Amerika-Trilogie, Heidelberg 2006
Nicolás Gómez Dávila. Parteigänger verlorener Sachen, Schnellroda 2003

Ellen Kositzka, 1973, studierte Germanistik und Geschichte, freie Publizistin. Verheiratet, sechs Kinder.

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Verheiratet, sechs Kinder. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios). Letzte Buchveröffentlichungen:
20 Jahre Junge Freiheit. Idee und Geschichte einer Zeitung, Schnellroda 2006
Raki am Igman. Texte und Reportagen aus dem Bosnien-Einsatz der Bundeswehr, Dresden 2001

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie. Verheiratet, drei Kinder. Letzte Buchveröffentlichungen:
Die Existenz als Grenze des Wissens. Grundzüge einer Kritik der Philosophischen Anthropologie bei Karl Jaspers, Würzburg 2006
Gerhard Nebel. Wächter des Normativen, Schnellroda 2004

Prof. Dr. Ernst Nolte, 1923, von 1965 bis 1991 Professor für Neuere Geschichte in Marburg und Berlin. Verheiratet, ein Kind. Letzte Buchveröffentlichungen:
Geschichte Europas. Von der Märzrevolution 1848 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918, München 2007
Die Weimarer Republik. Demokratie zwischen Lenin und Hitler, München 2006
Einblick in ein Gesamtwerk. Siegfried Gerlich im Gespräch mit Ernst Nolte, Schnellroda 2005

Daniel Schikora, 1977, studierte Geschichte und Sozialwissenschaft in Erfurt und München. Derzeit Promotion über die *laïcité* in Frankreich.

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, Professor für Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes, Leiter des Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsaß. Verheiratet, zwei Kinder. Letzte Buchveröffentlichungen:
Zehn Jahre Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß, St. Ingbert 2006
Gustav Regler. Odysseus im Labyrinth der Ideologien. Eine Biographie in Dokumenten, St. Ingbert 1998
Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919–1945 und ihr Bild vom „Führer“, Bonn 1993

Christian Vollradt, 1973, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie. Verheiratet, ein Kind.

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, promoviert als Historiker. Verheiratet, ein Kind. Letzte Buchveröffentlichungen:
Das Hakenkreuz. Symbol eines Jahrhunderts, Schnellroda 2006
Unsere Zeit kommt. Götz Kubitschek im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2006

Neue Linke

von Christian Vollradt

Woher?

„Wir vollenden damit die deutsche Einheit, *wir* machen das!“ verkündete vollmundig ein zuversichtlicher Gregor Gysi auf dem Vereinigungsparteitag der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) und der „Wahlalternative Arbeit und Gerechtigkeit“ (WASG) zur neuen Partei „Die Linke“. Natürlich ist diese Aussage ebenso vermessen wie historisch falsch; dies dürfte auch Gysi selbst bewußt und von daher als (gelungene) Provokation beabsichtigt gewesen sein. Denn mit dem Duo Gregor Gysi / Oskar Lafontaine, das bereits seit 2005 kollegial die gemeinsame Bundestagsfraktion der jetzt fusionierten Linken anführt, sind zunächst einmal zwei hartnäckig um die *Verhinderung* der deutschen Einheit bemüht gewesene Politiker vereint. Lafontaine, der 1988 noch frohlockte, es sei „ein Glück für uns alle“, daß der „Traum der deutschen Einheit eine Chimäre bleiben“ müsse, wollte dieser kurz darauf überholten Aussage doch noch zu ihrem Recht verhelfen, indem er 1990 als saarländischer Ministerpräsident im Bundesrat gegen den Einigungsvertrag stimmte. Und Gysi bedauerte damals öffentlich die Zustimmung der (ersten demokratischen und insgesamt letzten) DDR-Volkskammer zu eben jenem Vertrag, damit habe die Mehrheit „nichts weniger beschlossen als den Untergang der DDR“.

Wenn überhaupt, wurde am 16. Juni 2007 also die deutsche Einheit nur institutionell nachvollzogen, und zwar von einer politischen Kraft, die diese Einheit eigentlich nicht wollte, dann aber wohl oder übel akzeptieren mußte. Dabei ist bemerkenswert, daß der jetzige Fusionspartner aus dem Osten (also die PDS) damals als hervorstechendes Argument für den Erhalt der DDR die besonderen sozialen Errungenschaften nannte, während Lafontaine gegen die Wiedervereinigung jene Befürchtungen aufgriff, wonach neben materiellen Besitzständen vor allem der „europäische Lebensstil“ sowie „liberale Qualitäten“ der alten Bundesrepublik mit dem Beitritt Mitteldeutschlands auf der Strecke bleiben könnten.

Zutreffender ist da schon die nicht weniger euphorische Aussage, man habe mit der Gründung von „Die Linke“ erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Gesamtheit der Sozialisten unter einem organisatorischen Dach vereint. Das umfaßt jetzt also von der westdeutsch demonstrierten WASG-Seite her jene dissidenten Sozialdemokraten und Gewerkschafter (Maurer, Troost, Ernst) als Apostel einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik mit Anleihen an die SPD der siebziger Jahre genauso wie die altgedienten SED-Kader mit nicht selten nachweisbarer Stasi-Vergangenheit (Bisky, Gysi, Brie).

Zumindest Oskar Lafontaine konnte mit solchen Parteigängern ein gutes Einvernehmen schon vorweisen, als jene noch treue Gefolgsleute der Sozialistischen Einheitspartei waren und er selbst noch als Hoffnungsträger der SPD fungierte. Ihm galt selbst SED-Chef Erich Honecker nicht nur als „verlässlicher Verhandlungs- und Sicherheitspartner“, sondern auch als sein „guter Bekannter“, dessen Forderung nach Anerkennung einer eigenen „DDR-Staatsangehörigkeit“ er sich noch 1987 zu eigen machte. Schon der Jungsozialist Lafontaine hatte 1968 gegenüber SED-Vertretern sein Verständnis für die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Armeen der sozialistischen Bruderstaaten geäußert. Folgerichtig strich er als Ministerpräsident des Saarlandes 1988 auch die finanzielle Unterstützung seines Bundeslandes für die „Zentrale Erfassungsstelle“ in Salzgitter, die zur Beweissicherung von DDR-Unrecht geschaffen worden war und der SPD-Linken längst als Hindernis beim „Wandel durch Annäherung“ ein Dorn im Auge war.

In der positiven Bewertung der Existenz zweier deutscher Staaten waren sich SED und SPD-Linke also grundsätzlich einig, und so gab es gerade deshalb während der staatlichen Teilung *eine* Linke, die sehr wohl „gesamtdeutsch“ war, obwohl (oder vielleicht: weil) sie betonte, daß „sozial vor national“ (Lafontaine) rangiere. Schon damals hat der Gleichklang der Interessen etwa beim Thema „Nachrüstung“ und „Friedenssicherung“ ausgerechnet dem erklärten Nationalstaats-„Überwinder“ Oskar Lafontaine den Vorwurf eingebracht, mit seiner antiwestlichen Position – etwa seinem gegen die US-Politik gerichteten Buch *Angst vor den Freunden* – nationalistischen Thesen Vorschub zu leisten. Ähnlich klingt es, wenn sein „Fremdarbeiter“-Diktum oder der Antiamerikanismus der Linkspartei kritisiert werden; bei Lafontaine lautet die Schlussfolgerung dagegen heute: „Ohne uns wäre die Rechte in Deutschland stark“. In der Juniausgabe der Zeitschrift *Sozialismus* heißt es über dieses Verdienst der neuen politischen Kraft: „Der Gründungskonsens der Linkspartei besteht denn auch darin, der Unterrepräsentation von Lohnabhängigen sowie von Beziehern von Transfereinkommen entgegenzutreten und deren mögliche Hinwendung zu rechtsradikalen Positionen zu verhindern. Artikulation und Verteidigung sozialer Interessen ist in dieser Perspektive ein Beitrag zur Demokratisierung der Bundesrepublik, die politisch gegenwärtig durch neoliberalen Totalitarismus mit der Option auf einen rechtsradikalen Antiliberalismus geprägt ist.“ Kurz gesagt, bleibt „Antifaschismus“ weiterhin ein wesentliches Kennzeichen der sozialistischen Linken, so wie es Gregor Gysi bereits 1990 erkannt hatte: Wenn es schon nicht mehr aussichtsreich war, *für* den Erhalt der DDR zu kämpfen, dann doch umso mehr *gegen* „die Rechten“.

Wohin?

Naturgemäß überwiegt bei den Sozialdemokraten noch der Groll gegen den abtrünnigen Ex-Vorsitzenden, überwiegt die Angst vor dem weiteren Verlust von früheren Wählern und Anhängern aus dem Gewerkschaftsmilieu, überwiegt der Ärger, nun bundesweit eine neue Konkurrenz bekommen zu haben, durch welche (erneut) die eigene Profilierung von links herausgefordert wird. Ohne Zweifel schadet „Die Linke“ aktuell am meisten der SPD, die bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im Vergleich zur letzten Bundestagswahl mehr als ein Drittel ihrer Wähler einbüßte, während die Linkspartei auf Antrieb den Einzug in Fraktionsstärke schaffte und in bundesweiten Umfragen derzeit bei zehn Prozent liegt. Das legt eine Zusammenarbeit momentan nicht gerade nahe. Auch kann die SPD in nächster Zeit ohne politischen Gesichtverlust weder von den Reformen im Sozialsystem unter der Regierung Schröder noch von ihrer Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr abrücken, während umgekehrt genau dies „Die Linke“ zur *conditio sine qua non* einer Zusammenarbeit mit der SPD macht. Aber

trotzdem müssen die landauf, landab vernehmbaren feierlichsten Schwüre prominenter SPD-Vorstände, man werde niemals auf Bundesebene mit der Linkspartei zusammengehen, als leere Hülsen gewertet werden.

Die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit den Postkommunisten war über Jahre ein sozialdemokratischer Grundkonsens nach der Wiedervereinigung; das war allein schon aus zwei Gründen nachvollziehbar: Erstens mit Blick auf die eigene Parteigeschichte, also auf die Zwangsvereinigung mit der KPD in der sowjetisch besetzten Zone und auf den entsprechend kämpferischen Widerstand seitens der West-SPD unter Kurt Schumacher. Und zweitens unter Berücksichtigung des Erbes der Bürgerrechtsbewegung in der DDR des Jahres 1989, das über die SDP in die gesamtdeutsche SPD eingeflossen ist. Doch solche wohlbegründeten Distanzierungen hielten der Versuchung in Gestalt einer Machterringung via Mehrheitsbeschaffung durch die PDS nicht lange stand. Im Mai 1998 ließ sich Reinhard Höppner (SPD) seine Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt von der ehemaligen DDR-Staatspartei tolerieren, im November desselben Jahres bildete sein Parteifreund Harald Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern gar die erste rot-rote Koalition. Seinem Beispiel folgte im Jahre 2001 die SPD in der Hauptstadt, die eine Große Koalition plätzen ließ und seitdem mit der PDS regiert.

Gesetzt den Fall, daß mittelfristig die entscheidenden (personenbezogenen) Animositäten zwischen der Führungsriege einer durch weitere Wahlschläppen entmutigten SPD und der Linkspartei nicht mehr als so gravierend wahrgenommen werden, steht garantiert ein sozialdemokratischer „Hoffnungsträger“ – Klaus Wowereit(?) – parat, der unter Verweis auf positive Erfahrungen in der Landespolitik seine Partei zum Abwurf solchen Bedenkenballasts ermuntern wird.

Denn trotz der Einbußen, die die Sozialdemokraten hinnehmen müssen, verändern sich die strukturellen Mehrheitsverhältnisse nicht zuungunsten der Parteien links der Mitte. Bereits bei der Bundestagswahl 2005 haben die Verluste von SPD und Grünen in etwa dem Gewinn entsprochen, den die PDS verbuchen konnte. Die Schwäche der eigenen Partei in eine Stärke des „linken Lagers“ umzumünzen – darin könnte für die SPD der einst die Verlockung eines „strategischen Schwenks“ hin zum rot-rot-grünen Bündnis auf Bundesebene liegen, wie Stefan Dietrich in der *FAZ* mutmaßte. Tatsächlich hatten bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 zum letzten Mal die bürgerlichen Parteien gemeinsam eine Mehrheit im Parlament; eine Legislaturperiode später kamen Unionsparteien und FDP nur noch auf 48,4 Prozent und bei der letzten Wahl war das Verhältnis 45 Prozent „rechts“ zu 51 Prozent „links“. In aktuellen Umfragen hat sich diese Tendenz zugunsten von Rot-Rot-Grün noch verstärkt.

Der SPD eröffnete sich so also eine weitere Option mittels einer linken Mehrheit an der Macht zu bleiben beziehungsweise diese zu erringen; ganz abgesehen davon, daß ein Zusammengehen mit der FDP oder – notfalls – der Union nicht ausgeschlossen wäre. Solche Gedankenspiele werden umso realistischer, je stärker der sogenannte „Konzentrationsgrad“ der Volksparteien zugunsten der „Kleinen“ weiter abnimmt. Daß der Union da eigentlich nur die FDP bleibt, die bei Landtagswahlen nicht selten die Fünfprozenthürde fürchten muß, macht ihre mißliche Lage bewußt. Mittelbar könnte den Christdemokraten der Aufstieg der Linkspartei also mehr schaden als der SPD. Vor diesem Hintergrund ist auch das regelmäßig in der Öffentlichkeit zelebrierte „Nachdenken“ einiger CDU-Granden über eventuelle schwarz-grüne Koalitionen weniger eine auf politischen Übereinstimmungen fußende Option als vielmehr ein Zeichen von Nervosität. Wenn absolute Mehrheiten immer unwahrscheinlicher werden, verbleiben der Union in dieser Konstellation nur mehr mögliche Koalitionspartner, die – so unterschiedlich sie auch sein mögen – links von ihr stehen. Auf die Position eines *divide et impera* mit der Chance, aus der parteipolitischen Zersplitterung der Linken langfristig profitieren zu können, wie dies den Bürgerlichen in Frankreich durchaus schon gelungen ist, sollten sich CDU und CSU nicht verlassen. Zumal noch nicht einmal in Ansätzen zu erkennen ist, daß sie das Erfolgskonzept des französischen Präsidenten Sarkozy übernehmen (könnten), mit einem inhaltlich prononciert rechten Wahlkampf die Wähler vom radikalen Rand zu sich zu holen.

Ebenso trügerisch wäre die Hoffnung, das Thema Linkspartei sei nur ein politisches Strohfeuer und erledige sich spätestens mit der weiteren



Als man sich an den Schuldigen noch erinnerte, amerikanische Karikatur von 1980

konjunkturellen Erholung von selbst. Denn Vorsicht scheint geboten bei Prognosen, die ein baldiges Ende der neuen Linken vorhersehen. Sicher wird die Partei vor Zerreißproben stehen, wenn orthodoxe Marxisten (Ost) auf keynesianisch argumentierende Sozialstaatsverfechter (West) treffen, das Lager der „Systemoppositionellen“ gegen den Flügel der „Reformer“ in Position geht oder man sich über die Frage eines möglichen Mitregierens in die Haare bekommt. Solche Auseinandersetzungen gab es in der „alten“ PDS auch schon; weder sie noch die Schlappe bei der Bundestagswahl 2002 haben ihr Ende eingeläutet. In ihrem (noch) aktuellen Parteiprogramm hat sich die Linkspartei diesbezüglich nämlich eines sehr pragmatischen „Sowohl-als-auch“ bedient: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

Gewarnt seien auch all jene, die beruhigt meinen, mit der Linkspartei werde es trotz eventuell zu verzeichnender Überraschungserfolge in den Ländern ein ähnliches Ende nehmen wie bei den meisten rechten Fraktionen, die dem Groll der Wähler gegen die Volksparteien ihren Aufstieg verdankten, sich sodann aber meist selbst zerfleischten und rasch in die Bedeutungslosigkeit (zurück-)sanken. Dem ist entgegenzuhalten, daß selbst die Politneulinge der (westdeutsch dominierten) ehemaligen WASG meistens dennoch alte Hasen im Geschäft sind. Das gilt nicht nur für die Prominenten wie Lafontaine oder den früheren Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, sondern sogar für die große Zahl derer, die sich zuvor in diversen erfolglosen linken Kleinstgruppierungen getummelt haben. Vor allem kann „Die Linke“ auf etwas zählen, was bei „den Rechten“ nur rudimentär vorhanden ist: eine feste Verwurzelung im nahestehenden Milieu. Von Gewerkschaften über Sozialverbände bis zu „Antifa“-Gruppen stehen hier Vorfeldorganisationen bereit, die ideelle und personelle Verstärkung bieten können. Erinnert sei nur an das Beispiel der Grünen, die sich trotz heftigster parteiinterner Auseinandersetzungen, anarchischer Zustände im Gründungsstadium, diversen programmatischen Häutungen und herber Wahlrückschläge als Partei (und Koalitionspartner) links der SPD behaupten konnten.

Daß Lafontaine auch als SPD-Kanzlerkandidat 1990 trotz der damals im ganzem Land herrschenden nationalen Euphorie („Wir sind ein Volk!“) an seiner maximal skeptischen Haltung zur Wiedervereinigung festhielt, galt manchen Beobachtern damals schon als ein deutliches Anzeichen dafür, daß er „eine Position vertrat, die in breiteren Schichten der Mitglieder und der Anhängerschaft der SPD geteilt wurde“ (Dieter Groh/Peter Brandt). Eine solche Gewißheit scheint der Saarländer auch bei seinen heutigen politischen Positionen zu haben, ungeachtet der Tatsache, daß er die Zustimmung der sozialdemokratischen Basis jetzt von außen her erobern muß. Seine Chancen dafür stehen gar nicht so schlecht. Der verstorbene SPD-Vordenker Peter Glotz meinte einst feststellen zu können, die „Linke will keine Linke und die Rechte will keine Rechte mehr sein“. Bezogen auf erstere ist diese Feststellung mit Sicherheit unzutreffend.

Keine Rechte

von Götz Kubitschek

Die „strukturelle Mehrheit“ des linken Parteienspektrums ist keine Erfindung, sondern eine Tatsache. Wie Christian Vollradt in seinem Text über „Die Linke“ (S. 22–25) zeigt, ist das linke Parteienspektrum spätestens durch die Vereinigung von WASG und PDS bundesweit ausdifferenziert und damit fähig, über eine rot-rot-grüne Koalition eine Regierungsmehrheit zu bilden.

Daß es in Deutschland rechts von der Mitte (CDU, FDP) gar keine Differenzierung gibt, sondern bloß eine regional starke extreme Rechte (die NPD und die DVU in den neuen Ländern), ist ein ebenso oft wie hilflos beschriebenes Phänomen. An diesem Phänomen wird der Begriff der „strukturellen Mehrheit“ nochmals in aller Härte deutlich: Es gibt keine rechtskonservativen *Strukturen*, die in der Lage wären, das, was als Wählerpotential wohl vorhanden ist, zu einer politischen Kraft zu machen.

Einmal davon abgesehen, was eine solche Kraft für Deutschland bewirken könnte, und abgesehen auch davon, daß die CDU keine konservative Kraft dulden möchte, den Begriff jedoch wie selbstverständlich für sich reklamiert: Platz genug für einen Mehrheitsbeschaffer rechts neben der Union ist in jedem Fall, und angesichts der Situation Deutschlands muß man sagen: Besser als nichts wäre so eine Kraft doch, auch wenn sie letztlich denselben traurigen Weg gehen würde, den jede Partei gehen muß: den Weg in die interne Oligarchie, den Weg hin zur Ausnutzung des Staats durch die Partei, zur Vervielfältigung des Parteikarrieristen. Besser als nichts wäre so eine Kraft, weil sie zumindest dafür sorgte, daß Fragestellungen auf die Tagesordnung gelangen, die dort heute nicht stehen.

Die Union selbst ist dazu nämlich nicht in der Lage. So trafen sich beispielsweise Anfang Juli die CDU-Männer Markus Söder (CSU-Generalsekretär), Stefan Mappus (Fraktionschef in Baden-Württemberg), Philipp Mißfelder (JU-Vorsitzender) und Hendrik Wüst (Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen), um das konservative Profil der Union zu schär-

fen. Man saß inoffiziell und medienwirksam für ein paar Stunden im Café Einstein in Berlin zusammen und suggerierte eine Gruppenbildung, zumindest: eine Runde, die sehr wohl wisse, was sie wolle und sich vor dem Provokationspotential des Begriffs „konservativ“ nicht scheue. Aber am nächsten Tag war es mit der Schärfung des Profils und der Zuspitzung der Fragestellungen bereits wieder vorbei: Keiner der Teilnehmer dieser Runde brachte mehr als ein Gestottere darüber zustande, was das eigentlich sei: ein konservatives Profil. Und so bleibt es vorläufig dabei: Teile der Union ahnen, daß es Begriffe gibt, die wie selbstverständlich besetzt werden könnten, aber keiner vermag es. Also bleibt die Tür sperrangelweit offen für eine neue politische Kraft.

Anfang des Jahres hat nun der Publizist und Islamismus-Experte Udo Ulfkotte seinen Hut in den Ring geworfen und die Gründung einer antiislamistischen, prowestlichen Partei angekündigt. „Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, wir sind vorn“, lautet die Selbstpositionierung seines Aufbruchs, der bisher aus einem Förderverein (Pax Europa) und mehreren Internet-Plattformen zu den Themen Islam, Moscheebau und Terror-Gefahr besteht. Selbstaussagen sind beredt, vor allem dann, wenn sie nicht wahltaktisch oder medienwirksam, sondern in ihrer ganzen Nativität ernst gemeint sind. Wenn Ulfkotte also behauptet, daß er und seine Sammlungsbewegung vorn und dort vorn die Kategorien links und rechts nicht von Bedeutung seien, dann versucht er etwas, das in seiner Situation nicht gelingen kann: Er geht davon aus, daß eine Positionierung vor allem von der Selbsteinschätzung abhängt. Wenn er sich selbst also für „vorn“ hält, dann übersieht er, daß er der einzige ist, der das so sieht: Jeder, der von außen schaut, nimmt ihn rechts von der Mitte wahr, und vor allem seine politischen Gegner (deren schärfste er bei den Unionsparteien finden wird) werden ihn dort positionieren, wo er seinen Platz ohnehin hat: zwischen CDU und NPD, wo sich derzeit mindestens zehn irrelevante Grüppchen tummeln.

Wer ist Udo Ulfkotte? Er ist 1960 geboren und hat Jura und Politik studiert und nennt den Züricher Kriminologen Professor Rüdiger Herren sowie den Kohl Berater Professor Dieter Oberndörfer seine akademischen Lehrer. Er promovierte früh, bereits 1986, und trat unmittelbar danach in der politischen Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* eine Stelle als Auslandskorrespondent an. Bis 1998 lebte er überwiegend in islamischen Staaten (Ägypten, Afghanistan, Emirate, Irak, Iran, Jordanien, Oman, Saudi-Arabien), danach wieder in Deutschland. Mitglied der FAZ-Redaktion blieb er bis 2003, parallel nahm er einen Lehrauftrag an der Fachhochschule in Lüneburg an und unterrichtet dort seither „Sicherheitsmanagement“.

Sicherheitsfragen sind in der Tat – neben der moslemischen Welt und ihrer gegenwärtigen Entwicklung – Ulfkottes Feld, man kann drei Bereiche ausmachen: Das Buch *Marktplatz der Diebe* (1999) untersucht das Ausmaß der Wirtschaftsspionage gegen deutsche Unternehmen. 2001 bündelte Ulfkotte erstmals seine Analyse einer islamischen Bedrohung des Westens durch den radikalen Islam (*Propheten des Terrors*). Der Gefahr der Islamisierung vor allem deutscher Städte widmete Ulfkotte das Buch *Der Krieg in unseren Städten* (2004), regional ausgeweitet und zugleich spezialisiert auf die Muslim-Bruderschaft erschien dann 2007 *Heiliger Krieg in Europa*. Die intensive Arbeit an einem dritten, sicherheitsrelevanten Gebiet dokumentierte Ulfkotte 1997 erstmals in Buchform: *Verschlußsache BND* war als Enthüllungsbuch über die politische Einflußnahme des deutschen Auslandsgeheimdienstes angelegt. Dieser vielbeachteten Untersuchung ließ Ulfkotte 2006 *Der Krieg im Dunkeln* folgen, um darin die „wahre Macht der Geheimdienste“ zu enthüllen.

Gefahr durch Wirtschaftsspionage, Gefahr durch Verselbständigung geheimdienstlicher Aktivitäten, Gefahr durch die Islamisierung der Städte: Politisierbar im Sinne eines die Wähler mobilisierenden Themas ist von diesen drei Bereichen nur der letzte, und folgerichtig spielen die anderen beiden Spezialgebiete in Ulfkottes politischem Engagement keine Rolle. Aber mit dem islamischen Fundamentalismus, mit der Problematik der



*Gegenattacke futuristisch
– Angriff der Lanzenreiter,
Collage von Umberto
Boccioni, 1915*

www.akte-islam.de

www.ulfkotte.de

Überfremdung Deutschlands, mit dem strikten „Nein“ zum EU-Beitritt der Türkei hat Ulfkotte tatsächlich ein Thema, das tragfähig für ein Programm und eine Partei sein kann. Das hat drei Gründe: Erstens ist dieses Thema vakant, keine der bestehenden Parteien kümmert sich ernsthaft darum. Zweitens ist es ein Thema, das uns noch lange erhalten bleiben und an Dringlichkeit zunehmen wird. Drittens – und das ist für die Politisierbarkeit entscheidend – ist es nicht abstrakt: Überfremdung, Identitätsverlust, multikultureller Konflikt – all dies sind Probleme, die so manchen ganz plötzlich handfest überfallen, ihm ins Auge stechen. Plötzlich ist die Gefahr für ihn wahrnehmbar, oft sogar bedrohlich wahrnehmbar, nicht mehr Herr im Hause zu sein. Wenn etwa die eigenen Kinder weder von den Lehrern noch von der Polizei vor türkischen Schülerbanden geschützt werden können, muß man einen Vater oder eine Mutter nicht mehr auf ein Problem aufmerksam machen.

Ulfkotte und seine Leute müssen kein Problem konstruieren. Sie können auf Probleme verweisen, die zum Lebensalltag von Millionen Landsleuten gehören, sie können die Menschen auf ihre Erfahrungen ansprechen und müssen über die Notwendigkeit politischen Handelns kein Wort verlieren.

Es gibt ein Thema, es klafft eine Lücke im parteipolitischen Spektrum; aber ist Ulfkotte der richtige Mann für die Sammlung rechtskonservativer Wähler? Vieles, was man von ihm hört und Berichten über den Fortgang seiner Arbeit entnehmen kann, legt den Verdacht nahe, daß er die Latte reißen wird, die er sich auflegen ließ. Er wird voraussichtlich an seiner politischen Naivität und seiner Geringschätzung struktureller Aufbauarbeit scheitern.

Mag sein, daß Ulfkotte einen Plan hatte und hat: das Thema Islamisierung aus der rechten Ecke zu holen und als Jedermanns-Anliegen zu positionieren. Wenn dem so ist, dann hätte Ulfkotte nicht als Leitartikler bei der *Jungen Freiheit* hervortreten dürfen; er hätte sich auch nicht am Flughafen in Hamburg vom Spitzenkandidaten des Zentrums, Dirk Nokkemann, überrumpeln und auf die Liste dieser Splitterpartei ziehen lassen dürfen (um diesen Platz dann ein paar Monate später wieder zu räumen); und er hätte auf seinen Vortrag beim *Institut für Staatspolitik* verzichten müssen, wo außer ihm auch Karlheinz Weißmann und der Verfasser dieses Artikels referierten, beide längst dingfest gemacht als diejenigen, die für sich – jenseits aller Parteipolitik – ganz selbstverständlich eine rechtsintellektuelle Position reklamieren. Neben Ulfkotte war für dieses 14. Berliner Kolleg des *Instituts für Staatspolitik* (3. Juni) auch Henry Nitzsche geladen, der die CDU-Bundestagsfraktion vor einem halben Jahr verlassen hatte, weil sie ihm in jeder Hinsicht zu sehr „Mitte“ geworden war.

Man kann an diesen paar Beispielen eindrucksvoll ablesen, daß Ulfkotte keine Strategie hat und das politische Feld, das er beackern will, nicht kennt. Er konzentriert sich nicht und gleicht spontane Einfälle nicht mit den Leitbegriffen und der Schrittfolge seines Arbeitsplans ab. Vermutlich gibt es gar keinen Arbeitsplan. Und es gibt keine Struktur. Ulfkotte kommuniziert jede Idee sofort, er wartet nicht ab, bis der Strom der Zuschriften oder Hilfsangebote aufgefangen und in eine Struktur eingebaut werden kann. Er arbeitet zu schnell und zu ungebremst für das, was not tate. So sprach er noch im April von der bevorstehenden Gründung einer „konservativ-ökologischen Partei“ bereits im Juni, konnte diese Ankündigung jedoch nicht umsetzen. Mit solchen Schnellschüssen setzt Ulfkotte selbst vor denen, die ihm wohlwollen, seinen zugkräftigen, noch nicht abgenutzten Namen aufs Spiel.

Ulfkotte bräuchte ein paar mit allen politischen Wassern gewaschene Strukturarbeiter neben sich, die für ihn und um ihn herum eine arbeitsfähige Organisation basteln, parteiinterne Mehrheiten sicherstellen und ihn freihalten für das, was er kann: Themen aufspüren, Vorträge halten, Diskussionen führen, den Fuß in der Tür zur veröffentlichten Meinung halten. Aber bereits für die Ordnung dieser im einzelnen richtigen und angriffslustigen Gedanken ist wieder jemand an der Seite Ulfkottes notwendig. Ob Jan Timke, der Mann an der Spitze der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW) hierfür der richtige Partner ist, wird sich an solchen Organisationsfragen entscheiden. Immerhin gelang dem BIW bei der Landtagswahl in Bremen (Mai) über Bremerhaven der Einzug in das dortige Stadtparlament. In Bremen selbst fehlte eine einzige Stimme zu den notwendigen fünf Prozent.

www.jungefreiheit.de

www.staatspolitik.de

KAPLAKEN

Die neue Reihe bei Edition Antaios

1. Staffel – September 2007



Karlheinz Weißmann
Das konservative Minimum
Kapläken 1
96 Seiten, kt. mit Fadenheftung,
8,50 €



Bernd Rabehl
Linke Gewalt
Der kurze Weg zur RAF
Kapläken 2
80 Seiten, kt. mit Fadenheftung,
8,00 €



Hermann Heidegger
Heimkehr 47
Tagebuch aus russischer Kriegsgefangenschaft
Kapläken 3
96 Seiten, kt. mit Fadenheftung,
8,50 €

EDITION  ANTAIOS

Rittergut Schnellroda // 06268 Albersroda
Tel/Fax: (03 46 32) 90941 // Netz: www.antaio.de

Ist die Zeit gekommen, um das Geschichtsbild zu ändern?

von Ernst Nolte*

Aus Anlaß des Streits zwischen dem italienischen und dem kroatischen Staatspräsidenten über die Einschätzung von Ereignissen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 war in einem Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen, es sei „höchste Zeit, ein Geschichtsbild zu ändern, das Europa in Sieger und Besiegte“ aufteile.

In der Tat ist es eine simple Wahrheit, daß ein großer Krieg nur von Staaten geführt werden kann, die von unbedingtem Siegeswillen erfüllt sind, und dazu gehört seit dem Ende der Kabinettskriege der Glaube, daß der Feind ganz schlecht und von Gott oder der Geschichte zur Niederlage verurteilt ist. Jede Tatsache, die für die eigene Sache und gegen die Feinde spricht, wird begierig aufgegriffen und häufig noch zugespitzt oder übersteigert.

Dieser Siegeswille ist ganz nach außen gerichtet: er schließt jede ernsthafte Selbstprüfung oder Selbstkritik aus. Eben dies aber verlangt der Geist der Wissenschaft und schon das einfache menschliche Empfinden, sobald der Friede wiedergekehrt ist: nämlich daß jede menschliche Sache auch eine „andere Seite“ hat, daß Menschen als solche irrtumsunterworfen und fehlbare Wesen sind, die sich immer nur in konkreten Beziehungen zu anderen fehlbaren oder unvollkommenen Wesen befinden und sich einer „absoluten Wahrheit“ immer nur annähern können, solange es sich nicht um grundlegende Einsichten der Mathematik oder der Logik handelt.

Der nicht nur im Kriege wahrnehmbare Impuls vieler Menschen und menschlicher Gruppen, in anderen Menschen „die Ungläubigen“, die „Menschheitsfeinde“ oder „die Bösen“ zu sehen, ist dem Geist der Wissenschaft und der abwägenden Vernunft entgegengesetzt, aber er ist so mächtig, daß er zumal in Nachkriegszeiten für lange Perioden allein oder nahezu allein das Sagen haben kann. Und er ist ja meist keineswegs ohne gute Gründe, denn die „Greuelthaten“ eines Krieges oder eines Bürgerkrieges müssen weder quantitativ noch qualitativ von derselben Art sein, so

**Für die Abdruckgenehmigung bedanken wir uns bei Deutschlandradio Kultur, das den Text in zwei Teilen am 8. und 9. April 2007 gesendet hat. Das Politische Feuilleton ist bei Deutschlandradio Kultur montags bis samstags um 7.20 und 12.50 Uhr zu hören. Frequenzen unter www.dradio.de*

Ernst Nolte: *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus*, zuletzt Berlin 2004.

daß sie sich gegenseitig ausgleichen könnten: Unterschiede nicht wahrhaben zu wollen, widerspricht ebenfalls dem wissenschaftlichen Geiste und der Vernunft, aber das schlechtere oder schwächere Unterschiedene muß mindestens wahrgenommen werden.

In der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts hat es einen überwältigenden, ja totalen Krieg gegeben, der aus einer tiefen Überzeugung heraus geführt werden konnte, denn er richtete sich gegen Sklavenhalter: den Sieg der amerikanischen Nordstaaten gegen die Südstaaten, deren führende Schicht oft genug als „das Böse“ schlechthin betrachtet wurde. Aber es dauerte nur wenige Jahrzehnte, und eine ganze Historikerschule entdeckte anrührende und liebenswerte Merkmale im „alten Süden“ und legte sogar viel Verständnis für die Motive seiner Staatsmänner und Generale an den Tag; eine Änderung der Hauptresultate des Krieges suchte sie aber nicht zu erreichen, und sie konnte das nicht erreichen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs galten vielen Menschen die Thesen der Sieger von der deutschen Zerstörungslust und Barbarei nicht ohne Grund als definitiv erwiesen, so sonderbar es war, daß die führende Wissenschaftsnation der Welt als solche der Kategorie der „Barbarei“ zugezählt wurde. Aber schon sehr bald wurden diese Thesen von einer ganzen Schule von Historikern in Frage gestellt, zu der keineswegs bloß Deutsche zählten, und um 1932 herum konnte niemand behaupten, daß diese „Revisionisten“ aus der Auseinandersetzung eindeutig als die Unterlegenen hervorgegangen wären.

1945 aber schienen keine Revisionen mehr möglich zu sein, denn Deutschland hatte tatsächlich den Krieg mit einem „Überfall“ auf Polen und später die Sowjetunion begonnen; es hatte ihm schon in Polen nicht einen Frieden, sondern ein überaus hartes Besatzungs- und Annexionsregime folgen lassen, und es hatte den Partisanenkrieg, der im Sommer 1941 keineswegs bloß in Rußland, sondern in vielen europäischen Ländern entbrannte, mit Methoden geführt, die mit Recht als „unverhältnismäßig“ galten. Es hatte sich aber vor allem eines großangelegten Völkermordes schuldig gemacht, dessen Spitze der Vernichtungskrieg gegen „die Juden“, das heißt gegen Zivilisten, darstellte. Offenbar war der Vorwurf der „Feindschaft gegen die Menschheit“ gut begründet gewesen.

Und doch machte sich auch jetzt Widerspruch und Kritik bemerkbar, zunächst im eher oberflächlichen Bereich. Hatten nicht auch die Verbündeten einen schlimmen Überfall begangen, nämlich auf den Iran, und hatten die Engländer, wenngleich gewiß aus verstehbaren Gründen, die Flotte des eben noch verbündeten Frankreich angegriffen und viele Hunderte Marinesoldaten getötet? War der Einmarsch der Sowjettruppen in die baltischen Länder nicht auch ein „Überfall“, der sich nicht durch ein Verbot der „Aufrechnung“ aus der Welt schaffen ließ? War nicht der Abwurf von Atombomben auf zwei unverteidigte Städte Japans im letzten Stadium eines schon entschieden Krieges ein schlechthin präzedenzloses Kriegsverbrechen?

Und hatte man nicht allzu lange die Bedrängnisse der deutschen Bevölkerung übersehen, von der Hunderttausende von Menschen einen oft sehr qualvollen Tod durch den völkerrechtswidrigen Luftkrieg der Engländer und Amerikaner erleiden mußten? Gewiß waren die Tatsachen seit langem bekannt, aber sie haben erst in jüngster Zeit eine angemessene Darstellung durch einen deutschen Autor gefunden, den man rasch als „Revisionisten“ abzutun versuchte, der aber bei Vorträgen in England und den USA auf überraschend viel an Verständnis und Zustimmung stieß.

Die Leiden der dreizehn Millionen Vertriebenen aus Ostdeutschland hatte bis in jüngster Zeit mit einiger öffentlicher Wirkung nur ein amerikanischer Professor zum Thema gemacht, aber auch hier läßt sich heute ein größeres Verständnis eines internationalen Publikums konstatieren, ein Verständnis, das dadurch gefördert wird, daß die USA infolge ihrer Angriffskriege und Angriffsdrohungen im Zentrum weltweiter Kritik stehen, welche die Begründung, es handle sich um Polizeiaktionen zwecks Niederzwingung antidemokratischer Diktatoren, für unglaubwürdig, ja für verlogen hält.

Viele Monate lang zog eine Wanderausstellung durch die deutschen Städte, welche einem großen Publikum die „Verbrechen der Wehrmacht“ anschaulich vor Augen führen wollte. Sie stellte in der Tat von neuem unter Beweis, daß in Rußland kein „normaler“ Krieg geführt worden war,

Jörg Friedrich: *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, zuletzt Hamburg 2007.



Die Opfer der anderen – oben: Plakat zur Erinnerung an die 2.000 Opfer des britischen Beschusses der französischen Flotte, 1940

unten: Japanische Kriegsinvaliden in den sechziger Jahren

Bogdan Musial: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, zuletzt Berlin 2001.

Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche, zuletzt München 2000.

und die Fotos von erschossenen und erhängten Menschen waren eindrucksvoll und niederdrückend. Aber dann bewiesen zwei ausländische Historiker, daß bei einigen der Schreckensbilder die Täter ebenso zu Unrecht als Deutsche angeklagt wurden, wie es schon 1943 während des Krieges im Hinblick auf die Massentötungen vieler Tausender von kriegsgefangenen polnischen Offizieren bei Katyn und anderswo der Fall gewesen war.

Aber kann es Richtigstellungen und Revisionen auch im Hinblick auf dasjenige geben, das kein „Kriegsverbrechen“, sondern ein „Verbrechen gegen die Menschheit“ war, nämlich „der Holocaust“, bildlich gesprochen „Auschwitz“? Das grundsätzlich richtige Empfinden, daß es auch hier eine gewisse Spannweite von Auslegungen geben sollte und daß empirische Aussagen, sei es im Bereich der vielfältigen Details wie im Hinblick auf Zahlen und Verfahrensweisen der wissenschaftlichen Überprüfung nicht entzogen werden dürfen, hat zu dem hilflosen Versuch geführt, die Existenz des grundlegenden Tatbestandes in Abrede zu stellen, so daß diese „Revisionisten“ denjenigen ähneln, welche die Existenz Napoleons oder die Tatsächlichkeit der Marneschlacht in Zweifel ziehen, so gewiß auch hier eine Fülle von Einzelheiten noch nicht geklärt ist und eine einzelne von mehreren Interpretationen nicht zum Dogma erhoben werden darf.

Faktisch ist jedoch immer noch ein Tatbestand, der bedeutender und ebenso sicher ist wie die Existenz Napoleons oder die Bedeutung der Marneschlacht, in Deutschland weitgehend tabuisiert, nämlich daß es sich bei dem entscheidenden Teil des Zweiten Weltkriegs auch um einen Kampf zwischen zwei Ideologien handelte, von denen jede den Willen hatte, die nach ihrer Auffassung tödlich gefährdete oder verirrte Menschheit durch die Beseitigung einer verhängnisvollen Realität auf einen besseren Weg zu bringen. Die eine, die bolschewistische, war die ältere und hatte ihre Wurzel in zeitübergreifenden Menschheitshoffnungen auf allgemeine Harmonie und einen ewigen Frieden, die nur durch Vernichtung „des Kapitalismus“ und das heißt der Unternehmerklasse verwirklicht werden könne.

Diese Vernichtung mußte nicht notwendigerweise die Ausrottung von Individuen bedeuten, aber sie bedeutete mindestens die Ersetzung der Markt- durch die Planwirtschaft, welche, wie man glaubte, für die gewaltige Mehrheit der Menschen ein Höchstmaß an Wohlstand und Freiheit zur Folge haben würde. Die andere Ideologie, die nationalsozialistische oder radikalfaschistische, die ohne die äußere und innere Bezugnahme auf den älteren Todfeind nicht zu verstehen ist, ersetzte „die Kapitalisten“ durch „die Juden“, und von hier aus wird der „Holocaust“ als die äußerste, jedoch von den Bedingungen des ideologischen Krieges ab Juni 1941 nicht ablösbare Möglichkeit einer Gegen-Ideologie verstehbar, wenn auch nicht verständlich oder gar gerechtfertigt.

Die weitverbreitete Furcht jedoch, daß das Begreifen schon in sich eine Rechtfertigung sei, ist das gravierendste Hindernis, das einem Durchbruch der schwerstwiegenden aller Revisionen, die keineswegs aus sich heraus ein „Revisionismus“ ist, im Wege steht. Aber im Ausgang von ihr sind Auslegungen möglich, die gerade das Gegenteil des Befürchteten darstellen, nämlich daß den Juden eine Ehre widerfuhr wie keinem anderen Volk der Weltgeschichte, daß sie für Urheber eben dieser, wenn auch negativ beurteilten Weltgeschichte erklärt wurden und daß dem Kommunismus noch eine große Zukunft bevorstehen mag, sobald er nicht mehr ein „Gewaltsozialismus“ sein will, sondern sich darauf beschränkt, fundamentale Tendenzen des Geschichtsprozesses – etwa die Richtung auf die egalitäre Weltzivilisation hin – zu artikulieren und der Verwirklichung näherzuführen.

Da aber auch durch diesen Prozeß für unabsehbare Zeit kein völlig stabiler Weltzustand hergestellt werden dürfte, wird das Denken über die Geschichte und damit die Revision von Geschichtsbildern kein Ende finden.

POLITIK



ISBN 978-3-902475-39-8
Lutz Radtke
**ENTKOMMEN!
Mein Weg durch
Chaos, Krieg und
Kälte.**
Ein Junge aus
Ostpreußen erlebt
die Vertreibung
168 Seiten, zahl-
reiche S/W-
Abbildungen,
Hardcover
€ 19,90 / sfr 35,40

Der packend geschriebene Bericht eines Halbwüchsigen von Flucht und Vertreibung zieht den Leser nicht nur durch seinen brillanten Stil in den Bann, sondern stellt das persönliche Einzelschicksal zugleich in den größeren historischen Zusammenhang. So kommen auch das Massaker von Nemmersdorf, die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, der „Bromberger Blutsonntag“ und der Neubeginn der Heimatvertriebenen im ausgebombten Deutschland zur Sprache.



ISBN 978-3-902475-17-6
Martin van Creveld
KAMPFKRAFT
Militärische Organisation und
Leistung der deutschen und
amerikanischen Armee
1939 – 1945
3. Auflage, 216
Seiten, S/W-
Abbildungen,
Hardcover
€ 19,90 / sfr 35,40

Creveld vergleicht die deutsche Wehrmacht in Sachen Organisation, Training, Lehre, Taktik und Operationskunst mit den Streitkräften der Alliierten. Sein Ergebnis: Die deutschen Streitkräfte waren militärisch vorbildlich. Martin van Creveld ist der bedeutendste israelische Militärhistoriker. Sein Buch gilt als Standardwerk über die militärische Organisation im Zweiten Weltkrieg.



ISBN 978-3-902475-34-3
Gerd-Helmut
Komossa
**DIE DEUTSCHE
KARTE**
Das verdeckte
Spiel der geheimen
Dienste
Ein Amtschef des
MAD berichtet
216 Seiten, zahlr.
S/W-Abbildungen,
Hardcover
€ 19,90 / sfr 35,40

Der Amtschef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) berichtet. Erinnerungen aus dem Umfeld der Geheimdienste müssen fast immer genauso viel verschweigen wie sie verraten. Dennoch sind Komossas Memoiren spannend genug. Insbesondere beschreibt er die Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Militärs und den anderen westlichen Verbündeten. Auch die Rolle Deutschlands im NATO-Bündnis und die „deutsche Karte“ im Spiel der Mächte werden von Komossa einer ausführlichen Untersuchung unterzogen.



4. Auflage
jetzt bei ARES

ISBN 978-3-902475-45-9
Herbert Brunnegger
**SAAT IN
DEN STURM**
Ein Soldat
der Waffen-SS
berichtet
318 Seiten, 16 S/W-
Bildseiten, geb.
€ 29,90 / sfr 51,-

Als Soldat der Waffen-SS-Division Totenkopf nahm der Autor an der Invasion in Frankreich teil, stand im Kessel von Demjansk, in der Winterschlacht von Charkow sowie bei der großen Offensive im Raum Kursk – Orel im Sommer 1943 im Einsatz. Immer wieder zu regelrechten „Himmelfahrtskommandos“ eingesetzt, macht neben dem besonderen Schicksal des Autors auch die sprachliche Kraft in der Darstellung und die völlig ungeschminkt-offene Beschreibung der Geschehnisse den außergewöhnlichen Stellenwert dieses Buches aus.

ARES VERLAG

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt
im Versand über: Bücherquelle Buchhandlungs-
gesellschaft m.b.H. Hofgasse 5, A-8011 Graz,
Tel.: +43/316/821636, Fax: +43/316/835612,
E-Mail: office@buecherquelle.at,
www.buecherquelle.at

Leopold Stocker Verlag

Wieder in Deutschland!

von Hermann Heidegger*

1947

22.8. Früh in Brest. Regen. – K. hält eine schmierige Rede, W. liest eine von ihm verfaßte Resolution vor. Beide des Inhalts: Dank für die vorzügliche Behandlung in der Sowjetunion. Verpflichtung, nie wieder Krieg gegen Rußland. Aber Kampf den Kapitalisten und Westmächten, Kampf dem reaktionären Schumacher, laßt euch nicht einfangen von dem Geschwätz der westlichen Demagogen und ähnliches. Innerlich koche ich. Wenige klatschen Beifall. Dumpf läßt die Masse auch das über sich ergehen. K. zum Schluß, mit einem Pathos wie die NS-Parteiredner: „An dem starken Beifall, der mir entgegendringt, sehe ich, daß die Resolution einstimmig angenommen ist. Falls aber doch einer etwas dagegen zu sagen hat, wir sind ja freie, demokratische Bürger, möge er bitte hier vortreten“. Wir hüten uns. – Ein bestellter, antifaschistischer Diskussionsredner unterstreicht nochmal den Dank an das sozialistischste Land der Welt, das uns Humanität und Freiheit bringt. – Der Propagandist im Waggon (ist er so nett oder so dumm?) sagt, als er einen Zettel bringt: „Wer nicht unterschreibt, kommt sofort mit zum NKWD-Major“. Das erste Mal während meiner ganzen Gefangenschaft mache ich den Zinnober mit, äußere nichts dazu. Juristisch sowieso eine Farce, ohne Bezug, ohne Datum, mit Bleistift auf ein leeres Papier. Nur jetzt nicht noch mal auffallen.

23.8. Umgeladen auf Normalspur. Deutsche Wagen. Deutsches Lokpersonal. – Fünfzehn Mann werden eingeladen.

*Auszug aus dem Manuskript *Zwischen Ende und Anfang. Aufzeichnungen aus zweieinhalbjähriger russischer Gefangenschaft*. Der Text setzt auf dem Rücktransport nach Deutschland ein, nach Pensa, Woronesch, Orel erreicht der Zug Brest. Große Teile dieser Aufzeichnungen erscheinen im September bei Edition Antaios unter dem Titel *Heimkehr 47*.

24.8. Brest ab. Bug. – An der Grenze viel zerstört, in Polen auch meist nur Industrie. – Aufbau, Ordnung, Sauberkeit, viel weiter. – Ein kleines Brot, ein Stück Wurst, je fünfzig RM. Was ist die Mark gesunken, früher dreißig bis vierzig Pfennige für dasselbe. – M's. Geburtstag. – Bevölkerung besser gekleidet, viel mehr Lebensmittel werden angeboten, höheres Lebensniveau deutlich sichtbar. – Siedlce. – Polen ein schönes Land, wirklich guter Eindruck. – Praga. – Nachts durch Warschau, über die hergestellte Weichselbrücke (nicht durch den Tunnel), ein dünnes Lichtermeer. Viel steht zerstört.

25.8. Nur ein Essen am Tag, immer noch werden wir betrogen. – Sohn des Oberforstmeisters H. kennengelernt. Rußland verschleppte Forstmeister nachrichtlos, rücksichtsloser Holzeinschlag. – Was rollt alles aus Deutschland heraus! Deutsche Werksarbeit. Zug um Zug begegnet uns. Eisenbahnwaggons, Maschinen, Schrott, PKW, neue und alte Typen, Holz, Getreide, Vieh, Obst. Die Eisenbahner können viel erzählen. Was wir sehen, genügt. – Kirchen, Friedhöfe, Heimkehr ins Abendland. Langsam löst sich der ungeheure seelische Druck, der Jahre auf uns lastete. – Kutno, erstes Glockenläuten! Große, schöne Güter, gut bestellte Felder, das ist doch ein anderes Bild. Nachts durch Posen.

26.8. Morgens Neu-Bentschen. Die ersten deutschen Frauen, an der Bahnstrecke arbeitend, schüchtern winken sie uns zu, verhärmte, vergräunte Gesichter. – Alles neue polnische Namen. – Schienen, Röhren, Brückenteile, Zug hinter Zug. – Viel zerstörte Wohnhäuser, viel unbewohnt, fast alle Felder liegen brach, vergrast, versteppt. Wohnungen geplündert und mutwillig zerstört, wenig durch Kampfhandlungen. – Bauernhöfe, Güter, leer, verlassen. Es schnürt einem das Herz zusammen. Deutschland hungert, und hier liegt unser Land ungenützt: „Urdeutsche Erde, von Gott uns gegeben, deutsch wieder werde, Deutschland muß leben!“ – Schwiebus, Topper, Reppen, fast leere Städte mit polnischen Namen. Die Landschaft hat ein so trauriges Antlitz bekommen. – Strecke noch nicht völlig umgenagelt. – Um fünfzehn Uhr die Türme von Frankfurt, das alte, mir so vertraute Bild. Wir rollen über die notdürftig hergestellte Oderbrücke. Und hier soll nun Grenze sein? Und doch, es ist bereits eine Grenze, solch ein Unterschied zwischen Ost- und Westufer. Wieder in Deutschland! Das erste Bild: Frauen, die in den Oderkähnen Kohlen schippen. Aber wie sie winken! – Trotz den Kriegszerstörungen welch anderes Bild: Saubere Häuser, Blumen, Gärten, deutsche Menschen! – Der Glaube und die Zuversicht, der Wille vor allem wurde belohnt. – Vom Hauptbahnhof Nachricht zum Anger (Studienfreundin) und die Aufzeichnungen Nov. 44–Aug. 47, Exzerpte und Aphorismen, Gedichte, Staatsgedanke und R's. Bild hinuntergeschickt durch einen Jungen, da im Entlassungslager noch mal total gefilzt werden soll. – Beim Westkreuz ausgeladen. Gute deutsche Organisation, schnelle Abwicklung. Fünfzehn Kompanien je hundert Registrierung, Wäscheempfang, Essen, Entlausung (ohne Filzung), Rasieren, Musik durch Lautsprecher. – Prof. S. vor acht Wochen mit zurückgeschicktem Transport Stabsoffiziere nach Rußland. – Die Besatzung zu sehen tut weh.



Kein Ende abzusehen – Deutsche Soldaten werden nach der Kapitulation als Kriegsgefangene durch Moskau getrieben

– Leben kärglich, seit zwei Monaten kein Fleisch, noch länger keine Butter. Viele Frauen und Mädchen ernähren sich durch das Horizontalgewerbe.

27.8. Ärztliche Untersuchung, Statistik. – Kundgebung: Oberbürgermeister, Präsident Heimkehrer, SED, KPD Westzone, Frauenbund, unter anderem Reden, Lügen, Kriecherei vor dem Russen. Nur Parteiwerbung. Genau dieselben, ekelhaften Antifaschisten-Typen. Hetze gegen den Westen. Was werden wir froh sein, wenn wir von hier weg sind. – Mittags offizielle Entlassung aus dem russischen Lager. Nochmals werden einige zurückbehalten, auch einige Antifaschisten gehen nicht mit, Agenten? – Wir treffen mit entlassenen Kriegsgefangenen aus anderen Gebieten zusammen, Sibirien, Ural, Kaukasus, Nordrußland. Von allen hört man ähnliches, manche hatten es schlechter, manche besser. Das Milieu ist das gleiche und auch ihre Gebiete waren Straf- und Verbannungsgebiete, ein System der Menschenunterdrückung. Staatliche Lenkung der widerstrebenden Arbeitskräfte. – Die Sterblichkeit in den Kriegsgefangenen-Lagern überall sehr hoch, besonders in den ersten Jahren erschreckend. – Transport unmittelbar hinter uns, aus Astrachan, hatten es noch viel schlechter als wir. – Durch Schwestern abgeholt, zum Zivillager Gronefelde. – Einteilung in Zonen. – F. scheint nicht hier zu sein. – Man läßt mich nicht in die Stadt. Viel engherziger Bürokratismus. Aber Heimkehrer raubten und plünderten, als man großzügiger war. Dumm, ich komme nicht mehr an meine schriftlichen Sachen. Nur noch 700 Telefone. Nach vielen Schwierigkeiten mit der Nachbarschaft telefoniert. – Unzufriedenheit, Spannung groß. – Karten nach Zehlendorf, Hamburg und Stuttgart. – Heimatlose kommen in der russischen Zone gleich wieder in Arbeitsprozeß.

28.8. Außer Berlin und Brandenburg alles wieder verladen. Dürftige Marschverpflegung für vier Tage, fünfzig Reichmark Entlassungsgeld. – Ein Wasserhahn, elektrisch Licht, Sauberkeit, deutsche Schwestern: Es ist doch was anderes. – Gespräch mit einem älteren, schlesischen Bahnbeamten. Alle Strecken eingleisig. Loks und Wagenpark fast restlos weggeholt, dreiviertel der Ernte, alles, was nur denkbar, täglich Zug um Zug, Lebensmittelkarten können nicht voll beliefert werden. Chaotische, auf die Dauer untragbare Zustände. Auspowerung bis zum letzten. Frauen Schwerstarbeit. Polnische Partisanen laden Züge auf der Fahrt ab. – Amerikaner zur Elbe? – Zucker, Holz, Kohle, Spinnstoff, Vieh, Menschen, alles rollt nach Rußland. – Überall große Erbitterung, aber kolossaler Druck. Abholen und Verfrachten. Junge Männer fliehen nach Westen. – Guben, Grenze mitten durch die Stadt. – Obst, Gemüse, alles geht nach Rußland. – Bevölkerung muß organisieren und klauen, um sich ernähren zu können. – Aus Polizei, Justiz, Bahn, Post, Schuldienst alle Parteigenossen entlassen und entfernt. – Ich spreche soviel als möglich mit der Bevölkerung. Überall dasselbe. Hoffnung auf Änderung durch den Westen. SED eine Bonzen- und Schieberwirtschaft ohnegleichen. – Am Anfang achtzig Prozent aller Frauen vergewaltigt. – Cottbus. – Bodenreform zeitige Nicht-Beliefern der Städte. – Abholen durch GPU häufig, selbst Jugendliche. Spurloses Verschwinden. – Unsere Landser disziplinos, plündern die Frauen aus, klauen in den Gärten Obst.

29.8. Früh in Leipzig. – Demontage erschreckend. – Die Bevölkerung winkt so herzlich, und viele Frauen weinen. – Ostzone wahnsinnige Steuern. – Privatwohnungen wurden alle durchsucht und geplündert. – Apotheken leer. – Viele Telegrafleitungen abgebaut. Schwarzer Markt in Hochblüte (auch NS-Literatur!). – Handwerker nur gegen Lebensmittel. – Solange die Russen keinen Schnaps trinken, benehmen sie sich einigermaßen, aber dann! Tanzveranstaltungen mit Schießereien. Viele Russenfrauen und Familien sind nachgezogen. Russen fliehen zum Teil in den Westen. – Zugfenster mit Brettern zu, nur ein 10x10cm großes Loch. Lokomotiven mit Briketts und Braunkohle. Wir noch immer in Güterwagons. – Hilfsförster arbeiten als Landesforstmeister, Hilfsschaffner als Bahnhofsvorstand, die Fachkräfte (Parteigenossen) sind dafür Hilfsarbeiter oder schulen um. – Deutsches Land, die Saale! Trotz der Armut, der Not, der Kriegszerstörungen: Welch' Reichtum, Welch' anderer Eindruck gegenüber Rußland. Jetzt können wir erst so ganz unser Leben schätzen. – Der Westen verhandelt ohne Rußland über deutsche Fragen. – Die Sach-

sen werden abgehängt. – Pakt Rom/Athen? – Dollar und Pfund machen sich wieder auf dem Balkan breit, Juden kehren zurück. – Ich spreche mit einem alten, einfachen Arbeiter, er war seit 1918 KPD-Mitglied, saß im KZ, 1945 gleich wieder Mitglied, nun ist er aus der SED ausgetreten. – Lügen in der Presse über unser gutes Leben in Rußland; wie umgekehrt! – Viel Gesindel in führender Stellung. Die arbeitende Bevölkerung sieht klar. – Gesunden-Transporte kamen bisher noch nicht. – Naumburg, Weimar. Deutschland, Deutschland über alles, und du sollst leben. Herrliche Landschaft! – Abends in Erfurt. In der Stadt Baden, Entlassung, Registrierung, ärztliche Untersuchungen und Propagandarede. Bombenzerstörung verschwindet langsam, schöne Stadt, Grünanlagen. Der alte Turm, der Fluß, der Dom, der Mond steht über den Dächern, saubere Straßen. Und die deutschen Frauen und Kinder! – Auf dem Petersberg gut untergebracht. Mit F. und I. – Die Polizei ekelhafte Typen, Snobs und die meisten Vorbestrafte und Berufsverbrecher. Schiebung und Korruption wie noch nie zuvor. – Ritterkreuzträger verpöffelt und spurlos abgeholt. Die Bevölkerung sieht klar. Der einfache Arbeiter sehnt sich nach der anständigen Intelligenzschicht zurück.

30.8. Trennung von der englischen Zone. – Das erste deutsche Mittagessen, gute Versorgung. – Was werden Vermißte gesucht! – Schöner Blick über die Stadt zu den Thüringer Bergen. Mit F. allein durch die Stadt. Ein Verkehr, Betrieb, Menschen und noch mal Menschen. Ich studiere aufmerksam Typen und Gesichter. Ein altes Frauchen aus Posen spricht mich an, ob ich nicht mit einem ihrer zwei Söhne zusammen war, von beiden (Witebsk und Berlin) keine Nachricht. Dagegen die Bonzen, die Dämchen. Beim Friseur, er wurde im Winter 46/47 entlassen, von 2.900 kamen 480 lebend an. 2.400 Tote, Transport von Woroschilowgrad. – Wirklich eine schöne Stadt, malerische Bilder. In einer Bücherei. Nur Propaganda und Schund in Massen. Die Buchhändler haben keine Auswahl. – Abends spät von Erfurt ab. Gotha. Um ein Uhr in Eisenach.

31.8. Ins Umsiedlerlager. Wieder entlaust, ärztliche Untersuchung. Gute Verpflegung. – J. vor drei Jahren. – Registrierung für den „Grenzübertritt“. – Mit Mädchen und Frauen gesprochen, die jetzt auch als Dystrophikerinnen und Kranke zurückkamen. Erschütternde Erlebnisse und Berichte, grauenhaft! Genau das, was wir Männer mitmachten, erleben sie auch in Sibirien, dann in Stalino im Kohlenschacht, Hunger, Norm, Prozente, Fleischbeschau, Nacharbeit, gegenseitiges Verkaufen, alles wie wir, nur die politische Seite nicht so stark, aber auch NKWD-Verhöre. Tote, Schläge, furchtbar. – Seelisch ungebrochen ein Pommernmädchel und eines aus Bessarabien-Warthegau. Keine Postverbindung. Viele Jugoslawen-Deutsche, Trennung von ihren Kindern. – Die ganze verschleppte, weibliche Zivilbevölkerung von Ostpreußen, Schlesien und Pommern und die Volksdeutschen vom Balkan und aus Polen sind noch drüben. Der größte Teil ist im Verlauf der Jahre umgekommen. Auch nur wenige Kranke und Schwache läßt der Russe heraus. Ungeheuerliches Schicksal für diese Ostdeutschen und Volksdeutschen, ohne Heimat, vertrieben von Haus und Hof. Ja, die in Ostpreußen flohen, taten richtig. – Ein durchschnittliches Schicksal eines Mädchens: Drei Brüder, alle vermißt im Osten seit Kriegsende, Mutter zu Tode vergewaltigt, Vater verschleppt, keine Nachricht; ältere Schwester von ihren kleinen Kindern losgerissen auf dem Transport, jüngere Schwester im Lager gestorben. Die Kinder vermißt. Alle Schwestern mehrmals vergewaltigt. Welche seelische Kraft und innere Haltung sieht man noch bei manchen dieser so elenden, abgemagerten, zusammengefallenen Gestalten. Die Frauen sind der wertvollere Teil des deutschen Volkes. Die meisten aber sind gebrochen.

1.9. Früh ab Eisenach. Ein Leipziger Messezug aus Baden, Tausende von Zigaretten, dazu Obst, Brote usw. wurden herausgereicht. Der erste, heimliche Apfel; herzlichste Freigebigkeit. Es besteht doch noch ein deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl. – Der Erfurter Stadtrat: „Vergeßt uns deutsche Brüder hier in der Ostzone nicht!“ Der Eisenacher Eisenbahnbeamte: „Ihr fahrt nun heim ins Reich.“ Werra die Grenze. Nun ist es geschafft! Endlich dem Zugriff der Russen entzogen. Der ungeheure Druck hört auf, die seelische Spannung läßt nach, die Heimkehr wird Wirklichkeit.

Frischfleisch in Moskau oder Volker Beck in Schwulitäten

von Ellen Kositzka*

Mein schwuler Freund Stefan ist keine Tunte. Nichts weniger als das! Er hat dieses Right-Said-Fred-Aussehen mit einem Zug ins Brutale. Albern ist er aber schon, und „der Steffi“ hieß er bereits, als er sexuell noch mit Frauen verkehrte. Die rannten ihm nach wie verrückt, daher dauerte es ein bißchen, bis er mal zum Durchatmen kam und seine tatsächliche sexuelle Identität fand. Der dauernde Kindergeburtstag (nicht wirklich dauernd, die Herren sind erfolgreich in Internet-Geschäften beziehungsweise auf dem Kunstmarkt) in seiner Zweier-WG stellt sich heute (früher Nachmittag) so dar: vier Gäste, eine leere Baileys-Flasche steht auf dem Tisch, Omar sitzt leicht genervt am Rechner, im Hintergrund läuft zuschauerlos ein Riefenstahl-Video. Steffis Freund und ein anderer hübscher Junge haben sich aus Draht und Alufolie dreieckige Antennen gebastelt und sie irgendwie auf ihren Schädeln montiert. Die wollen dort nicht halten und klappen immer um. „Was'n los, kriegste wohl nicht mehr hoch!“ meckert Gast Nr. vier auf hessisch. „Heute ist hier Tinky-Winky“, erklärt mir Steffi augenrollend. Geschicktes Täuschungsmanöver der Kleinkind-TV-Produzenten! Nicht Po, das rosa Tele-Tubby mit dem nur scheinbar sprechenden Namen, ist die neue Gay-Ikone, sondern sein (ihr?) lila Kumpan: klar, der mit dem Handtäschchen.

Von Steffi weiß ich, daß sein Freund Frauen gar nicht mag, daher gehen wir unter dessen bösen Blicken ins Nebenzimmer – soweit man davon reden kann in einem türlosen Loft wie diesem. Dort geht's gleich zur Sache: Was Volker Beck wohl eigentlich bei den Russen wollte? Aus Steffis Sicht ist das klar: „Naja, Frischfleisch!“ Aber weshalb gerade in Rußland? „Ach je, wie soll ich dir das erklären“, versucht Steffi eine Erklärung: „Erinnerst Du Dich an diesen Bestseller vor hundert Jahren (Steffi übertreibt gern, E.K.), *Salz auf unserer Haut*, von so'ner französischen Schriftstelle-

*Der Text erscheint parallel in der Juli-Ausgabe der libertären Zeitschrift *eigentlich frei*, im Netz zu finden unter www.efmagazin.de.

rin? Die intellektuelle Wechseljahrsfrau, die in einer sexuellen Obsession zu einem jungen, geistig dumpfen Fischer aufgeht? Das ist so in etwa auch das Muster, das die gesuchte Verbindung deutscher Junge – russischer Junge (Steffi spricht selten von „Männern“, E.K.) beschreibt. Hier Hirn, dort Hose. Ganz simpel, nichts Neues, oder?“ Ob Steffi also Becks glücklosem, doch schlagzeilenträchtigem Auftritt bei der Moskauer *Gay Pride* also den puren Antidiskriminierungsgedanken abspreche? „Ach, diese Menschenrechtsempfänger, ist das nicht pipapo? Wo geht es nicht um die Eröffnung von Märkten? Unter autoritären Regimen lebende Schwule, das ist halt auch 'ne ganz besondere Zucht, da steigt der Marktwert!“ Klar, Steffi war auch schon in Rußland, er war schon überall, und kaum je keusch. „Und da blieb dann eben nur die Privatwohnung, ja?“ frage ich. Steffi wiegelt ab: „Verwechsel das jetzt nicht mit dem Mittleren Osten oder so. Das ist in Moskau kaum anders als in Frankfurt oder München. Man kennt die Locations, die Szene ist natürlich etwas überschaubarer. Aber insgesamt: kein Problem.“ Probleme könne man sich schaffen, oder es lassen, so wie Steffis Freundeskreis, „da ist doch auch keiner verheiratet oder politischer Schwulenaktivist, wozu denn, privat ist privat, auch in Rußland. Und jetzt hör mir auf mit dem peinlichen Beck, ich benutze doch auch kein kollektives ‚Ihr‘, wenn ich Angelika Merkel meine und dich anspreche!“ Okay. Aber korrekt sei es ja auch nicht, einen Bekenntnis-Schwulen mit Eiern zu bewerfen, oder? „Ach“, unkt Steffi da und fällt doch ins Kollektivum, „weißt doch, wir Schwule haben da so'n eigenes Verhältnis zu Eiern...“ Der Typ mit dem Hessen-Slang hat mitgehört und lacht meckernd. Beim Rausgehen ruft er mir hinterher: „Und denk dran, Beck mit a! Wie Arsch!“

Wer ist Volker Beck? Geboren 1960 in Bad Cannstatt, abgebrochenes Studium der Kunstgeschichte, jenseits der grünen Politikkarriere ohne Berufserfahrung. Großer Karnevalist, Tänzer bei den „Rosa Funken“. Kinderlos, doch vielfacher geistiger Vater von A (wie Antidiskriminierungsgesetz) über F (Flüchtlingsrecht) und L (Lebenspartnerschaftsgesetz) bis Z (Zigeuner-Mahnmal vor dem Reichstag). Mühselig, die einzelnen Stationen der Politikkarriere Herrn Becks aufzuzählen: Unter anderem fungierte er, ausgewiesener Nicht-Jurist, als rechtspolitischer Sprecher seiner Partei. Im wesentlichen war er durchgängig als Betroffenheitsbeauftragter zuständig und stellte damit das „männliche“ Pendant zur Parteifreundin Claudia Roth dar.

2002 erhielt Beck aus der Hand Johannes Raus das Bundesverdienstkreuz für seinen Kampf um die Entschädigung von NS-Opfern: Gemeinsam mit dem *American Jewish Committee* hatte Beck der Kohl-Regierung eine Rente für osteuropäische jüdische NS-Opfer abgetrotzt. Zuletzt stritt Beck – der ansonsten mit Religiosität wenig am Hut hat – für den Bau der Kölner Großmoschee, stellte Anfragen an die Bundesregierung bezüglich der Lage der Homosexuellen in Nigeria und nervte vehement gegen die mild-konservativen Schnarchnasen des „Studienzentrums Weikersheim“: Dort werde versucht, die „Konturen konservativer Politik immer wieder verschwimmen zu lassen.“ (Gut, damit hat er ja recht.) In Sachen Schwulenpolitik selbst ein bekennender Globalisierer, hat sich Beck mit Blick auf die Anti-G8-Demos entschieden auf die Seite der Globalisierungsgegner gestellt und gefordert, „Proteste in Hör- und Sichtweite der Menschen, gegen die demonstriert wird“, zuzulassen. Beck, mit seinem schmallippigen Lehrergesicht, das jenseits von Grinsen und verärgert zusammengezogenen Augenbrauen keine Zwischenstufen im Ausdruck hergeben mag, hat die Rolle des ständigen Opfer-Seins zu seiner sublimsten (in Steffis gemeinen Worten: hinterfotzigsten) Form kultiviert: als Opferanwalt, und das heißt, als moralischer Erpresser. Wie es nun um die Moral solcher Klientel bestellt ist, dürfen wir

*Volker Beck in Moskau
– Pop-art von André F.
Lichtschlag*



beim Spezialisten in solchen Fragen, Friedrich Nietzsche (der war auch schwul, heißt es), ausführlich nachlesen. Etwa: „Das moralische Urteilen und Verurteilen ist die Lieblingsrache der Geistig-Beschränkten an denen, die es weniger sind. Auch eine Art Schadenersatz dafür, daß sie von der Natur schlecht bedacht wurden, endlich eine Gelegenheit, Geist zu bekommen und fein zu werden: – Bosheit vergeistigt.“ Die Moral, aus der heraus *bonhomme* Beck seinen Rückenwind erhält, ist eine der offenen oder mindestens angelehnten Türen. Wer würde schon ernsthaft und mit der Sicherheit, öffentlich wahrgenommen zu werden, gegen all diese Werte und Sachverhalte reden, für die Beck mit Klagestimme eintritt: Gleichberechtigung, Minderheitenschutz, Schuldbekennnisse? Die „Spießigkeit“, die er anderen (etwa jenen CDU-Männern, die ein Grußwort Wowereits anlässlich einer Sado-Maso-Messe kritisierten) von seinem hohen Roß der vorgeblich lupenreinen Nicht-Spießigkeit vorhält, fällt daher auf Beck selbst zurück. Wie ernst es ihm mit seiner minderheitenfreundlichen Gesinnung ist, zeigt Beck auf seiner Netzseite. Dort schmückt neben Grünen-Logo und obligatorischem Klimafreund-Emblem ein weiteres Symbol für geistige Korrektheit den Auftritt: ganz groß das durchgestrichene Hakenkreuz. Schon mutig! Beck weiß, wie weit er mit seinen Minderheiten-Interventionen gehen kann, ohne Einbußen seines Gutmenschen-Status zu erleiden. Ausrutscher auf solch ausgetretenen Pfaden gab es wohl – die wußte er flink zu relativieren. Etwa, als er vor Jahren für eine „Versachlichung der Diskussion um das Problem der Pädosexualität“ warb und eine Herabsetzung des Schutzalters für Kindersex auf unter vierzehn beziehungsweise eine Strafabschensklausele vorschlug. Durch die Entkriminalisierung der Pädosexualität wollte er – Achtung, Beck-Slang! – „etwas für die Lebenssituation pädophiler Menschen erreichen“. Es dürfte das einzige Tabu gewesen sein, an das sich Beck gewagt hat. Ansonsten: offene Türen weit und breit. Dennoch darf sich Beck als gewohnheitsmäßiger Einrenner derselben einen „Helden“ nennen. Als „hero“ wurde er nämlich 2005 vom US-amerikanischen *Equality Forum* ausgezeichnet. Dies ist nur einer von ungezählten Gleichheits-Awards, deren sich der Wahl-Kölner rühmen darf.

Nun, die russische Tür jedenfalls war ihm, gerade zurückgekehrt von einer frustrierenden Menschenrechts-Visite in Turkmenistan, zunächst verschlossen. Erst im zweiten Anlauf erhielt er ein Visum für die Einreise ins Putin-Reich.

Unangenehm aufgefallen war Volker Beck schon vergangenes Jahr auf der Moskauer Schwulendemo. Sein blutrinnaldurchkreuztes Konterfei fand damals große mediale Beachtung. Und nun, oops, he did it again: Mit einer Resolution betreffs Schwulenrechte in der Hand, pilgerte er erneut nach Rußland, um dem Moskauer Bürgermeister Luschkow (ausgerechnet an Pfingsten!) sein Homorechtsbegehren vorzutragen. Luschkow seinerseits nämlich hatte vom Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht und den *Moscow Pride* als „satanisches Treiben“ bezeichnet und den geplanten Schwulen-Umzug verboten. Mag sein, daß ihm die Bilder von westlichen *Christopher Street Days* zu poppig und daher wenig anheimelnd erschienen. Das Verbot homosexueller Betätigung an sich ist in Rußland schon im vergangenen Jahrtausend gefallen – was nicht zwingend ein Gutheißen öffentlicher Zurschaustellung sexueller Vorlieben bedeutet. Es ist auch keineswegs so, daß sich das russische Volk (von Beck mehrdeutig als „wenig aufgeklärte Demokratie“ gezeißelt) einen westlichen Befreier in puncto Sexualitätsfragen erbeten hätte. Jene Nationalisten und Ultra-religiösen, die hier gegen Beck und Konsorten Choräle sangen und Fäuste schüttelten, dürften nur die Speerspitze einer generellen russischen Skepsis gegen Schwulenlobbyisten darstellen. Nachdem der zunächst verbal angegriffene Beck sich als deutscher Bundestagsabgeordneter zu erkennen gegeben hatte, führte die Polizei ihn ab (aus Becks Sicht) beziehungsweise nahm ihn in Schutzgewahrsam (russische Darstellung). Becks Darstellung der Sachlage entbehrt nicht einer gewissen Schizophrenie: Einerseits beklagt er, die Maßnahme sei ohne sein Einverständnis geschehen, andererseits wirft er den Bütteln vor, Eier und Gemüse habe ihn erst dadurch treffen können, daß man ihn für „zwei Minuten losgelassen“ habe. Mit politischem Mandat dürfte Becks russischer Feldzug übrigens kaum erfolgt sein. Oder? Immerhin sprach seine Partei im Brustton der Empörung von einem „gravierenden internationalen Zwischenfall“. Ja, heult doch.

Wie geht es weiter mit Deutschland?

Entdecken Sie Meinungsfreiheit als geistiges Abenteuer.
Jede Woche neu.



Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT ist eine der letzten konzernunabhängigen Zeitungen Deutschlands. **Freiheit und Unabhängigkeit** sind die Prinzipien der Wochenzeitung aus der Hauptstadt.

Hintergrundinformationen aus Deutschland, Europa und der Welt. **Nachrichten** aus Wirtschaft, Umwelt, Geschichte, Wissenschaft und Medien. Politik und Kultur – kompetent kommentiert und quer zum Zeitgeist.

Top-Interviews sorgen regelmäßig für Schlagzeilen. Über einhundert erfahrene Journalisten schreiben exklusiv für die JUNGE FREIHEIT.



Peter Scholl-Latour,
Kriegsreporter und
Buchautor

Die JF bedeutet für mich, daß es noch unabhängige Geister in der deutschen Medienlandschaft gibt und Journalisten, die das Risiko eingehen, gegen den Strom zu schwimmen.



Ferdinand Fürst von Bismarck,
Chef des Hauses Bismarck

Zum 20. Jubiläum meine herzlichen Glückwünsche. Bleiben Sie gesund und wachsen Sie weiter. Sie gehören zu meiner wöchentlichen Lektüre.



Alexander von Stahl,
Generalbundesanwalt a.D.

Ich weiß, wieviel Engagement und Idealismus, wieviel Mut, Einsatzbereitschaft und Selbstdisziplin dazu gehört hat, das Boot JUNGE FREIHEIT gegen den heftig blasenden Wind der politischen Korrektheit und die Wellen von Angriffen und Verunglimpfung zu steuern. Dafür bedanke ich mich als Leser. Halten Sie unbedingt weiter Kurs.

»Die konservative
Wochenzeitung aus Berlin.«

Frankfurter Allgemeine Zeitung



Leserdienst: ☎ 030-86 49 53
Internet: www.jungefreiheit.de

GUTSCHEIN

Ausschneiden und absenden an:
JF-Leserdienst · Hohenzollerndamm 27 a · D-10713 Berlin

Ja, ich möchte die JUNGE FREIHEIT kennenlernen und erhalte sie für 4 Wochen kostenlos per Post frei Haus. Danach endet die Belieferung automatisch. Ich gehe keinerlei Verpflichtungen ein.*

*Das Angebot ist nur für Deutschland gültig und kann nur einmal innerhalb eines Jahres je Person bzw. Haushalt genutzt werden.

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

E-Post/Telefon (für Rückfragen im Falle von Zustellproblemen)

Geburtsdatum (Zur Vermeidung von Mehrfacheinträgen bei unterschiedl. Adressen – Urlaub, Umzug, PF)

Fax: 030-86 49 53 50

Nicolas Sarkozy – Liberaler unter Jakobinern?

von Daniel L. Schikora

Am 6. Mai 2007 errang der UMP-Präsidentenchaftskandidat Nicolas Sarkozy mit 53 Prozent der Stimmen einen europaweit (und darüber hinaus) vielbeachteten Wahlsieg über seine sozialistische Konkurrentin Ségolène Royal (PS) – und konnte daraufhin am 17. Mai die Amtsnachfolge seines einstigen politischen Ziehvaters Jacques Chirac antreten. Mit diesem hatte Sarkozy über Jahre hinweg eine (innerparteiliche) Intimfeindschaft verbunden, die sich mehrfach in staatspolitisch gewichtigen Fragen öffentlichkeitswirksam niederschlug – ob es nun um die offizielle französische Ablehnung des Irakkrieges ging (von der Sarkozy sich vorsichtig abzusetzen suchte) oder um religionspolitische Themen: Hier handelte sich Sarkozy den Ruf eines „Liberalen“ oder gar eines „Angelsachsen“ ein, als er ein generelles Kopftuch-Verbot in öffentlichen Schulen für „problematisch“ erklärte und im Umgang von Staat und Gesellschaft mit neuen spirituellen Bewegungen für ein höheres Maß an Toleranz plädierte – in beiden Fällen stellte er bewußt den symbolpolitischen Laizismus Präsident Chiracs in Frage und sah sich erwartungsgemäß seitens des PS dem Vorwurf ausgesetzt, die Errungenschaft der *laïcité* zugunsten eines „angelsächsischen“ Pluralitätsverständnisses zu opfern.

Sarkozy trat also in seinem politischen Disens mit Chirac keinesfalls (ausschließlich) als bärbeißiger Nationalkonservativer hervor. Vielmehr schien er um ein Profil als Transatlantiker (gegenüber den „gaullistischen“ Attitüden Chiracs) sowie als Liberaler oder kultureller Pluralist (gegenüber der eher „jakobinischen“ Linie

des damaligen Präsidenten zumindest im Bereich „laizistischer“ Symbolpolitik) bemüht. Gerade der fundamentaloppositionell auftretenden nationalen Rechten jedoch, wie sie insbesondere im *Front National* und seinem langjährigen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen verkörpert wird, lagen (und liegen) die amerika- wie die islampolitischen Avancen Sarkozys programmatisch fern: Durch Sarkozys Verständnis für die Haltung der Bush-Administration gegenüber Saddam Hussein sah diese Rechte die Würde Frankreichs als einer auch nach außen hin souverän handelnden Großmacht in Zweifel gezogen – von den politischen Beziehungen des FN-Vorsitzenden zu der baathistischen Staatsführung des Irak einmal ganz abgesehen –, während Sarkozys Eintreten für staatlich subventionierten Moscheebau vielen Parteigängern des FN (und der kleineren Rechtsparteien) als Ausdruck des Kotaus der politischen Klasse Frankreichs vor den oftmals aggressiv vorgetragenen islamischen Forderungen nach Anerkennung im öffentlichen Raum erscheinen mußte.

Auf der anderen Seite trat Sarkozy aber als Innenminister in einwanderungs- und integrationspolitischen Fragen, soweit sie nicht unmittelbar seine „liberalen“ religionspolitischen Prämissen tangierten, durch *Law-and-Order*-Proklamationen und Vorstöße gesetzgeberischer Art hervor und eröffnete sich dadurch die Möglichkeit, potentielle Wähler des FN und von Philippe de Villiers' national-konservativem *Mouvement pour la France* (MPF) für seine UMP zu gewinnen. Hier positionierte er sich, insbesondere, als die französische Öffentlichkeit seit Ende Okto-

ber 2005 unter dem Eindruck der Gewaltexzesse junger Muslime arabischer und schwarzafrikanischer Herkunft in der *banlieue* stand, gezielt „rechts“ von Chirac sowie von anderen Mitgliedern der Regierung, an der er selbst beteiligt war. Daß in Frankreich die Debatten über einwanderungspolitische



Auf dem Weg zu neuen Identitäten – keltischer Kebab

Probleme traditionell außerordentlich kontrovers geführt werden und von parteipolitischer Polarisierung geprägt sind, machte sich Sarkozy zunutze, um sich rechtskonservativen Franzosen als *der* politisch handlungsfähige Gegenspieler einer sozialistischen Linken zu präsentieren – einer Linken, deren „moralische Autoritäten“, wie etwa Jack Lang, sich im Frühjahr 2006 ostentativ zu dem Protest gegen die Abschiebung eines neunzehnjährigen Marokkaners ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung bekannten, eine als inhuman angeprangerte Maßnahme, die durch die auf Sarkozys Initiative zurückgehende einwanderungsrechtliche Regelung erst ermöglicht worden war. Der Fall des marokkanischen Schülers stand, im Kontext der „menschenrechtlichen“ Kampagne des PS, stellvertretend für 50.000 bis 100.000 Kinder illegal eingewanderter Familien, die von den Auswirkungen des mit dem Namen Sarkozy verbundenen Gesetzesprojekts potentiell betroffen waren.

Im Zentrum des Einwanderungsgesetzes, das am 17. Juni 2006 schließlich durch den Senat angenommen wurde, steht der Begriff der „ausgewählten Einwanderung“, durch welche das Prinzip der „erduldeten Einwanderung“ ersetzt werden sollte. Dabei strich Sarkozy heraus, daß durch das Gesetzeswerk dem einwanderungspolitischen Sonderweg Frankreichs ein Ende bereitet werden solle (während gleichzeitig die Zuwanderung von „Experten“ und „Talenten“ forciert werde). Das Gesetz vom 17. Juni 2006 zielt vor allem auf die Eindämmung unkontrollierter Zuwanderung unqualifizierter Afrikaner. Anstelle des bislang großzügig ausgelegten Rechtes auf Familienzusammenführung ist der Nachzug nun nur noch dann gestattet, wenn er mit Einkommen und Wohnraum des bereits legal in Frankreich ansässigen Familienangehörigen vereinbar ist. Mit dem Gesetz wurde der Naturalisierung (Einbürgerung) von illegalen Einwanderern, die über zehn Jahre lang in Frankreich lebten, die Rechtsgrundlage entzogen.

Weit davon entfernt, den nationalistischen Postulaten eines umfassenden Einwanderungsstopps zu genügen, legt die Einwanderungsrechtsreform Zeugnis ab vom Geschick Sarkozys als Gegenspieler einer sich humanitaristisch gebärdenden, „politisch korrekten“ Linken, dem es gleichzeitig gelang, Le Pen einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Anhänger abspenstig zu machen. Der Erfolg dieser Strategie läßt sich mit Blick auf die Ergebnisse sowohl der ersten als auch der zweiten Runde der diesjährigen Präsidentschaftswahlen belegen: Le Pen, der in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen

von 2002 mit 16,9 Prozent der Stimmen den PS-Kandidaten Lionel Jospin überrundet (und in der Stichwahl, als Kontrahent Chiracs, sogar 17,8 Prozent der Stimmen erhalten) hatte, konnte fünf Jahre später nur noch 10,4 Prozent der französischen Wähler überzeugen. In der Stichwahl votierte dann das Gros der FN-Anhänger für Sarkozy.

Die deutsche Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik*, herausgegeben unter anderem von Jürgen Habermas und Walter Jens, sah sich in Anbetracht des Ausgangs der französischen Präsidentschaftswahlen dazu veranlaßt, einen gleichsam kulturevolutionären Prozeß zu diagnostizieren: „Frankreich vor der konservativen Revolution“, so ist der Artikel des traditionalistischen Linken Bernard Schmid in der Juni-Ausgabe der *Blätter* betitelt, der den Sieg des „gröbere[n] Übel[s]“ in Paris und die möglichen gravierenden Folgeerscheinungen dieser *rupture* zum Gegenstand hat. Bereits mit dem auf eine Sammlung der Franzosen rechts des PS ausgerichteten Lagerwahlkampf Sarkozys kamen – Schmid zufolge – erste Konturen jener „Konservativen Revolution“ zum Vorschein, deren *telos* Schmid in nichts geringerem zu erkennen glaubt, als in einem Generalangriff auf die „sozialen Errungenschaften der französischen Geschichte“. Schmid beschreibt mit Mißvergnügen, wie der konservative Präsidentschaftskandidat sich in seiner „Rede von Besançon“ ausdrücklich „als Opfer der Political Correctness im Gefolge von 1968“ in Szene zu setzen vermochte und – *horribile dictu* – „nicht weniger als achtundzwanzig Mal die Worte ‚Identität‘, ‚nationale Identität‘ und ‚identitär‘“ benutzt habe.

Tatsächlich nahm Präsident Sarkozy praktisch unmittelbar nach den für die UMP ebenfalls erfolgreichen Parlamentswahlen die Realisierung eines politisch brisanten Programmpunkts seines Wahlkampfes in Angriff: die Einrichtung eines „Ministeriums für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen“ – ein Vorstoß, der Historiker wie Jacques Le Goff, Roger Chartier und Henry Rousso zu scharfen Protesten veranlaßte. Befürchtet wird eine regierungsoffizielle national-patriotische Geschichtspolitik, die nicht nur auf eine Apologie etwa der französischen Kolonialvergangenheit ziele, sondern auch auf eine Infragestellung des universalistischen Charakters des Modells der „republikanischen Integration“ zugunsten einer (letztlich ethno-kulturell gefaßten) Exklusivität einer nationalen französischen Identität, die durch Einwanderung bedroht werde.

Immer wieder Polen

von Karlheinz Weißmann

Die Auseinandersetzung mit Polen um die Reform des europäischen Grundlagenvertrags hat dem Beobachter nicht nur neue Einblicke in das Kollektivseelenleben unseres östlichen Nachbarn erlaubt, sondern auch gezeigt, daß manche Argumentationsmuster allmählich an Überzeugungskraft verlieren, die in Deutschland seit langem üblich waren, um Verständnis für absurde Forderungen oder unbegründete Empfindlichkeiten Polens zu verlangen. Selbst Martin Schulz, Vorsitzender der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, kam zu der Feststellung, es habe „kein Land (...) sich mehr für Polen engagiert als Deutschland“. Seine EU-Mitgliedschaft verdanke es vor allem der Initiative Helmut Kohls und Gerhard Schröders. In der *Financial Times* wurde darauf hingewiesen, daß es deutsche Regierungen waren, die dafür eintraten, Polen in den nächsten sieben Jahren sechzig Milliarden Euro netto aus der Gemeinschaftskasse zuzuweisen, weit mehr als jedem anderen Land der Union. Und schließlich sei noch Berthold Kohler zitiert, einer der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der in einem Leitartikel sein Befremden darüber zum Ausdruck brachte, daß ausgerechnet die „propolnische Politik deutscher Regierungen seit Brandt nicht verhindern“ konnte, „daß die Kaczynskis und ihre Anhänger Deutschland immer noch mit den Begriffen der Nazizeit zu erfassen versuchen“.

Ob dieses Befremden echt oder nur behauptet war, kann dahingestellt bleiben. Denn Kohler ist sicher bewußt, daß der Infamie der Kaczynskis ein Kalkül zugrunde liegt, das der polnische Staatspräsident auf die ebenso knappe wie brutale Formel brachte, Deutschland habe in den vergangenen vierzig Jahren auf den Knien gelegen und das sei sehr nützlich gewesen, weshalb man daran nichts ändern sollte. Das Auf-

den-Knien-Liegen von irgend jemandem scheint eine Art polnische Obsession zu sein. Darauf läßt die Häufigkeit der entsprechenden Metapher in Politikeräußerungen schließen, aber auch die Menge von Zeitschriftentiteln, die im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Konflikten der letzten Jahre deutsche Politiker auf den Knien beziehungsweise auf allen Vieren abbildeten. Vielleicht ist das eine Travestie von Brandts berühmtem Kniefall vor dem Denkmal für die Toten des Warschauer Aufstandes (kein spontaner, sondern ein sorgfältig inszenierter Akt, wie wir heute wissen), aber es steht wohl eher etwas Grundsätzliches dahinter, eine Symbolik, die in einem katholisch geprägten Land wie Polen naheliegt: das Knien bringt Demut und Bußbereitschaft zum Ausdruck.

Weder das eine noch das andere hat unmittelbar mit Politik zu tun, aber die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen war seit den sechziger Jahren sehr viel weniger von Staatsräson als von politischer Theologie bestimmt, der zufolge das Geschehen im Zusammenhang des Zweiten Weltkriegs – der Angriff auf Polen, das brutale Besatzungsregime, die Niederlage der Wehrmacht, die Bedrückung und Vertreibung der Ostdeutschen, die Annexion der Gebiete jenseits von Oder und Neiße – nicht des historischen Verstehens oder einer diplomatischen Korrektur bedurfte, sondern einer Aufarbeitung aus Glaubensperspektive. Das gilt jedenfalls für die deutsche Seite. Ursache dafür war der große Einfluß, den der linke Protestantismus auf die westdeutsche Politik beziehungsweise den vorpolitischen Bereich gewinnen konnte.

Eine Schlüsselbedeutung kommt in diesem Zusammenhang der *Ostdenkschrift* der EKD zu, in der sich der protestantische Dachverband 1965 nicht nur für die faktische Anerkennung des Verlusts der ostdeutschen Provinzen aussprach, son-

dern diesen Schritt auch noch mit dem Ausgang des Krieges als „Gottesgericht“ und der „deutschen Schuld“ begründete, die zwar Teil einer allgemeinen „Schuldverflechtung“ der „Völker“ sei, aber eben doch so viel schwerer wiege als die Schuld aller anderen. Obwohl die Denkvoraussetzungen dieser Argumentation – Völker als handlungsfähige Subjekte, Gott als Herr der Geschichte, die Äußerung seines Willens im historischen Verlauf – den meisten heute kaum noch nachvollziehbar sind, hat sich deren Substrat in den Köpfen festgesetzt und ist Teil der deutschen Zivilreligion geworden, die mit ihrer Liturgie, ihren Dogmen und Tabus außerordentlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung hat. Und das, obwohl die Erwartungen, die ursprünglich mit dem Vorstoß, den die *Ostdenkschrift* bedeutete, verbunden waren, gar nicht erfüllt wurden. Die Hoffnung trotz, daß nach dem ersten Schritt der Deutschen die Polen ihre „Selbstgerechtigkeit“ aufgeben und ihrerseits „Schuld“ anerkennen würden.

Zwar gab der polnische Episkopat in seinem Hirtenbrief vom November 1965 die berühmte Erklärung ab „Wir gewähren Vergebung und erbitten Vergebung“, aber das erst nach einer ausführlichen Darlegung des deutschen Sündenregi-

gunsten einer diplomatischen Annäherung an den Ostblock in der Evangelischen Akademie Tutzing halten durfte, über die deutliche Stellungnahme führender Theologen gegen die Notstandsgesetze und die Regierung Erhard bis hin zur Organisation eines parlamentarischen Arms in der Sozialdemokratie durch so namhafte Vertreter wie Gustav Heinemann, Adolf Arndt und Johannes Rau.

Sie alle nahmen erheblichen Einfluß auf die Begründung und Rechtfertigung der „Entspannungs-“ wie der „Neuen Ostpolitik“ der Ära Brandt und sorgten dafür, daß praktische Erwägungen mit einem ideologischen Überbau versehen wurden, der durch und durch theologisch imprägniert war. Das wurde von polnischer Seite mit großem Wohlwollen aufgenommen, denn die deutsche Bereitschaft zur Annahme einer Kollektivschuld kam dem offiziellen Geschichtsbild entgegen, das in den Deutschen immerwährende Faschisten oder gleich den Erbfeind, in der Vertreibung eine gerechte Strafe und in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die selbstverständliche Folge des Potsdamer „Vertrages“ sah. Die deutsche Politik tröstete sich darüber mit Beschwichtigung, der Behauptung, die eigene Linie sei alternativlos



Polnischer Briefmarkensatz zum „40. Jahrestag der wiedergewonnenen Gebiete“ – „Wir waren, wir sind, wir werden sein“, 1985: von links nach rechts: der Piastenkönig Boleslaw III. Chrobry, Gomulka, Minister für die „Wiedergewonnenen Gebiete“ nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der erste polnische Bürgermeister des annektierten Stettin

sters, einer sehr knappen Erwähnung der Vertreibung und verbunden mit der sibyllinischen Formel, man „müsse die Geschichte als geschehen betrachten“, was unter den konkreten Umständen nur heißen konnte, daß sich die Deutschen gefälligst mit dem Status quo abfinden sollten. Verschwiegen wird in diesem Zusammenhang immer, daß der Inhalt des Schreibens außerdem durch einen Hirtenbrief der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 faktisch widerrufen wurde. Darin hieß es ausdrücklich: Man stelle die Frage, hat das „polnische Volk einen Anlaß dazu (...), seine Nachbarn um Vergebung zu bitten? Ganz bestimmt – nein.“

Es wäre ein großer Irrtum, in alldem nur eine innerkirchliche Angelegenheit zu sehen. Bezeichnenderweise erklärte Kurt Scharf, seinerzeit Ratsvorsitzender der EKD, man habe mit der *Ostdenkschrift* „für Politiker einen Raum freikämpfen“ wollen. Und einen entsprechenden Charakter hatte auch sonst der Einsatz des linken Protestantismus, angefangen bei der programmatischen Rede, die Egon Bahr 1963 zu-

und dem Vertrauen auf „Wandel durch Annäherung“. Wirkungsvollen Widerstand gab es nicht, ganz im Gegenteil. In den siebziger und achtziger Jahren wurde in der Bundesrepublik eine realitätsferne Darstellung der polnischen Geschichte durchgesetzt und auf allen Ebenen – vom Schulbuch bis zur offiziellen Verlautbarung – eine einseitige, immer zu Lasten Deutschlands gehende Präsentation der Vergangenheit hingenommen.

Das führte dazu, daß auch nach der Wiedervereinigung – die gegen den deutlichen Widerstand Polens erfolgte – und dem Zusammenbruch des Sowjetsystems keine Korrektur herbeizuführen war. Insofern erscheint es weniger verwunderlich, eher konsequent, daß auch im nachkommunistischen Polen die Vorstellung attraktiv erscheint, den deutschen Nationalmasochismus auszunutzen. Stefan Scheil hat unlängst darauf hingewiesen, daß hier eine Korrektur nur möglich sei, wenn man daranginge, die „geschichtspolitisch entworfenen Selbstbilder“ hier wie dort dem anzupassen, was eigentlich „selbstverständlicher Standard“ sei.

Geisteswissenschaft: das Jahr und sein Thema

von Erik Lehnert

Wir befinden uns im Jahre 2007, dem Jahr der Geisteswissenschaften und dem der Delphine. Es ist bekannt, daß Delphine intelligente Tiere sind. Trotzdem sind sie vom Aussterben bedroht und werden von wohlmeinenden Zeitgenossen unter Schutz gestellt. Mit dem Jahr der Delphine wird (vor allem in Form von Werbespots) an die Zeitgenossen appelliert, keinen Verhaltensweisen zu frönen, die Delphine gefährden könnten, wie beispielsweise das Konsumieren unkorrekt gefangenen Thunfischs. Ähnliches liegt dem Jahr der Geisteswissenschaften zugrunde. Auch hier soll offenbar etwas geschützt werden, was so „schön zum Herzen spricht“ wie ein Delphin.

Zunächst drängt sich allerdings der Eindruck auf, daß es sich um eine höhere Form des Selbstbetrugs handelt, wie man ihn aus der Hochphase der *new economy* kennt: Ein Haufen Kreative bastelt ein Werbekonzept, nennt es Arbeit und verdient einen Haufen Geld damit. Im Hintergrund steht der Gedanke, daß man die Geisteswissenschaften toll und wichtig nennen muß, weil sie es auch sind. Noch ein bißchen weiter im Hintergrund steht aber das Gesetz, daß ein Gegenstand, für den ein „Jahr“ ausgerufen werden muß, nicht toll und wichtig ist, sondern gestützt werden muß. Und in der Tat geht es beim „Jahr der Geisteswissenschaft“ nicht um eine der Leistungsschauen, die zum Prädikat „Eliteuniversität“ führen sollen. Schon eher geht es um das Zurschaustellen von Mängeln mit dem Ziel, Hilfe von außen zu erhalten.

Es gab bereits vor dem „Jahr der Geisteswissenschaften“ Versuche, Mißstände zu benennen und Maßnahmen zu entwickeln, um die „Krise“ zu beenden. Allerdings standen bei dem *Manifest Geisteswissenschaften*, das unter anderem von den Philosophen Carl Friedrich Gethmann

und Jürgen Mittelstraß an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften erarbeitet und am 25. November 2005, dem Tag der Geisteswissenschaften (den es seit 2002 gibt), vorgestellt wurde, eher strukturelle Probleme im Vordergrund. Darin heißt es: „Sorge um die Geisteswissenschaften ist begründet. Sorge darum, was mit ihnen geschieht, und Sorge darum, was sie sich antun. Die Sorge ist auch nicht neu.“

Die Autoren gehen davon aus, daß die Geisteswissenschaften im wesentlichen zwei Probleme haben: ein theoretisches und ein institutionelles. Von ihrem Ursprung, den die Geisteswissenschaften ja in der Philosophie haben, sei nicht viel geblieben. Ob nun Wahrheitsfunktion (Kant) oder Bildungsprogramm (Humboldt) – beides habe sich insofern erledigt, als ein systematischer Charakter neben der reinen Ausbildungsfunktion nicht mehr zu erkennen sei. Es herrsche kein zweckfreies Wissenwollen mehr, was natürlich den allgemeinen Umständen geschuldet sei. Und selbst aus der Philosophie sei, da nur noch Philosophiegeschichte, eine Geisteswissenschaft geworden.

Die Autoren weisen die Lehre von den „zwei Kulturen“ und der „Kompensation“ als gutgemeint (was ja bekanntlich das Gegenteil von gut ist) zurück: Da die moderne Welt kein Bewußtsein von sich selbst habe und der technische Verstand als das Maß aller Dinge gelte, sollen die Geisteswissenschaften die daraus resultierenden Orientierungsprobleme beheben helfen.

Damit stellt sich die Frage nach dem Forschungsbegriff der Geisteswissenschaften im Unterschied zu dem der Naturwissenschaften. Derzeit ist eine Reformulierung der „Aufgabenstellung der Geisteswissenschaften“ auf neurowissenschaftlicher Basis im Gange, die deren autonomes Forschungsverständnis aufzulösen

droht. Die Gegenstände der Geisteswissenschaften sind jedoch Produkte menschlicher Handlungen und müssen durch Rekurs auf Handlungszwecke erklärt werden. Hier setzt der Philosoph Michael Pauen mit seinem neuen Buch *Was ist der Mensch? Die Entdeckung der Natur des Geistes* (München: DVA 2007, 270 S., br, 19,95€) an und erklärt, daß es kein Dilemma zwischen Naturalismus und Menschenbild gebe. In seinem erstaunlich unterhaltsam geschriebenen und klar gegliederten Buch widerlegt er auf breiter historischer und systematischer Basis die Annahme, daß die Hirnforschung unser Menschenbild dramatisch, etwa in Fragen der Freiheit unseres Handelns, verändern würde.

Pauens historisches Argument bezieht sich auf den Erfolg der Naturwissenschaften, die die Phänomene besser erklären konnten als metaphysische Annahmen. Damit ist zunächst nicht mehr als ein Hinweis auf die Lösung gegeben, da sich in Zukunft die Sachlage anders darstellen könnte. Sein systematisches Argument lautet deshalb, daß es keine prinzipiellen Schwierigkeiten gebe, zentrale geistige Eigenschaften auf natürliche Prozesse zurückzuführen. Auf das Beispiel der Willensfreiheit bezogen heißt das, daß Determination nicht zur Unfreiheit führt. Im Gegenteil: Der Zufall würde Unfreiheit zur Folge haben. Die Frage ist also nur, wie eine Handlung determiniert ist. Ob der Handelnde dies selbst tut oder nicht. Nun ist festzuhalten, daß eine solch extreme Ansicht über die Unvereinbarkeit der Willensfreiheit mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen eine Minderheitenmeinung darstellt, die durch Pauen nicht letztgültig entkräftet wird, so daß er auf empirische Untersuchungen, die Gegenteiliges nahelegen, zurückgreifen muß. Pauens Buch führt damit auf ein zentrales Thema des Jahres der Geisteswissenschaften: die Frage, ob die Unterscheidung zwischen Geistes- und Naturwissenschaften systematisch überzeugend ist.

Das Dilemma, das entsteht, wenn man versucht diese Einteilung streng durchzuhalten, zeigt Volker Gerhardt im *Merkur* 696 unter der Überschrift „Im Jahr des Geistes“ auf. Davon unberührt ist aber der Begriff des Geistes selbst. Wenn die Geisteswissenschaften in Deutschland im Gegenwind des Zeitgeistes stehen, so tun sie dies vor allem, weil sie vergessen haben, was der Geist ist. Davon zeugt der Tagungsband eines bereits im Juli 2005 anlässlich des Erscheinens des letzten Bandes des *Historischen Wörterbuchs der Philosophie* in Berlin abgehaltenen Symposiums, der jetzt erschienen ist: *Geisteswissenschaften – im Gegenwind des Zeitgeistes?* (Stuttgart: Franz Steiner 2007, 75 S., br, 16€) Die Vermutung des Herausgebers Klaus-Michael Kodalle, daß, was den Rechtfertigungsdruck der Geistes-

wissenschaften betrifft, etwas „durchgeamtet“ werden darf, widerlegt er gleich selbst: „Jene *zieloffene* Selbstentfaltung aber wird von starken Kräften wohl deshalb für obsolet gehalten, weil in ihr ein Restbestand älterer Elitavorrechte wahrgenommen wird.“ Dem hält unter anderem Hermann Lübbe entgegen, daß das geisteswissenschaftliche Studium zunehmend praktisch nutzbar sei: Die Geschichtswissenschaft soll ein 1984 verhindern, die Philosophie Orientierungswissen vor allem in ethischer Hinsicht erzeugen und Politikwissenschaft die Ideengeschichte als Zeughaus (Kreativitätsreserve) nutzen (Münkler). All das klingt wenig überzeugend. Interessant ist der amerikanische Blick auf die geisteswissenschaftliche Selbstbespiegelung in Europa. Die Rawls-Schülerin Susan Neiman führt aus, daß sich ausgerechnet in pragmatischen Amerika die Geisteswissenschaften nicht rechtfertigen müssen. Die Unterschiede seien fundamental. Das Verhältnis zur eigenen Fachgeschichte, das Verhältnis von Fortschritt und Originalität, die Bedeutung von Beweis und Rhetorik, kurz die Rolle des Individuums in der Wissenschaft, wird in den Vereinigten Staaten anders gewichtet. Es komme dort vor allem darauf an, daß Inhalt und Ausdruck in der Persönlichkeit des Geisteswissenschaftlers eine Verbindung eingehen. Hier ist die Unterscheidung aufgenommen, die auf der Unterscheidung Kants zwischen Verstand und Vernunft basiert. Allerdings verschwimmen bei Neimann die Grenzen zwischen Philosophie und Geisteswissenschaft, denn nicht jede Geisteswissenschaft hat es mit der Vernunft zu tun, sondern hin und wieder schlicht mit Faktensammeln oder der Edition von Texten.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen sollte das Jahr der Geisteswissenschaften, von dem bereits mehr als die Hälfte folgenlos verstrichen ist, die Auswüchse thematisieren, die an deutschen Universitäten Alltag sind. Die Einführung der BA/MA-Studiengänge sollte beispielsweise Abhilfe bei den langen Studienzeiten schaffen und ist doch nur Ausdruck der Flucht vor der Wirklichkeit. Anstatt die Studenten zum zügigen Abschluß zu zwingen, wird ein neues System eingeführt. Einfacher und konsequenter wäre der andere Weg gewesen. Doch unverhüllt Disziplin zu verlangen, erfordert Sicherheit und Kompetenz. Die werden wir in Zukunft immer weniger haben. Bereits heute ist die geisteswissenschaftliche Auseinandersetzung von Unsicherheit geprägt: Man ist nett zueinander. Verrisse sucht man in den geisteswissenschaftlichen Fachorganen vergeblich: Man könnte ja falsch liegen, also lieber verhaltenes Lob anbringen. Das kostet nichts und ist genauso billig zu haben, wie der korrekt erlegte Thunfisch.



Unverkennbar: Hochschullehrer

Endlich verfassungskonform

Josef Schußburner/Hans-Helmuth Knütter (Hrsg.): *Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht*, Schnellroda: Institut für Staatspolitik 2007. 579 S., br, 15.00 €

Der juristische Erfolg der *Jungen Freiheit* gegen den Verfassungsschutz (VS) von NRW hat eines deutlich gemacht: Es bestehen erhebliche Anzeichen eines Verdachts nicht nur der Verfassungsfeindlichkeit, sondern sogar der konkreten Verfassungswidrigkeit bei den amtlichen VS-Berichten und somit bei den dafür verantwortlichen Innenministern von SPD und CDU/CSU. Wie ein VS-Bericht aussehen könnte und dann wohl auch aussehen müßte, der diesen Anfangsverdacht der Verfassungswidrigkeit vermeidet, wird im „Alternativen Bericht“ dargetan: Man gliedert einen VS-Bericht unabhängig von der politischen Couleur der staatlich Beobachteten nach den Grundsätzen, die der VS schützen soll. Dann muß etwa konkret die Frage beantwortet werden: Wer oder was beeinträchtigt die Unabhängigkeit der Gerichte? Wer gefährdet das Mehrparteienprinzip? Wie steht es mit der Unabhängigkeit der Abgeordneten als Teil des Prinzips der Gewaltenteilung?

Die einleuchtenden Antworten, die der „Alternative Bericht“ gibt, machen klar, daß sich die Gefährdung der Verfassungsordnung primär doch nicht dort abspielt, worauf die amtlichen Berichte gerichtet sind, sondern wo ein derartiger Bericht vorsätzlich die Augen zumachen muß und deshalb „verschweigt“. So sagen die amtlichen Berichte nichts aus über die Aktivitäten westlicher Geheimdienste. In diesem Punkt bietet der von Innenminister d. D. Heinrich Lummer mit einem Vorwort verse-

hene Sammelband eine wirkliche Sensation: Der ehemalige Sekretär des UNO-Menschenrechtsausschusses, Prof. Dr. Alfred de Zayas, offenbart, daß die CIA ihn zur Ausspähung deutscher Rechtsparteien und Vertriebenenverbände anwerben wollte. Damit wird erstmals eine ohnehin bekannte, allerdings schwer belegbare Aktivität beweisbar, die eine Beeinträchtigung des Verfassungsprinzips Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes darstellt. Die geheimen US-amerikanischen Aktivitäten gehen erkennbar dahin, die befreundete BRD in eine bestimmte innenpolitische Feinderklärung zu bringen (im „Kalten Krieg“ primär gegen links; nunmehr wieder gegen rechts), was dazu führt, daß das Ergebnis politischer Meinungsbildung der Deutschen sich nicht nur als Ergebnis des Ringens deutscher politischer Kräfte darstellt, sondern vom „befreundeten“ Ausland mit- und damit fremdbestimmt wird. Ausnahmsweise ganz offen wurde der Versuch einer politischen Fremdbestimmung bei den gegen den deutschen Nationalliberalismus gerichteten „Österreichsanktionen“ unternommen, mit denen eine demokratische Regierungsbildung eines deutschen Staates ausländischer Kontrolle unterstellt wurde. Dabei kam ein offener Bewältigungsassismus zum Vorschein, der zwar nach Ansicht eines französischen Präsidentenberaters romanischen Nationen die Existenz „rechtsextremer“ Regierungsparteien erlaubt, nicht jedoch „deutschen Nationen“. Und dies natürlich „wegen der Geschichte“, die sich wohl abstammungsbedingt bei Deutschen wiederholen würde, wenn man sie eine normale Demokratie praktizieren ließe.

„Normale Demokratie“ in der BRD würde bedeuten, daß der Verfassungsgrundsatz der Chancengleichheit für *alle* politischen Strömungen nicht länger durch eine Parteiverbots-

konzeption und die daraus abgeleiteten Verbotssurrogate beeinträchtigt wird, die gegen die „falsche Ideologie“ einer Partei gerichtet sind. Diese Art von Demokratieschutz führt unweigerlich dazu, daß aus dem juristischen Dokument „Verfassung“, das als solches nur durch Handlungen verletzt werden kann, ein weltanschaulich-religiöses Dokument wird. Dies gibt dann staatlichen Stellen die Ermächtigung, die Ansichten ihrer Bürger zu prüfen und zu bewerten. Diese Bürgerbevormundung gefährdet in einer grundlegenden Weise die Konzeption des Rechtsstaats, der als Kampfgegenstand gegen eine (zivil-)religiöse Herrschaftsbegründung entstanden war. Über die staatliche „Bewältigung“ als „gelebte Verfassung“ (Bundeskanzler Schröder) kehrt die gegen Meinungsfreiheit und Gesetzmäßigkeitsprinzip gerichtete Ideologiestaatlichkeit zurück.

Diese Ideologiestaatlichkeit führt zu einer staatlichen Legitimierung dessen, was einst primär als „Linksextremismus“ bekämpft wurde, indem etwa die SPD nicht davor zurückschreckt, mit der ehemaligen SED Regierungskoalitionen einzugehen und sich dabei gleichzeitig anmaßen kann, der CDU vorzuschreiben, welchen Rechtsintellektuellen sie nicht als Referenten einladen darf. Da die CDU nicht bereit ist, für die Freiheit eines rechts von ihr stehenden Bürgers einzutreten, gelangt sie zunehmend in eine Position, die an ihre Stellung als Blockpartei des DDR-Regimes gemahnt. Dies macht es erforderlich, im „Alternativen Bericht“ abschließend das verfassungsfeindliche Potential von Grünen, Sozial- und Christdemokratie, sowie des Liberalismus aufzuzeigen. Ebenfalls ein Bereich, über den sich die amtlichen Berichte naturgemäß völlig ausschweigen.

Felix Bosch

Holocaust

Frank Bajohr/Dieter Pohl: *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München: C. H. Beck 2006. 156 S., geb, 18.90€

Manchmal ist man auf den ersten Blick bedient. So haben die Autoren Bajohr und Pohl den Bericht eines „Landrats Höxter“ ausgegraben, der im November 1938 behauptet, die örtliche Bevölkerung sei während der Reichskristallnacht mit der Verhaftung von Juden einverstanden gewesen. Die Autoren präsentieren diese Mutmaßung eines lokalen Funktionärs allen Ernstes als (einzigen) Beweis, daß solche Verhaftungen tatsächlich von einer Mehrheit aller Deutschen gebilligt worden seien.

Das sagt mehr über die Phantasiewelt der Autoren aus als über die historischen Fakten. Es geht Pohl und Bajohr darum, die Deutschen als Ganzes sowohl der Mitwisserschaft als auch der umfassenden Billigung der nationalsozialistischen Judenverfolgung und Ermordung zu beschuldigen. Die Methode ist denkbar einfach. Als „Holocaust“ wird im Prinzip jede Form der Verfolgung von Juden seit 1933 verstanden. Damit ist jeder, der aus der Zeitung über die Nürnberger Rassegesetze gehört hat, theoretisch ein Holocaustmitwisser. So berechnen Bajohr und Pohl die Zahl der Mitwisser zwar spektakulär, aber unter diesen Umständen sogar noch vergleichsweise bescheiden auf zwanzig bis fünfundzwanzig Millionen.

Von der reichhaltigen Literatur zum Thema, die in den letzten Jahren durch israelische oder angelsächsische Historiker publiziert wurde, haben die Autoren offenbar keine Ahnung. Dort steht, ausführlich begründet, nicht selten das Gegenteil dessen, was sie in ihrem schmalen Bändchen behaupten. Ihre Ergüsse sind von einer Art, die man vorzugsweise dem deutschen Publikum vorsetzt.

Stefan Scheil

Bürgerverluste

Manfred Thiele: *Flucht ohne Ende. Bürgerverluste der Stadt Mühlhausen von 1945–1961*, Mühlhausen: Selbstverlag 2007. 295 S., geb, zahlreiche Abb., 19.00€ (zu beziehen über Buchhandlung Niklas, Röblingstraße 14, 99974 Mühlhausen)

Schon das erste Buch Manfred Thieles, das vor zwei Jahren unter dem Titel *Vae victis* erschien (vgl. *Sezession* 9, 2005), behandelte einen oft vergessenen oder verdrängten Teil der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Das selbe wird man von dem nun vorliegenden Band sagen können, der sich mit den „Bürgerverlusten“ seiner thüringischen Heimatstadt Mühlhausen zwischen Kapitulation und Mauerbau befaßt. Auch hier wird die Darstellung ganz auf Ereignisse und Schicksale im Einzelfall konzentriert, angefangen bei den Folgen des militärischen und zivilen Zusammenbruchs, über die Besatzungsherrschaft, die Errichtung (und anfängliche Tarnung) der Parteidiktatur bis zur Abschließung des Landes durch die „Zonengrenze“. Die Zeugnisse, Texte und Bilder, die Thiele zum Sprechen bringt, zeigen ein bedrückendes Ausmaß von Brutalität, mit dem die sowjetischen Truppen und ihre deutschen Helfershelfer gegen die Bevölkerung vorgehen. Die Maßnahmen reichen von willkürlicher Ermordung, über Festsetzung und Folterung durch den NKWD, Lagerhaft oder Deportation, bis zur Verbringung in das berüchtigte „Gelbe Elend“, das Zuchthaus Bautzen. Die Opfer traf es wahllos, zwar konnte einem auch die Mitgliedschaft in der HJ oder der Verdacht, für das SPD-Ostbüro tätig zu sein, oder die Fluchtabsicht zum Verhängnis werden, aber in vielen Fällen erlitten Männer, Frauen und Jugendliche ein Schicksal, das sie nicht begreifen konnten, auch wenn man den Begriff der „Schuld“ noch so weit faßt.

Karlheinz Weißmann

Gulag

Anne Applebaum: *Der Gulag*, München: Goldmann 2005. 732 S., br, 14.00€

Zu Beginn ihrer materialreichen Beschreibung des sowjetischen GULag-Systems konfrontiert Applebaum sich selbst und die Leser mit dem Faktum, daß sich trotz millionenfacher Verbrechen der Sozialismus und seine Insignien immer noch einer gewissen Popularität erfreuen. Verwundert schreibt die Autorin, ein Hakenkreuz würde niemand auf dem T-Shirt tragen, Hammer und Sichel aber schon, obwohl unter diesen Symbolen erheblich mehr Menschen ermordet worden seien.

In der Einleitung vollführt Applebaum einen Eierdanz um die Geschichte der Lager und um die Vergleichbarkeit von GULag und deutschem KZ-Lagerkomplex. Am Dogma der qualitativen Einzigartigkeit von Auschwitz hält sie fest. Sie meint, in den Lagern der SU seien Häftlinge weniger durch Sadismus gequält worden, als durch Teilnahmslosigkeit des Wachpersonals. Ob das den zu Tode Gemarterten ein Trost war, ist zweifelhaft. Trotzdem kann sie nicht umhin, Ernst Nolte zu bestätigen, ohne ihn freilich zu erwähnen: vor Auschwitz war der GULag.

Verdienstvoll ist zweierlei: einmal die Entlarvung der Legende, erst Stalin habe ein Terrorssystem errichtet. Sie zeigt auf, daß bereits Lenin die Einrichtung von Konzentrationslagern befahl und daß das Lagersystem nach Stalins Tod – im Umfang reduziert – weiterexistierte.

Zweitens macht sie deutlich, wie viele unterschiedliche Lagertypen es gab: Arbeitslager, Straflager, Besserungslager, Frauenlager, Kinderlager, Transitlager, Kriegsgefangenenlager und Sonderlager für Wissenschaftler.

Negativ anzumerken ist, daß Applebaum allzusehr auf die Aussagekraft russischer Akten vertraut, wohlwissend, wie unzuverlässig die sowjetischrussische Verwaltungsbürokratie ist.

Olaf Haselhorst

Politikgeschichte

Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.): *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*, Historische Zeitschrift, Beiheft 44, München: Oldenbourg 2007. 422 S., kt, 79.80€

Es gibt in der Wissenschaft Veränderungen, die kommen auf leisen Sohlen, kein lautstark verkündeter Paradigmenwechsel gibt den Ausschlag, sondern die mühsame Arbeit im einzelnen und an der Basis bereitet ihn vor und eine andere Atmosphäre gibt ihm eine Chance zur Durchsetzung. Vielleicht ist das auch so in bezug auf die Politikgeschichte, deren Renaissance sich in den letzten Jahren deutlicher abzeichnet. Sicher spielte dabei der dramatische Wandel der Weltlage eine Rolle, der die Aufmerksamkeit wieder auf die Bedeutung von Krieg, Diplomatie und Machtkampf im Inneren des Staates richtet, aber es war auch die Ermüdung an Sozial-, Mentalitäts- und Kulturgeschichte mit ihren vielfältigen Bemühungen, davon abzulenken, daß Geschichte im Kern politische Geschichte ist. Der jetzt als Beiheft 44 der ehrwürdigen *Historischen Zeitschrift* erschienene Band vereinigt die Arbeiten von sechzehn Wissenschaftlern, die meistens der jüngeren Generation zugehören. Sie alle versuchen das eigentliche Gewicht der Politikgeschichte zur Geltung zu bringen. Wegen der besonders interessanten Aspekte sei hier hingewiesen auf die Beiträge von Andreas Rödder („Sicherheitspolitik und Sozialkultur“), Manfred Kittel (über die Deutschnationalen in der Weimarer Republik), Sönke Neitzel (über Verdrängung und Wiederkehr der Militärgeschichte), Hans-Christof Kraus (über „Gegenwart und Zukunft der politischen Biographie“) und Frank-Lotthar Kroll („Legitimationsstrategien monarchischer Eliten im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts“).

Karlheinz Weißmann

Stichwortgeber

Günther Burkert-Dottolo/Christian Sebastian Moser/Peter Danich (Hrsg.): *Stichwortgeber für die Politik. Teil I und Teil II*, Wien: Eigenverlag der Politischen Akademie der ÖVP 2007. zus. 354 S., br, 19.00€

In diesen beiden Bänden werden auf jeweils ca. 10 Seiten einzelne politische „Stichwortgeber“ vorgestellt. Die Beiträge sind zwar von unterschiedlicher Qualität was Darstellung und theoretische Durchdringungstiefe anbelangt, aber für eine grobe Orientierung reicht es in jedem Fall, wobei besonders die nutzerfreundliche Zusammenstellung von einschlägigen Zitaten am Ende jedes Beitrages hervorgehoben sei. Die vorgestellten Denker sind ideologisch sehr heterogen – grob läßt sich eine (christlich-)soziale, eine wirtschaftsliberale und eine konservative Richtung unterscheiden. Die Anzahl der pro Richtung aufgestellten Denker hält sich ungefähr die Waage, was bei einer „Eigenproduktion“ der österreichischen Christdemokratie bemerkenswert ist – vor allem im direkten Vergleich zur derzeit stark „sozialdemokratisierten“ deutschen Schwesterpartei. Bemerkenswert ist auch die Bereitschaft zur Aufnahme exzentrischer und verfemter Denker mit dem ausdrücklichen Bestreben, die zu Unrecht Vergessenen wieder ins kollektive Gedächtnis einzugliedern. So ist für den Wirtschaftsliberalismus nicht nur Ludwig Erhard aufgeführt, sondern auch JF-Autor Roland Baader und sogar Ayn Rand, Ikone der Radikalliberalen. Für konservative Belange stehen nicht nur unproblematische Klassiker wie Edmund Burke, sondern auch ein Arnold Gehlen, ein Kuehnelt-Leddihn, ein Carl Schmitt, ein Gómez Dávila – dazu Klassiker wie Huntington, Fukuyama, Kondylis: in dieser ideengeschichtlichen Fundgrube ist einfach für jeden etwas dabei.

Christoph Kramer

Ideengeschichte

Walter Reese-Schäfer: *Klassiker der politischen Ideengeschichte*, Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft, München: Oldenbourg 2007. 246 S., kt, 29.80€

Walter Reese-Schäfer, Professor der Göttinger Universität und Inhaber des Lehrstuhls für politische Theorie hat eine lange Publikationsliste. Es gibt von ihm Einführungen zu Leben und Werk aller möglichen Denker, die man im weitesten Sinn der politischen Philosophie zuordnen kann. Das hat eine affirmative Tendenz, jedenfalls läßt sich hinter der Darstellung der Ideen anderer nur schwer eine dezidierte eigene Position erwarten. Die Einschätzung trifft auch das vorliegende Buch, wobei um der Gerechtigkeit willen hinzugefügt sei, daß es dem Studenten zur Orientierung dienen soll. Den Zweck erfüllt es in jedem Fall, denn es präsentiert die Konzepte von Platon, Aristoteles, Machiavelli, Hobbes, Locke, Montesquieu, Adam Smith, Rousseau, Kant, Tocqueville, Marx und Engels in knappem Umriss, gelegentlich versehen mit einer amüsanten Randbemerkung („Auf die Zigarrenkiste des Marxismus gehört der Aufdruck: Diese Theorie kann tödlich sein.“). Die Auswahl bestimmt sich nach Auskunft Reese-Schäfers durch die „Innovation“, die alle diese Denker für das Wesen der politischen Theorie geleistet haben; die Argumente für den Ausschluß von Augustinus und Thomas von Aquin können aber trotzdem nicht überzeugen. Bleibt zuletzt noch die Frage, warum der Bereich der „klassischen“ politischen Ideengeschichte immer noch mit Marx abgeschlossen werden kann. Wäre es nicht an der Zeit, zumindest Denker wie Hermann Heller, Carl Schmitt, Max Weber, Joseph Schumpeter oder Ludwig Mises einzubeziehen und den Begriff des „Klassischen“ entsprechend zu erweitern?

Martin Voelkel

Islam, kritisch

Jaya Gopal: *Gabriels Einflüsterungen. Eine historisch-kritische Bestandsaufnahme des Islam*. 2. erw. Aufl., Freiburg: Ahriman-Verlag 2006. 476 S., geb, 24.80€

Dem indischen Religionskritiker Gopal liegt es fern, die Geschichte des islamischen Totalitarismus mit der Gründung der Muslimbruderschaft 1928 beginnen zu lassen. Stattdessen nimmt er den originären Islam als eine im Kern totalitäre „Ideologie“ in den Blick: Da der Islam seinen Herrschaftsanspruch auf „Furcht, Unterordnung und Gehorsam gegenüber Gott und seinem Propheten Mohammed“ stütze, begünstige er die Herausbildung des Typus einer „moslemischen Persönlichkeit“, deren Charakteristika den „Grundbausteinen“ des „autoritären Charakters“ (Adorno) konvergierten. Gopals Darstellung der über 1350jährigen Geschichte islamischer Gewaltausübung umfaßt die Verankerung „klassischer“ Sklavenhaltersysteme im islamisch beherrschten Raum, die islamisch begründete Geschlechterapartheid und die Konservierung auch vorislamischer Archaismen (wie der Genitalverstümmelung) ebenso wie die Aspekte des Islam als einer aggressiv-expansionistischen Theokratie: die Ausrottungsfeldzüge gegen nichtislamische Zivilisationen und die inferiore Stellung von Nichtmuslimen (soweit sie, als Angehörige einer Buchreligion, überhaupt unter islamischer Herrschaft geduldet werden). Aufklärerische und humanistische Bestrebungen (etwa die Mutaziliten) hätten sich unter islamischer Kulturhoheit stets als Häretiker stigmatisiert gefunden und seien „erfolgreich“ ausgemerzt worden (mit Ausnahme des türkischen Kemalismus). Als „Antidot gegen die vielen politisch genehmen, (...) apologetischen Darstellungen des Islam“ (Ibn Warraq) kann Gopals Unterfangen nicht hoch genug veranschlagt werden.

Daniel L. Schikora

Islam, historisch

Gudrun Krämer: *Geschichte des Islam*, München: C.H. Beck 2006. 334 S., geb., zahlr. Abb, 24.90€

Die neue *Geschichte des Islam* hat das Zeug zum Standardwerk. Die Autorin ist jedenfalls danach. Lang schon beeindruckt Gudrun Krämer, seit 1996 Ordinaria für Islamstudien an der Berliner FU, mit Analysen zur politischen Lage im Nahen Osten. Sie urteilt aus Tiefenreflexion, wo andere Klischees transportieren. Mehr noch: Ihr wissenschaftlicher Werdegang, über Geschichte und Politik zur Islamwissenschaft, prädestiniert sie, den Islam jetzt in historischer Totale nachzuzeichnen. Nach Arbeiten über heutige Muslime und Palästinas Geschichte zieht sie mit ihrer neuen Monographie eine Synthese zahlreicher Themenfelder und Teildisziplinen ihres Fachs. Heraus kam eine außerordentlich faktenreiche Darstellung, der viel Lob zuteil wird. Trotzdem befriedigt die Lektüre nur bedingt, so im Vergleich mit Werken wie Houranis *Geschichte der arabischen Völker* (1992), Prenners *Stimme Allahs* (2001) oder Armstrongs *Kleine Geschichte des Islam* (2001). Die zeigen thematisch Profil und interpretieren schöpferisch. Daneben wirkt Krämer überinformiert und literarisch flüchtig. Kultur und Religion bleiben dürftig, jene erschöpft sich in Hinweisen, diese gerät zu flach. Sozialhistorisch funktioniert das Werk gut; plausibel auch seine politische Gliederung. Und doch enttäuscht hier konventionelle Machart: zu personalistisch und chronikal werden die Daten gehäuft, statt sie strukturanalytisch auszuschöpfen. Das 20. Jahrhundert fällt knapp aus (25 Seiten), ein energisches Szenario zur Gegenwartsfrage fehlt. Bei überragendem Sachverstand bleibt Krämers Islamgeschichte dem Gegenstand äußerlich, ihre Diktion trocken und farblos.

Wolfgang Saur

Islam, radikal

Udo Ulfkotte: *Heiliger Krieg in Europa. Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht*. Frankfurt a.M.: Eichborn 2007. 304 S., geb, 19.90€

„Aus der Sicht der Muslimbruderschaft ist die ‚multikulturelle‘ Gesellschaft die offene Einladung, eine schwächelnde und im Niedergang begriffene Gesellschaft zu übernehmen“, schreibt Ulfkotte. Sein Anliegen ist es, die muslimischen Forderungen nach Anerkennung im öffentlichen Raum des Westens in den programmatischen Kontext der Muslimbruderschaft zu stellen. Dieser Geheimbund, der 1928 in Ägypten ins Leben gerufen wurde, verknüpfte von Beginn an defensiv anmutende anticolonialistische Forderungen mit globalen Suprematieansprüchen des Islam. Nachdem die Muslimbrüder vor 1945 den politischen wie ideologischen Schulterschuß mit Mussolini und Hitler gesucht hatten, stützen sich die Muslimbrüder und ihre organisatorischen „Ableger“ seit den 1950er Jahren maßgeblich auf die finanziellen Ressourcen des wahhabitischen Saudi-Arabien. Während in „Palästina“, dem Kaukasus, Kaschmir, Thailand oder den Philippinen bereits blutige Konflikte zwischen Muslimen und Nichtmuslimen entfesselt wurden, schätzen die EU sowie einzelne europäische und amerikanische Regierungen „zivile“ Vereinigungen im Umfeld der Muslimbrüder verstärkt als Dialogpartner – in Deutschland etwa Milli Görüs oder den „Zentralrat der Muslime“. Anstelle einer Beschwichtigungspolitik gegenüber dem „Islamfaschismus“ der Muslimbrüder empfiehlt Ulfkotte – in französisch-jakobinischer Tradition – Maßnahmen wie die Ächtung des islamischen Kopftuchs an Schulen bis hin zu einer Ausbürgerung von Haßpredigern, die etwa Genozid-Verbrechen an Juden und Armeniern leugnen.

Daniel L. Schikora

Literatur-Architektur

Winfried Nerdinger (Hrsg.): *Architektur wie sie im Buche steht. Fiktive Bauten und Städte in der Literatur*, Salzburg: Anton Pustet 2006. 568 S., geb, 49.00€

Der von Winfried Nerdinger zur gleichnamigen Ausstellung des Architekturmuseums der TU München herausgegebene Band zeigt die differente Wahrnehmung und Wertschätzung von Raum und Gestalt. Die in die Thematik einführenden Essays, unter anderem von Martin Mosebach, setzen sich mit den verschiedenen Herangehensweisen an Stadt und Architektur auseinander. Ausgehend von legendären Orten, wie etwa Sodom und Gomorra in der Bibel oder dem Troja der antiken Mythologie, führt der Sammelband durch das weite Spektrum der Literatur-Architektur. Im Wechselspiel aus Textzitat, Abbildung und Kommentar werden die literarischen Bauten, (Tat-) Orte oder Städte dargestellt. Fragen zu Ästhetik und „guter Architektur“ werden zwar behandelt, stellen aber nur einen Aspekt unter vielen dar. Ein Schwerpunkt liegt auf den Idealstadtmodellen, wie Platons Atlantis, Swifts Laputa oder Jüngers Heliopolis, die für das jeweilige System, sei es projizierte Gesellschaft, ideale Gemeinschaft oder fiktive Stadt stehen. Neben futuristischen Comic-Welten und Piranesis Gefängnissen widmet sich das Werk auch der Beziehung zwischen Architektur gewordener Dichtung und Dichtung gewordener Architektur. Was passiert, wenn erdichtete Architektur in der Realität umgesetzt wird? Beispielhaft stehen dafür die Namen Schinkel/Brentano und Taut/Scheerbart. Nerdinger gibt einen kleinen, aber bemerkenswerten und prägnant bebilderten Einblick in ein komplexes Universum und fordert den Leser dazu auf, über das aufgearbeitete Material hinaus die unendlichen Weiten der Literatur-Architektur zu erkunden.

Moritz Kinzel

Wagner, impressionistisch

Mario Bortolotto: *Wagner, der Dunkle*, Berlin: Matthes & Seitz 2007. 448 S., geb, 39.80€

Es ist ein impressionistisches Feuerwerk, das Mario Bortolotto in seinem erlesenen Buch über Wagner abbrennt. Wis-send, daß der Teufel im Detail steckt, besticht der italienische Musikwissenschaftler durch akribische musikalische und literarische Feinanalysen, die den Wagnerschen Dramenkosmos tiefensemantisch ausloten. Seine kunst- und kulturhistorischen Ausflüge hingegen verlieren sich bisweilen in frei flotterenden Assoziationen, deren gedankliche Durcharbeitung gerade der gebildete Leser, an den dieses Buch sich richtet, vermissen wird. Immerhin ver-raten beiläufig hingespielte Reverenzen an Artisten des *fin de siècle* und der späteren Avant-garden, daß dem feinsinnigen Autor der abgründige *décadent* und raffinierte *farceur* Wagner nähersteht als der Hohepriester der Heiligen Deutschen Kunst. Gegen das Geschmacksurteil wäre nicht zu rechten, zöge es nicht die komplette Ausblendung von Wagners genuin deutscher Konzeption einer konservativen ästhetischen Revolution nach sich. Allerdings beansprucht dieses Werk nicht, als wissenschaftliche Gesamtdarstellung des Falles Wagner zu den Standardwerken in Konkurrenz zu treten; und so mag man es Bortolotto nachsehen, daß er die zeitgenössische Wagnerforschung kommentarlos übergeht und seine zahllosen Zitate ohne jeden Quellennachweis in Hunderten von Seiten umherfliegen wie Blätter im Wind. Dennoch fesselt dieses pointillistische Gemälde gerade durch seinen überschäumenden Einfallsreichtum; und nicht nur der kosmopolitisch korrekte Wagnerianer von heute dürfte in diesem funkelnden Feuilleton viele Anregungen finden und so manche Überraschung erleben.

Siegfried Gerlich

Medialer Leviathan

Günter Zehm: *Maske und Mimesis. Eine kleine Philosophie der Medien*, Schnellroda: Edition Antaios 2007. 300 S., Ln mit SU, 25.00€

Das Wort „Medienphilosophie“ wird von Medienleuten verwendet, von Wissenschaftlern vermieden. Zehm nimmt die Mittelposition ein: „Was nicht in den Medien ist, existiert nicht.“ Für ihn sind sie zum neuen Leviathan geworden. Diese Tendenz ruft den zur *Desinvolture* bereiten Philosophen, der Maske und Mimesis, Entbergen und Verbergen, als Kern der Medialität sieht, auf den Plan. Der Mensch ahme nach, um seine Welt zu erschaffen, sei maskiert, um sich zu unterscheiden. So zeigt Zehm Parallelen zwischen altrömischen Zirkusspielen und modernen Fernsehshows auf. Es gelingt ihm, das Wort „Spiel“, gleichbedeutend mit „Schein“ oder „Schleier der Maya“, auf die mediale Maskenwelt zu beziehen. Gleichwohl habe auch die Inszenierung eines „Wirtschaftsgipfels“ mit den Nürnberger NS-Parteitagsgemeinsamkeiten. Kurz: Medien haben die Menschen unfreier gemacht. Der deutsche Idealismus schuf im Eigentlichen eine Alternative, weswegen Heidegger zu Hölderlin griff, um der deutschen Denkart gewahr zu werden. Der „Schleier der Maya“ blieb für Deutsche traditionell ein Ärgernis. Presseleute aber sind keine Priester, Denker oder Poeten mehr, sondern bloße Meiner neblig-sekundärer Halbheiten. Daß Meinen und absolutes Wissen differieren, kennen wir von Hegel. Zehm zeigt dies trefflich am Beispiel des „Falls Plame“ 2005 in den USA – Wissen wird zur Funktion eines auf die hysterische Masse übertragenen Meinens. Angesichts medialer Stumpfsinnigkeit bilanziert er folgerichtig: Wenn der Geist angefüllt ist mit Maske, Mimesis, Mode und *Lifestyle*, dann liege Erkenntnis fern, die jenseits aller Worte steht.

Daniel Bigalke

Identität

Wolfgang Bergem: *Identitätsformationen in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006. 390 S., kt, 44.90€

Die Theorieschrift, mit der sich der Autor 2004 an der Bergischen Universität Wuppertal als Politologe habilitierte, stellt weder wissenschaftlichem Betrieb noch öffentlichem Diskurs ein günstiges Zeugnis aus. Zeigt sie doch, wie sehr bloße Kompilation akademisch honoriert wird. Bedenklich ist aber, daß linksliberaler Mainstream die alte bundesrepublikanische Generallinie stur fort schreibt und dumpf seine Herrschaft über die Gegenwart behauptet. So wird hier die Siegesallee Sontheimer-Habermas breit ausgewalzt, analytisch jedoch nicht das mindeste zum aktuellen Problemverstand beigetragen.

Immerhin referiert Bergem neuere Identitätskonzepte im Zusammenspiel von Politik- und Sozialwissenschaft, Psychologie und Philosophie – mit universalistischer Wendung. Postuliert wird ein Paradigmawechsel vom *ethnos* zum *demos*, was auch den deutschen Topos „Kulturation“ ins Schußfeld bringt. Deren Konstitutionslogik: Integration nach innen, Distinktion nach außen wird zum polemischen roten Faden des Buchs. Und zum Fanal gegen eine, zur düsteren Kontrastfolie geschrumpften Rechten. Diese versuche, „den nationalen Referenzrahmen kollektiver Identifikation zu resubstantialisieren“ – obwohl die Nation „dekonstruiert“, ihre Substanz „als nicht existent ausgewiesen“ und ihr „Verständnis in der abstraktesten Form auf eine ‚prozessuale Einheit in der Differenz‘ reduziert“ sei. Wen wundert’s, daß soziale Identität nun schuldpolitisch transformiert wird zum negativen Selbstverhältnis und Hans Haackes Umwidmungsprojekt im Reichstag zum akklamierten Zielpunkt des Vortrags avanciert.

Wolfgang Saur

Innere Einheit

Klaus Schroeder: *Die Veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Stamsried: Verlag Ernst Vögel 2006. 767 S., geb, 68.00€

Erst nach und nach haben die Bürger der alten Bundesrepublik verstanden, daß das Land nach der Wiedervereinigung nicht mehr dasselbe ist. Klaus Schroeder nennt sein Buch „Die Veränderte Republik“. Das Buch beschäftigt sich mit zwei Hauptthemen: mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik und mit der nationalen Identität des wiedervereinigten Deutschlands. Das Buch ist allein deshalb bemerkenswert, weil es auf einen sehr umfangreichen Fundus von Statistiken und Umfragen zurückgreift und diese interpretiert. Dieses Deutschland ist nicht nur im Osten atheistischer, linker, staatsgläubiger geworden als es die alte Bundesrepublik war. Die Unzufriedenheit der letzten 15 Jahre beruhte gerade in den neuen Bundesländern nicht auf ökonomischen Fakten, sondern auf Psychologie. Nach wie vor ist Deutschland eine wohlhabende Mittelstandsgesellschaft, die Armut hat nicht zu-, sondern abgenommen. In Ostdeutschland ist der Wohlstand infolge der Transferzahlungen „explodiert.“ Die Republik ruht ökonomisch im wesentlichen auf den Schultern des traditionalistischen Südens.

Die Umfragen zeigen für die Einheit der Nation nicht gerade Begeisterung, eher eine Gewöhnung der West- und Ostdeutschen aneinander. Anders als die Ostdeutschen sahen die Westdeutschen in der Einheit keine innere Notwendigkeit mehr. Erst nach der Jahrtausendwende hat sich die Zahl der Deutschen, die „Stolz“ für ihr Land empfinden, in Ost und West angeglichen. Trotz aller Einschränkungen kommt Schroeder zu dem Ergebnis, daß die Wiedervereinigung eine beispiellose Leistung gewesen und insgesamt positiv zu bewerten ist.

Josef Daum

Globalisierung

Karl-Heinz Nusser: *Menschenrechte und Leistungsgerechtigkeit. Philosophische Lehren in den Zeiten der Globalisierung*, Hamburg: Merus 2007. 184 S., br, 17.90€

Die Globalisierung scheint wie ein böser Geist über jeder politischen Entscheidung zu stehen, da sie unsere Probleme Umweltzerstörung, Flüchtlingsströme und Terrorismus zu verschärfen droht. Doch nicht deshalb sieht sich der Philosoph Karl-Heinz Nusser genötigt, seinen Gang durch die Politische Ethik unter diese Bedingung zu stellen, sondern weil er glaubt, daß das Wesen der Politik durch die Fixierung auf die Macht aus dem Blick gelangt sei. (Was er merkwürdigerweise besonders bei den Deutschen konstatiert.) Er interpretiert dabei vor allem Platon, Aristoteles, Hobbes und Kant gründlich, wobei der Teil zu Hobbes der schwächste ist. Allerdings hat es Nusser weniger auf die Analyse der vermeintlich neuen Lage abgesehen, als auf die immer gültigen Grundsätze, wie sie die abendländische Philosophie formuliert hat. Die Grundfrage der politischen Philosophie, wie Individuum und Gemeinschaft in Einklang zu bringen sind, stellt sich im Grunde nicht neu, weil die Bezugsgrößen trotz Globalisierung immer die Nation, das Volk und das von Nusser als das „Ethische“ bezeichnete, bleiben werden: „Die patriotische Haltung, die man auch Treue nennen kann, behauptet und verteidigt notfalls die durch die Gesetze geschützte Freiheit.“ Aus der Forderung, daß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden müsse, leitet Nusser ein Plädoyer für die Leistungsgerechtigkeit ab. Konkret wird das Buch insbesondere in Fragen der Bewahrung der natürlichen Umwelt, wo er für den problematischen physiozentrischen Ansatz argumentiert. Ein lesenswertes Buch.

Erik Lehnert

Der verrückte Baron

Die neue Ausgabe – Nr. 7 – der Zeitschrift *Junges Forum* widmet sich der Person des Barons Ungern-Sternberg, besser: dem mythischen Reflex jenes Mannes, der in der Mongolei ein Heer aus Weißgardisten und Einheimischen aufstellte, von denen er als Khan und Wiedergeburt des Kriegsgottes verehrt wurde. Die Beiträge befassen sich mit der Biographie Ungern-Sternbergs, seinen Vorstellungen einer totalen Gegenrevolution und



der Nachwirkung seiner Ideen bis zur Popkultur einerseits, den Ideen des russischen Nationalbolschewismus andererseits. Im Zentrum steht allerdings der Rekurs auf „Eurasien“, ein Leitmotiv von *Junges Forum*, weshalb schon einleitend Alexander Dugin zu Wort kommt, der diesen Menschen zwischen Wahn und Wirklichkeit allen Ernstes als Vorboten der apokalyptischen Auseinandersetzungen deutet, die uns bevorstehen. (Bezug über Regin-Verlag, Postfach 2129, 47632 Straelen, info@regin-verlag.de; Preis für die Einzelausgabe 7.00 €, für das Jahresabonnement mit vier Ausgaben 25.00 €).

Solschenizyn

Zu den besonders merkwürdigen Erinnerungslücken des kollektiven Gedächtnisses gehört die Rolle, die Alexander Solschenizyn für die politische und die Geistesgeschichte der Nachkriegszeit gespielt hat. Insofern darf man mit Dankbarkeit registrieren, daß die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) jetzt einen Text für deutsche Leser wieder zugänglich gemacht hat, der zwar schon mehr als zehn Jahre alt ist – es handelt sich um eine Rede, die Solschenizyn 1993 vor der Internationalen Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein hielt –, aber an kulturkritischer Aktualität nichts eingebüßt hat (Schriftenreihe der FKBF, Heft 7, zu beziehen gegen eine Spende über: FKBF, Knöbelstraße 36, 80538 München oder sekretariat@fkbf.de).

Tagesordnung

Während die Schriftenreihe des FKBF nur fallweise erscheint, kommt deren Zeitschrift *Unsere Agenda* mit einer gewissen Regelmäßigkeit heraus. Die jetzt vorliegende Nummer 6 umfaßt neben einem Autorenportrait Solschenizyns aus der Feder Caspar von Schrenck-Notzings einen längeren Artikel von Günter Rohrmoser über die Notwendigkeit der „Kulturrevolution“ und außerdem eine ganze Reihe kürzerer Texte zu verschiedenen Personen (Elisabeth Noelle-Neumann, Russell Kirk, Stefan Scheil, Milton Friedman) sowie einen umfangreichen Rezensionsteil (Bezugsbedingungen und -möglichkeiten wie für die Schriftenreihe des FKBF, s. o.).



Freiheit der Wissenschaft

Im Herbst 1970 wurde unter dem Eindruck der Studentenrevolte und der mit dieser einhergehenden Bedrohung der Freiheit von Forschung und Lehre durch die Ideologien der Neuen Linken der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ ins Leben gerufen. Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich Gerhard Löwenthal und Ernst Nolte. Schwerpunkte der Arbeit sind Schul- und Hochschulpolitik. Der BFW vertritt hier seit jeher dezidiert konservative Standpunkte. Er setzt sich beispielsweise für Erhalt und Reform des dreigliederten Schulsystems ein. Mitwirkende des BFW sind heute unter anderem der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, und Till Kinzel. Vierteljährlich erscheint die Zeitschrift *Freiheit der Wissenschaft*, die neben Beiträgen zu genannten Bereichen auch einen interessanten Rezensionsteil enthält. Kontakt: Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft e.V., Charlottenstraße 65, 10117 Berlin oder www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de.

Deutschland-Journal

Einmal im Jahr gibt die seit 1962 in Hamburg ansässige Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) das *Deutschland-Journal* mit ausgesuchten Beiträgen verschiedener Autoren zu politischen, wirtschaftlichen und historischen Fragestellungen heraus. Nun ist ein Sonderheft erschienen, welches das im März abgehaltene Seminar der SWG zum Thema „Ursachen des Zweiten Weltkriegs. Fragen von gestern oder für morgen?“ dokumentiert. Die Broschüre enthält u. a. Vorträge von General a. D. Schultze-Rhonhof („Der weite Weg zum deutsch-polnischen Krieg“) und Stefan Scheil („Die Eskalation zum Zweiten Weltkrieg“) und gibt einen guten Überblick über Entstehung und Entwicklung des

Krieges. Sie kann kostenlos, möglichst aber gegen eine Spende, bei der SWG, Parkallee 84/86 in 20144 Hamburg oder geschaeftsstelle@swg-hamburg.de bestellt werden.

Deppenkunde

Der wahre Kern des Napoleon zugeschriebenen Diktums, daß Geschichte die Lüge sei, auf die man sich geeinigt habe, wird durch eine unterhaltsame Netzpräsenz erneut bekräftigt. Mehr als fünfzig Irrtümer über geschichtliche Ereignisse verschiedenster Epochen, die durch Presse, Schulbücher und Fernsehsendungen Verbreitung finden, werden auf www.sepp-depp.de.vu referiert, untersucht und richtiggestellt, des weiteren spaßeshalber mit der „Prämie für Falschangaben der Geschichte“, dem „Sepp Depp“, ausgezeichnet. So wird beispielsweise die Sicht des Bastillesturms am 14. Juli 1789, der oft als heldenhafte Volkserhebung gegen die „königliche Tyrannei“ gefeiert wird, einer grundlegenden Berichtigung unterzogen: Die Bastille war beileibe keine „Zwingburg“, sondern ein Luxusgefängnis, das zur Zeit der Erstürmung sieben Häftlinge, wegen verschiedener Delikte dort rechtens einsitzend, beherbergte. Auch fand kein Kampf statt, sondern der Kommandant ließ die Tore öffnen, um Blutvergießen zu vermeiden,

ein Ziel, das die Angreifer offenbar nicht teilten: Kommandant wie Wachen wurden auf viehische Weise getötet, die Bastille zerstört. Dieses besonders wichtige Beispiel – immerhin handelt es sich dabei um einen hauptsächlichlichen Mythos der politischen Linken – sei stellvertretend für den Erkenntnisgewinn genannt, den die Seite bietet.

Kaplaken

Früher war es üblich, daß der Kapitän eines Frachtschiffes nach erfolgreicher Beförderung der Güter eine zusätzliche Anerkennung finanzieller Art bekam, die ihm der Empfänger der Ladung bezahlen mußte: das sogenannte Kaplaken. Der Verlag Edition Antaios hat unter diesem Titel eine neue Reihe gestartet, von der in diesem Jahr noch sechs Titel erscheinen sollen. Im September zunächst: von Karlheinz Weißmann *Das konservative Minimum*, von Bernd Rabehl *Linke Gewalt* und von Hermann Heidegger *Heimkehr 47*, Passagen aus seinem bislang unveröffentlichten Kriegstagebuch. Im November folgen die nächsten drei. Nähere Informationen unter www.antaio.de. Kaplaken bedeutet in diesem Falle nichts anderes als den unerwarteten Lohn für geistige Aufgeschlossenheit, der in Form kurzweiliger Lektüre gereicht wird.

Sezession

Von 2007 an erscheint Sezession sechsmal im Jahr: drei Themenhefte (Februar, Juni, Oktober) im Wechsel mit drei freien Heften (April, August, Dezember). Jedes Heft umfaßt 56 Seiten sowie – das ist neu! – einen vierseitigen Bilddruckteil.

Der Abonnementpreis erhöht sich proportional auf 45,00 Euro inklusive Versand für den gesamten Jahrgang.

Schüler, Studenten und Wehrpflichtige bezahlen mit Nachweis 30,00 Euro.

Wer Sezession fördern möchte, kann dies mit einem politischen Abonnement tun: Er bezahlt 75,00 Euro für sechs Hefte.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
Sezession, Rittergut Schnellroda,
06268 Albersroda
Tel/Fax: (034632) 9 09 42
www.sezession.de

Heft 16: Themenheft Mircea Eliade



Heft 17: freies Heft



Heft 18: Themenheft Christentum



„Unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will“ (Junge Freiheit)

„Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz“ (Tagesspiegel)

Heft 19: freies Heft



Heft 20: Themenheft Alternativen



Heft 21: freies Heft



IRONIE — Wer Kinder erzieht, der weiß: Kinder verstehen keine Ironie, und eine verfrühte Konfrontation mit ironischem Sprechen tut ihnen nicht gut, verstört sie vielmehr. Dies liegt daran, daß Kinder einen gleichsam noch ungebrochenen Blick auf die Dinge haben, den Aussagen der Erwachsenen glauben und daher nicht in der Lage sind, eine gewisse Doppeldeutigkeit zu verstehen. Natürlich begreift auch ein Kind rasch, daß etwas nicht stimmen kann, wenn es mit seltsamem Tonfall für etwas gelobt wird, wofür es sonst Tadel bekam. Und es spürt, daß dieses vermeintliche Lob verletzend ist als ein klarer Tadel: In der Ironie stecken Hohn und Überlegenheit, und sie macht denjenigen, auf den sie gemünzt ist, zur lächerlichen Figur. Alles das ist nicht gut für ein Kind.

Ist die Ironie brauchbar für ein konservatives, rechtes Milieu? Regelmäßig sieht sich die *Sezession* dem Vorwurf ausgesetzt, daß in ihr die Ironie keinen Platz fände. In der Tat gerät die *Sezession* – wie jede Publikation – nach der charakterlichen Disposition ihrer Redakteure: ernst, gewissenhaft, streng. Das schließt eine spitze Feder nicht aus, möchte aber vermeiden, daß es bei der spitzen Feder bleibt: Die Ironie läuft – wie alles Elegante – Gefahr, sich in ihrer Eleganz zu erschöpfen. Der Ernsthafte kommt im Vergleich zum ironisch fechtenden Denker immer ein wenig schwerfällig, vielleicht sogar plump daher: Warum muß er immer so tief pflügen?

Vermutlich ist ein unscharfer oder sogar falscher Begriff von Ironie die Ursache dieser Gegenüberstellung. Denn letztlich wollen der ernsthafte und der ironische Rechte doch dasselbe: Sie wollen Dekadenz und Doppelmoral überwinden. Und so darf ihnen zunächst der Fehler nicht passieren, Ironie mit *Coolness* zu verwechseln. Letztere bedeutet, daß sich der Mensch abschließt und von nichts mehr ergreifen läßt. Sie fällt für ein ernsthaftes Gespräch von vornherein aus.

Die Ironie hat dagegen viele Facetten, auf die uns schon ihre Großmeister, Sokrates und Kierkegaard, aufmerksam machen wollten. Ironie ist ein Verteidigungsmittel dessen, der an seiner Gegenwart leidet. Das bedeutet, daß er vor einer höheren Idee (etwa Gerechtigkeit oder Christus oder Nation) die herrschende Doppelmoral bloßstellen will. Sein Ziel ist letztlich, die *Coolness* durch Erschütterung zum Einsturz zu bringen. Das hat viel mit der sogenannten Hebammenkunst zu tun: der Leser/Zuhörer soll selbst darauf kommen, daß etwas in seinem Häuschen nicht stimmt. Deshalb stellen sich Kierkegaard und Sokrates auch nicht hin und sagen, was jeder sieht.

Die Ironie hat also tatsächlich immer auch etwas Überlegenes, und dort liegt ihre Gefahr: Sie kann zu einer Lebenshaltung werden, die vor nichts haltmacht. Sie kann dort Überlegenheit suggerieren, wo, beispielsweise bei jugendlichen und unreifen Personen, keine ist, sondern wo der Ironiker selbst einmal ernsthaft zuhören sollte. Ironie ist eine gefährliche Waffe, die nicht jeder handhaben kann und daher auch nicht einsetzen sollte. Notwendig ist sie allemal, und der Kundige sollte sie in seinem Arsenal aufbewahren und pflegen, damit er sie im entscheidenden Moment parat hat. *Erik Lehnert*

SZENE — Gibt es eine rechtsintellektuelle Szene? Wenn ja, dann wäre dies der Raum, in dem sich bewegen, in dem fündig werden könnte, wer über sich selbst und die politische Lage aus rechter Sicht nachdenken wollte. Wer sich in diesem Raum zu Hause fühlt (nicht nur hineinschnuppert), der fände vor: ähnliche Grundüberzeugungen, weltanschauliche Ähnlichkeit, ähnliche Bewertungsmaßstäbe im Hinblick auf aktuelle Erfahrungen und Entwicklungen; einen Begriff davon, wer dazugehört und einen davon, wer sicher nicht dazugehört; Kenntnisse über Schlüsselnamen, Schlüsselautoren, Schlüsselbegriffe; ähnliche Lektüre-Erfahrungen, mithin zusammengefaßt: eine rasch und mühelos herstellbare Verständigung über das Grundsätzliche und das grundsätzlich Notwendige.

Gibt es eine rechtsintellektuelle Szene? Nein, die gibt es nicht, dazu greift das, was wir oben aufzählten, nicht formierend genug in den Lebensalltag der deutschen Rechtsintellektuellen ein. Daß es sie gibt, diese Rechtsintellektuellen, steht außer Frage, und nur ein Ignorant kann behaupten, daß man diese seltene Spezies nicht beschreiben könnte: Diese Voraussetzung für das Entstehen einer Szene ist also gegeben, aber es fehlen andere wesentliche Faktoren.

Es fehlen Orte, an denen sich die Szene versammeln kann, ohne daß gleich eine Veranstaltung angesetzt oder Mitgliedschaft in einer Gruppe vonnöten wäre; es fehlen Initialzündungen, Momente und Bilder also, die den Ansprechbaren zeigten: Hier erwartet Euch mehr als ein Abonnement oder ein gutsortiertes Buchangebot; es fehlt der Gründungsmythos, der als das Legendäre erzählt wird und den Hunger nach dem Dabeisein weckt; es fehlt am Bild, das zum Poster wird; es fehlt am Spontanen, Direkten, Vorläufigen: die JF, die Sezession, das IfS – wie professionell! Das kann es doch nicht gewesen sein! *Götz Kubitschek*

ZUERST VERWIRREN SICH DIE
WORTE, DANN VERWIRREN
SICH DIE BEGRIFFE, UND
SCHLIESSLICH VERWIRREN SICH
DIE SACHEN. (KONFUZIUS)